

Palästina

Nummer 25 • Frühjahr 2008 • Preis: € 3,-



Zeitschrift für den antiimperialistischen Widerstand

Ausbruch nach Ägypten

Gazas Bevölkerung verläßt ihr Gefängnis

Die Humanität der Intervention

Der Tschad im Gestrüpp der Großmachtinteressen

Feindbild Islam

Ursachen und Funktion der Islamophobie

Recht behalten heißt nicht zu siegen

Eine kritische Bilanz der antiimperialistischen Bewegung



Autorinnen und Autoren:

- Sebastian Baryli** geboren 1979 in Wien, studierte Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Wien, Dissertant am Institut für Philosophie, arbeitet als Journalist.
- Margarethe Berger** geboren 1970 in Wien, studierte Romanistik an der Universität Wien, arbeitet zurzeit an ihrer Dissertation in Politikwissenschaft, wiederholte Reisen in den arabischen Raum und Südamerika.
- Gunnar Bernhard** geboren 1973 in Wien, arbeitet als Behindertenbetreuer.
- Gernot Bodner** geboren 1974 in Bruck an der Mur, studierte an der Universität für Bodenkultur in Wien, große Reisetätigkeit vor allem nach Südamerika.
- Stefan Hirsch** geboren 1976 in Wien, studierte Geschichte und Geografie an der Universität Wien, arbeitet im Bildungsbereich.
- Wilhelm Langthaler** geboren 1969 in Graz, arbeitete jahrelang als Elektroingenieur, studiert Philosophie an der Universität Wien, zahlreiche Reisen zu den Zentren des Widerstands insbesondere am Balkan, in den Nahen Osten und auf den indischen Subkontinent, Autor des Buches „Ami go home“, erschienen im Verlag Pro-Media.
- Dimitri Tsalos** geboren 1972, Ausbildung zum Buchhändler in Stuttgart, derzeit kaufmännischer Angestellter in Köln. Ehemals Mitglied und Mandatsträger der PDS, heute aktiv in der Bewegung gegen Neoliberalismus und Krieg. Mitherausgeber von „Naher und Mittlerer Osten – Krieg, Besatzung, Widerstand“, Pahl Rugenstein Verlag, 2007.

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Antiimperialistische Koordination (AIK), Postfach 23, 1040 Wien, Österreich; Verlags- und Herstellungsort: Wien; Druck: Printfactory, Wien. Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz der Republik Österreich: Antiimperialistische Koordination (AIK), Postfach 23, 1040 Wien. Grundlegende Richtung: Für einen gerechten Frieden im Nahen Osten.

Chefredaktion

Sebastian Baryli

Kontakt

www.antiimperialista.org
aik@antiimperialista.org

Antiimperialistische Koordination
 Postfach 23, 1040 Wien, Österreich

Bank: PSK (1018 Wien)
 Konto-Nr.: 92 125 137
 Bankleitzahl: 60 000
 BIC: OPSKATWW
 IBAN: AT 646 000 000 092 125 137

Beiträge

Wir freuen uns über die Zusendung von Texten, die wir in der Zeitschrift veröffentlichen können. Bitte senden Sie Ihren Vorschlag an folgende Adresse:
aik@antiimperialista.org

Abo

Intifada-Abonnement:
 5 Zusendungen – 15 Euro

Institutionen bzw. Förderabo:
 5 Zusendungen – 20 Euro

<http://www.antiimperialista.org/intifada.htm>



Reflexionen über den Widerstand

Seit dem Jahr 2000, seit die zweite Intifada in Folge des provozierenden Auftretens des damaligen israelischen Verteidigungsministers Ariel Sharon vor der Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem ausbrach, erscheint die Zeitschrift Intifada mit Analysen, Berichten und Diskussionsbeiträgen zu den Widerstandsbewegungen im arabischen Raum. Die Welt und auch der arabische Raum haben sich seit damals stark verändert. Mit dem 11. September 2001 wurde der Krieg des Westens gegen den Terrorismus ausgerufen, den das afghanische, das irakische, das palästinensische, das libanesische Volk als einen Terrorkrieg erleben. Im Westen, auch im ruhigen Deutschland und im gemütlichen Österreich, wurde das Feinbild Islam über die Jahre hinweg aufgebaut. Heute droht die Islamfeindlichkeit bis tief in alle Schichten der europäischen Bevölkerung vorzudringen. Der soziale Unmut angesichts der wachsenden Verarmung der europäischen Massen hat so ein neues Ventil gefunden, anstatt sich gegen die europäischen Eliten zu richten. So wird die Islamfeindlichkeit zum Baustoff eines neuen westlichen Gesellschaftsvertrags. Der in

den Neunziger Jahren angekündigten Kampf der Kulturen droht wahr zu werden.

Die Welt hat sich für die unterdrückten Völker nicht zum Besseren gewendet. Umso mehr gilt es, deren Freiheitsbestrebungen zu unterstützen und alles Menschenmögliche zu tun, damit sich die europäischen Völker nicht krieglüstern ihren Regierungen im modernen Kreuzzug gegen den Islam anschließen.

Was hat das alles mit der Zeitschrift „Intifada“ zu tun? Es scheint uns an der Zeit, angesichts der sich ankündigenden bzw. bereits vor sich gehenden Veränderungen in den europäischen Gesellschaften selbst, angesichts des Erstarkens antiimperialistischer Pole in anderen Teilen der Welt, vor allem in Lateinamerika, diese Veränderungen in der Zeitschrift „Intifada“ widerzuspiegeln. Das bedeutet zum Einen, den Ereignissen außerhalb des arabischen Raumes, stärker als wir das bisher taten, Raum und Aufmerksamkeit zu schenken. Dies nicht, weil der arabische bzw. islamische Raum nicht mehr das Zentrum antiimperialistischer Widerstandsbewegungen wäre. Ganz im Gegenteil, der dro-

hende Krieg gegen den Iran bestätigt, dass über lange Zeit hinweg das politische wie militärische Interesse des Westens auf den arabisch-islamischen Raum fokussiert bleiben wird. Vielmehr geht es darum, die kategorische Notwendigkeit der internationalen Solidarität zwischen den Völkern der Welt zu betonen und sich mit den Inhalten und Botschaften jeder einzelnen Bewegung auseinanderzusetzen.

Zum Anderen gebieten es die Verschiebungen im politischen, kulturellen und rechtlichen Gefüge der europäischen Gesellschaften, sich der qualitativen Veränderung, die sie bedeuten, bewusst zu werden. Dazu ist es nötig, die Konzepte und Kategorien der vergangenen Jahrzehnte an der konkreten Realität zu überprüfen. Das verlangt nach Reflexion, Diskussion und Austausch. Aus diesem Grund will sich die Intifada stärker als bisher der Debatte von theoretischen und grundsätzlichen Fragestellungen der antiimperialistischen und antikapitalistischen Bewegung öffnen.

Denn wenn Solidarität andauern soll, muss sie international und reflektiert sein.

Die Redaktion



Bild: Tsun Ho

Inhalt

Editorial

II Impressum

III Reflexionen über den Widerstand

Arabischer Raum

5 Ausbruch nach Ägypten

Gazas Bevölkerung verlässt ihr Gefängnis

8 ‚Haltung der internationalen Gemeinschaft stärkt Al Qaida!‘

Interview mit Hussein Abu Kweek

10 ‚Politische Gefangene sind Freiheitskämpfer‘

Interview mit Abla Saadat

11 Zwischen Washington und Teheran

Der historische Konflikt lähmt den irakischen Widerstand

International

15 Die Humanität der Intervention

Der Tschad im Gestrüpp der Großmachtinteressen

21 ‚Frankreich verhindert Sieg des Widerstandes‘

Interview mit Ley-Ngardigal von der tschadischen ACTUS

22 Chaos unter dem Himmel

Destabilisierung des US-Verbündeten Pakistan

26 Zwei Wege zum selben Ziel

Der Iran fordert das amerikanische Reich heraus

31 Hugo Chávez ruft zum Neustart

Das Referendum und seine politische Signalwirkung

Europa

35 Der Islam auf der Anklagebank

Aufklärung und Liberalismus führen die Anklage

38 Ein Kratzen an der Kruste

Eine Analyse der Linkspartei in Deutschland

41 Feindbild Islam

Ursachen und Funktion der Islamophobie

45 Haftstrafen ohne Schuldbeweis

Österreichs Kurs im Kampf gegen den Terror

48 ‚Drop The Bombs‘ statt ‚Stop The Bombs‘

Der perfide Zynismus einer Kampagne

Solidarität

50 Gaza muss leben!

Appell für das Ende eines mörderischen Embargos

Diskussion

51 Recht behalten heißt nicht zu siegen

Eine kritische Bilanz der antiimperialistischen Bewegung

Nachruf

55 Monika Brückl

Ein Nachruf

Ausbruch nach Ägypten

Gazas Bevölkerung verlässt ihr Gefängnis

Der Ausbruch von tausenden Bewohnerinnen und Bewohnern des Gazastreifens Ende Januar 2008 hat die dortige Situation kurzfristig in die Schlagzeilen der westlichen Medien gebracht. Wenige Wochen später scheint die Sache schon wieder vergessen zu sein. Die Bevölkerung im Gazastreifen ist weiterhin eingeschlossen und ihre Lebenssituation hat sich nicht gebessert. Dennoch hat der Ausbruch für die Eingeschlossenen hohen symbolischen Wert. Die Frage ist, ob sich dadurch das politische Kräfteverhältnis verschoben hat.

Der Gazastreifen ist seit den innerpalästinensischen Kämpfen im Juni 2007 abriegelt. Zwar war schon in den Jahren zuvor die Bewegungsfreiheit von Personen und Gütern in den Gazastreifen hinein und aus diesem heraus eingeschränkt und periodisch immer wieder vollkommen unterbunden worden. Nach dem Wahlsieg der

Abriegelung.

Zweck dieser Blockadepolitik ist es, die Legitimität der aus den Wahlen 2006 hervorgegangenen Hamas-Regierung infrage zu stellen und deren Verankerung in der Bevölkerung zu untergraben. Es begann eine beispiellose Politik der kollektiven Bestrafung von rund eineinhalb Millionen Menschen.

Die Politik der Einmischung des Westens in innerpalästinensische Angelegenheiten hat den Bürgerkrieg gefördert und damit die nationale Einheit der palästinensischen Bewegung endgültig zerstört.

Hamas bei den Parlamentswahlen im Januar 2006 wurde die Abriegelung verstärkt. Israel, die USA und die EU verhängten ein Embargo gegen Gaza. Nach den Auseinandersetzungen im Juni 2007 kam die völlige

Eine Politik der Bestrafung, die sich gegen die demokratische Willensäußerung richtet, die - nicht zu Unrecht - als Wille zur Fortführung der Intifada, des Aufstands gegen die israelische Besatzung, interpretiert wurde.

Das Einfrieren der Hilfszahlungen bzw. deren spätere Auszahlung an Fatah-nahe NGOs und Lokalverwaltungen band der Hamas-Regierung die Hände und schürte den Konflikt zwischen den beiden großen Parteien, der Fatah und der Hamas. Die Versuche zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheit im Frühjahr 2007 scheiterten letztendlich an den beständigen Provokationen im Gazastreifen von Seiten bewaffneter Fatah-Einheiten unter Mohammed Dahlan, der in der Bevölkerung den Ruf eines Kollaborateurs genießt. Das, was im Westen als putschartige Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen bezeichnet wurde, war tatsächlich nichts anderes als ein Akt der Selbstverteidigung, umso mehr als die Hamas die einzige durch demokratische Wahlen legitimierte Regierung darstellte. In diesem Sinne ist vielmehr die Ausrufung einer konkurrierenden Regierung durch Präsident Abbas als illegitim zu bezeichnen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass diese von Israel und dem Westen sofort anerkannt wurde.

Im Gegenteil, die Politik der Einmischung des Westens in innerpalästinensische Angelegenheiten hat den Bürgerkrieg gefördert und damit



„Stoppt das Embargo! Gaza muss leben! Eine internationalen Solidaritätsdelegation beim Grenzübergang Erez.

Bild: Margarethe Berger

die nationale Einheit der palästinensischen Bewegung endgültig zerstört. Die Spitzen der Fatah um Mahmoud Abbas, die heute die Regierung in Ramallah stellen, haben das Streben nach nationaler Selbstbestimmung hinter sich gelassen und sich praktisch in den Dienst ihrer westlichen Verbündeten gestellt. US-amerikanische Ausbildner und Berater gewinnen im Westjordanland zusehends an Einfluss. Angehörige anderer Organisationen als der Fatah, vor allem jener des politischen Islam, sind sowohl in ihrer Bewegungs- als auch politischen Freiheit stark eingeschränkt. Verhaftungen von Aktivistinnen und Aktivisten durch die palästinensische Polizei gehören zum Alltag. Ihr Verständnis von Demokratie stellte die Abbas-Regierung eindrucksvoll während der Nahostkonferenz im amerikanischen Annapolis unter Beweis, als Demonstrationen und Proteste im Westjordanland verboten waren. Als sie trotzdem stattfanden, wurde

Ende Jänner stürmte die Bevölkerung des Gazastreifens die Grenze

ein Demonstrant von der palästinensischen Polizei erschossen.

Für Beobachter der palästinensischen Politik zeigen diese Entwicklungen, dass die Führungsspitze der Fatah nicht mehr als Ausdruck der palästinensischen nationalen Befreiungsbewegung bezeichnet werden kann, während dies durch die Symbolfigur Yassir Arafat noch gegeben

lam findet.

Am Rand einer humanitären Katastrophe

Im Gazastreifen hat sich seit der vollkommenen Abriegelung die humanitäre Situation rapide verschlechtert. Die Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten, sauberem Wasser

Die keineswegs durchgängige und klare horizontale Spaltung der säkularen Kräfte in Führungsgruppe und Basis ändert nichts daran, dass der palästinensische Befreiungskampf heute seinen Ausdruck

war. Eine nationale Befreiungsbewegung, die alle politischen Strömungen umfasst, ist damit Geschichte, wenn auch die Basis der Fatah den Positionswechsel ihrer Führung nicht unbedingt mitträgt, sondern durchaus am Widerstand festhält. Doch auch diese keineswegs durchgängige und klare horizontale Spaltung der säkularen Kräfte in Führungsgruppe und Basis ändert nichts daran, dass der palästinensische Befreiungskampf heute seinen Ausdruck im politischen Is-

und Strom ist unzureichend. Der Großteil der Bevölkerung ist von den Lebensmittellieferungen der UN-Organisationen abhängig. Bereits einige Male wurden Schiffslieferungen der UNO von der israelischen Armee daran gehindert, den Gazastreifen zu erreichen. Die Energieengpässe führen zu Wasserknappheit, weil für die Wasserpumpen nicht genügend Strom vorhanden ist. Da auch die Abwasserpumpen in ihrer Funktion gestört sind, verschlech-



Bild: Haitham Gabr

tern sich die hygienischen Verhältnisse. Der Strommangel hat darüber hinaus zu einer gefährlichen Prekariisierung der Gesundheitsversorgung geführt. Viele Krankenhäuser können den Betrieb nur mithilfe von Notstromaggregaten aufrechterhalten, die jedoch nicht für den permanenten Betrieb geeignet sind und bei einer derartigen Nutzung rasch kaputt gehen. Ersatzteile müssen aus Israel bezogen werden. Falls diese dem Embargo unterliegen, besteht die Gefahr eines weitgehenden Zusammenbruchs der medizinischen Versorgung.

In direkter Folge der Abriegelung sind bisher fast hundert Menschen gestorben, darunter einige Kinder, denen von der israelischen Armee am Grenzübergang Eretz die Überstellung in ein israelisches Krankenhaus verweigert wurde. Die Behandlung von chronischen und therapieintensiven Krankheiten wie Krebs kann im Gazastreifen aufgrund des Mangels an Medikamenten und Geräten nicht mehr sichergestellt werden.

Hinzu kommen die andauernden militärischen Aktionen der israelischen Armee. Bombardierungen und gezielte Tötungen finden mit unterschiedlicher Intensität statt. Opfer ist in hohem Maße die Zivilbevölkerung.

Der Ausbruch und seine Vorgeschichte

Zum Ausbruch der hungernden Bevölkerung aus dem Gazastreifen kam es Ende Januar, nachdem Israel die Treibstofflieferungen in den Gazastreifen kurzfristig vollkommen unterbunden hatte. Die Stromversorgung war dadurch praktisch zum Erliegen gekommen. Israel rechtfertigte dies mit dem Raketenbeschuss grenznaher israelischer Städte vom Gazastreifen aus. Diesem waren jedoch massive israelische Militäroperationen im Gazastreifen vorausgegangen, denen in nur einer Woche Dutzende von Menschen zum Opfer gefallen waren. Im Zuge dieser Operationen wurden unter anderem auch das Innenministerium und die umliegenden Gebäude im Zentrum von Gaza-Stadt bombardiert.

Der UN-Menschenrechtsrat ver-

urteilte die Blockade des Gazastreifens Ende Januar als eine dem Völkerrecht nach unzulässige Kollektivstrafe und forderte deren Aufhebung. Als die Versorgungslage unerträglich geworden war, riss die Bevölkerung kurzerhand die Befestigungen des Grenzübergangs nach Ägypten in Rafah

Der Ausbruch war in jedem Fall ein Zeichen politischer Stärke der Hamas. Sie zeigte damit, dass ihre Verankerung in der Bevölkerung des Gazastreifens intakt ist und sie die dortigen Geschehnisse kontrolliert. Zudem gelang der Hamas damit, ihre Isolation zumindest kurzfristig zu durchbrechen.

nieder. Innerhalb weniger Tage strömten hundertausende Palästinenserinnen und Palästinenser nach Ägypten, um sich dort mit dem Nötigsten zu versorgen.

Der Ausbruch und seine Folgen

Nicht zuletzt dem Druck der ägyptischen Proteste, welche die Abriegelungspolitik der eigenen Regierung massiv verurteilten, war es zu verdanken, dass Ägypten die Bevölkerung des Gazastreifens gewähren ließ. Zwar wurde die Zufahrt zur Sinai-Halbinsel für einige Tage gesperrt, sodass es schließlich auch im ägyptischen, grenznahen Gebiet zu Versorgungsengpässen kam. Trotzdem ist es bemerkenswert, dass die Masse der palästinensischen Bevölkerung nach den Einkäufen in den Gazastreifen zurückkehrte. Zweifellos kann dies dahingehend interpretiert werden, dass der Wille zur Fortführung des Widerstands weiter besteht.

Der Grenzübergang in Rafah wurde zwar wenige Tage später wieder geschlossen, dennoch war der Ausbruch in jedem Fall ein Zeichen politischer Stärke der Hamas. Sie zeigte damit nicht nur Israel und dem Westen, sondern auch innerpalästinensisch, dass ihre Verankerung in der Bevölkerung des Gazastreifens intakt ist und sie die dortigen Geschehnisse kontrolliert. Zudem gelang der Hamas damit, ihre Isolation zumindest kurzfristig zu durchbrechen. Dies kommt insbesondere in der arabischen Welt zum Tragen.

Die ägyptische Regierung ist eine der wichtigsten Verbündeten des

Westens im Nahen Osten. Ohne ihren Gehorsam gegenüber den Wünschen Israels und des Westens wäre es unmöglich, den israelischen Plan, die Hamas durch Aushungerung der Bevölkerung im Gazastreifen zu erdrosseln, durchzuführen. Durch den Druck der Ereignisse war Ägypten

gezwungen, Vertreter der Hamas zu Verhandlungen zu empfangen. Dies ist nicht nur insofern bedeutsam, als dadurch die diplomatische Isolation der Hamas aufgebrochen wurde und diese, auch gegen den eigentlichen Willen der ägyptischen Regierung, als regierende Kraft im Gazastreifen anerkannt werden musste. Darüber hinaus war es das erste Mal seit langem, dass der politische Druck der Bevölkerung in einem arabischen Land dessen Regierung dazu zwang, pan-arabische Solidarität, und sei sie nur kurzfristig und symbolischer Natur, höher zu stellen als die Interessen der westlichen Bündnispartner.

Damit ist jedoch nicht die Isolation der Hamas gegenüber dem Westen gebrochen. Dieser erkennt weiterhin einzig die im Juni 2007 in Ramallah ausgerufenen Fatah-Regierung als legitim an. Bemerkenswert ist vor diesem Hintergrund die Plenardebatte, die am 21. Februar 2008 im Europäischen Parlament stattgefunden hat. Laut Pressebericht (1) bezeichnet das Europaparlament die Politik der Isolierung des Gazastreifens als gescheitert und fordert die Aufhebung der Blockade. Dass diese Linie im Machtgefüge weder der EU noch der westlichen Gemeinschaft Einfluss hat, ist, nebenbei bemerkt, ein trauriger Beweis für die Machtlosigkeit des einzigen demokratisch legitimierten Gremiums der EU.

Gaza und der Nahe Osten

Neben den politischen Entwicklungen in Palästina selbst hat die Lage im Gazastreifen auch für den gesam-

ten Nahen Osten Bedeutung. Fieberhafte Bemühungen der Abbas-Regierung, der USA und ihrer Verbündeten im Nahen Osten, eine Lösung zu finden, die der palästinensischen Bevölkerung und jener der arabischen Länder als gangbarer Weg zu einem „Palästinenserstaat“ glaubhaft gemacht werden kann, deuten auf den Zeitdruck hin, unter dem diese Mächte stehen. Tatsächlich scheint die Angst vor dem Erstarren einer „Konstellation des Widerstands“ im Nahen Osten unter der Führung des Iran und mit starken antiwestlichen Kräf-

ten, neben Syrien, im Libanon und in Gaza nicht nur für die USA und Israel ein Schreckgespenst zu sein, sondern auch für pro-westliche arabische Regimes wie Jordanien und Saudi-Arabien. Wie kürzlich der jordanische König Abdallah vor einer Delegation von Europaparlamentariern feststellte, gehe die Tragweite der Palästina-Frage weit über dessen Grenzen hinaus und betreffe den Libanon, Syrien und den Iran. Der Konflikt spiele sich zwischen moderaten und extremistischen Kräften ab. Ein Scheitern wäre schrecklich. (2)

Margarethe Berger

(1) *Europäisches Parlament: Pressebericht zur Abstimmung – Plenarsitzung vom 21. Februar 2008 in Strassburg, http://www.europarl.de/presse/pressemitteilungen/quartal2008_1/PM_080221_IC*

(2) *Le Monde, 21. Februar 2008*

„Haltung der internationalen Gemeinschaft stärkt Al Qaida!“

Interview mit Hussein Abu Kweek

Hussein Abu Kweek ist politischer Sprecher der Hamas im Westjordanland. Er verbrachte fünf Jahre wegen Mitgliedschaft in der Hamas in israelischer Haft. 2002 starben seine Frau, seine drei Kinder und zwei Begleitpersonen aufgrund eines Attentats der israelischen Armee, das ihm gegolten hatte. Er selbst wurde in der ersten Januar-Woche 2008 von Fatah-Sicherheitsleuten verhaftet, später in ein israelisches Gefängnis überstellt.

Intifada: *Welche Beziehungen unterhalten Sie derzeit, nach den Konflikten im Juni 2007, zur Fatah?*

Hussein Abu Kweek: Unser Vorschlag an die Fatah ist, eine Einigung über eine gemeinsame Gesprächsbasis zu erzielen, wie das innerpalästinensische Problem zu lösen sei. Das ist uns bisher nicht gelungen, allerdings ist mein Eindruck, dass beide Seiten flexibler geworden sind.

Die wesentliche Frage ist zurzeit nicht die einer Regierung der nationalen Einheit. Das Hauptproblem

zum Zwecke der Zusammenarbeit mit ausländischen Sicherheitskräften. Die zweite wesentliche Frage ist die Einigung auf ein nationales politisches Programm und schließlich die Reform der PLO.

Intifada: *Ist die Hamas bereit, zu diskutieren?*

Abu Kweek: Die Regierung im Gazastreifen hat ihre Bereitschaft erklärt, Verhandlungen zu beginnen, ohne Bedingungen zu stellen. Wir schlagen die Rückkehr zur Situation vor

gefunden hat?

Abu Kweek: Die politische Ausrichtung der in Aussicht gestellten Hilfszahlungen ist offensichtlich. Diejenigen, welche die Hilfe am dringendsten benötigen, die Menschen im Gazastreifen, wurden auf der Konferenz nicht einmal erwähnt. Im Gazastreifen herrscht Mangel an lebensnotwendigen Gütern und Medikamenten. Die Geberkonferenz in Paris macht erneut deutlich, dass die Hilfszahlungen dazu verwendet werden, Druck auf die Bevölkerung in Gaza auszuüben, damit diese ihre politische Unterstützung für die Hamas aufgibt. Die Spaltung des palästinensischen Volkes wird dadurch vergrößert. Die EU trägt einen großen Teil der Verantwortung für die katastrophale humanitäre Lage im Gazastreifen.

Intifada: *Eine Bedingung der internationalen Gemeinschaft für Verhandlungen mit der Hamas ist, dass diese die Gewalt gegen Israel einstellt. Ist die Hamas dazu bereit?*

Abu Kweek: Die Hamas ist offen für jedes politische Gespräch. Die Bedingung der internationalen Gemeinschaft ist im Grunde ein Vorwand, um Zeit zu gewinnen und vollendete Tatsachen zu schaffen. Der Kampf im Gazastreifen ist von unserer Seite ein Akt der Selbstverteidigung. Während jedoch Bedingungen an die Ha-

Die Hamas ist offen für jedes politische Gespräch. Die Bedingung der internationalen Gemeinschaft ist im Grunde ein Vorwand, um Zeit zu gewinnen und vollendete Tatsachen zu schaffen. Der Kampf im Gazastreifen ist von unserer Seite ein Akt der Selbstverteidigung.

ist die Sicherheitsfrage. Diese war auch der Grund für die Krise. Unser Standpunkt ist, dass die Sicherheitskräfte auf Grundlage eines nationalen Sicherheitsplanes aufgebaut werden sollten, nicht zur Wahrung der Interessen einer bestimmten politischen Fraktion und ebenso wenig

dem 14. Juni 2007 vor. Es war nie der Wunsch der Hamas, einen eigenen Staat im Gazastreifen aufzubauen. Hamas wurden dazu gezwungen, sich selbst zu verteidigen.

Intifada: *Wie beurteilen Sie die Geberkonferenz, die kürzlich in Paris stattge-*

mas gestellt werden, werden gleichzeitig die israelischen Siedlungen auf palästinensischem Boden ausgebaut, immer größere Gebiete palästinensischen Landes zu israelischem militärischem Sperrgebiet erklärt und palästinensische Ressourcen, etwa das Wasser, von Israel beschlagnahmt.

Die Lösung des Konfliktes kann nur auf politischer Ebene erfolgen. Dazu müssen jedoch die wesentlichen Fragen in Angriff genommen werden, nämlich ein souveräner palästinensischer Staat, die Sicherstellung der Rechte der palästinensischen Flüchtlinge und das Schicksal der 11.000 palästinensischen Gefangenen in israelischer Haft.

Die aus den Wahlen im Januar 2006 hervorgegangene palästinensische Regierung hat in der Vergangenheit ihre Offenheit bewiesen, etwa in der Vereinbarung zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheit in Mekka im April 2006. Trotzdem weigern sich die westlichen Regierungen mit der Hamas-Regierung in Kontakt zu treten. Diese Haltung stärkt letztendlich den Extremismus von Gruppen wie Al Qaida, die zu keinerlei Dialog bereit sind.

Intifada: *Was ist Ihre Botschaft an die weltweite und vor allem europäische Solidaritätsbewegung mit Palästina?*

Abu Kweek: Wir bitten die europäische Bewegung in ihren Ländern Informationen darüber zu verbreiten, was tatsächlich im Juni 2007 vorgefallen ist. Es ist sehr wichtig, das von den Medien verbreitete Bild, dass die Gewalt von der Hamas ausgegangen wäre, richtig zu stellen. Wesentlich ist es auch, die Kampagne gegen die Mauer unter Berufung auf das Urteil des internationalen Gerichtshofes in Den Haag weiterzuführen. Darüber hinaus bitten wir die Solidaritätsbewegung, sich der Frage der palästinensischen Gefangenen anzunehmen, unter denen sich Dutzende von Parlamentariern befinden. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass die Handlungen der israelischen Armee laut Völkerrecht Kriegsverbrechen sind. Eine große Unterstützung für die palästinensische Bevölkerung wäre etwa eine juristische Kampagne gegen die Kriegsverbrecher unter den israelischen Generälen.

Interview: Margarethe Berger

Scheich Ahmed Jassin, Gründer der Hamas, ist im Gaza-Streifen immer noch gegenwärtig.



„Politische Gefangene sind Freiheitskämpfer“

Interview mit Abla Saadat

Abla Saadat ist die Ehefrau von Ahmed Saadat, dem Generalsekretär der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP). Er wurde vor fünf Jahren verhaftet und vor zwei Jahren von der israelischen Armee aus dem Gefängnis in Jericho entführt, obwohl ihm von den britischen Militärs, die für die Überwachung des Gefängnisses zuständig waren, Schutz zugesichert worden war.

Bild: François Bouchet



„Palästinenser wollen leben, selbst“

Intifada: Was wird Ahmed Saadat vorgeworfen?

Abla Saadat: Ahmad Saadat wurde verhaftet, weil ihn der israelische Geheimdienst für die Ermordung des israelischen Tourismusministers Zeevi im Oktober 2001 verantwortlich machte. Doch diese Anklage wurde fallen gelassen, als er in der Haft war, da die Mitangeklagten bezeugten, dass er nichts mit der Ermordung von Zeevi zu tun hatte. Daraufhin erfand der israelische Geheimdienst andere Anklagen. Eine davon ist, dass Ahmed Saadat als Generalsekretär der PFLP für alle militärischen Aktionen des militärischen Flügels der PFLP verantwortlich sei.

Ahmed wird eindeutig für sein politisches Engagement im Widerstandskampf angeklagt. Unser Kampf gegen die Besatzung ist jedoch legitim. Es ist unser Recht diesen Kampf zu führen, wie es auch im Völkerrecht verankert ist: Die besetzten Völker haben das Recht gegen eine Besatzung Widerstand zu leisten, solange sie besteht.

Intifada: Wo befindet sich Ahmed Saadat zurzeit und wie wird er im Gefängnis behandelt?

Saadat: Seit Ahmed in israelischer Haft ist, wurde er von einem Gefängnis zum anderen transferiert. Dabei geht es einerseits darum, die Haft für Ahmed so beschwerlich wie möglich zu machen, andererseits geht es darum, zu verhindern, dass es zwischen ihm und anderen Häftlingen zu Solidarierungen kommt. Zunächst kam er nach Jalboo, später wurde er nach Askalan und Hadareem überstellt. Jetzt befindet er sich im Nafha-Gefängnis in der Wüste Negev. Es gilt als eines der schlimmsten Gefängnisse.

Er befindet sich in Isolationshaft. Er darf nicht mit anderen Häftlingen sprechen. Das Besuchsrecht für uns, seine Familie, ist stark eingeschränkt. Seine Kinder konnten ihn seit zwei Jahren nicht mehr besuchen, angeblich aus Sicherheitsgründen. Ich selbst habe ihn auch vor zwei Monaten das letzte Mal gesehen. Die israelischen Behörden haben mir mitgeteilt, dass ich eine spezielle Erlaubnis brauche, um ihn zu besuchen, obwohl ich einen Jerusalemer Personalausweis habe und damit grundsätzlich nach Israel einreisen darf. Ich brauche also im Grunde keine Er-

laubnis um ihn zu besuchen. Ich habe ihn früher alle zwei Wochen besucht. Diese Drangsalierung zielt darauf ab, ihn und uns zu bestrafen.

Intifada: Wie kann die Solidaritätsarbeit mit den palästinensischen Gefangenen von außen unterstützt werden und welche Bedeutung hat diese Unterstützung für die palästinensische nationale Befreiungsbewegung?

Saadat: Ich denke, dass die Solidaritätsorganisationen eine wichtige Rolle in der Unterstützung des palästinensischen Volkes spielen, insbesondere für die Gefangenen. Die Solidaritätsgruppen können Druck auf die israelische Regierung ausüben, indem sie das Thema der Gefangenen in die Medien bringen oder Briefe an die israelische Regierung schreiben und nicht zuletzt, dadurch, dass sie auf ihre eigenen Regierungen Druck ausüben und sie auffordern, Israel aufgrund seiner schweren Verstöße gegen das Völkerrecht mit Sanktionen zu belegen.

All dies kann dazu beitragen, die Palästinenser aus den israelischen Gefängnissen zu befreien. Dadurch würde die PLO gestärkt, denn viele Führungspersönlichkeiten der PLO befinden sich derzeit in israelischen Gefängnissen. Die Stärkung der PLO würde wiederum die Bedingungen für Verhandlungen mit Israel verändern und die Grundforderungen der palästinensischen nationalen Befreiungsbewegung wieder ins Spiel bringen.

Intifada: Was ist Ihre Botschaft an Europa?

Saadat: Meine Botschaft an die europäischen Parlamente und Regierungen ist, dass sie sich mit der Frage der palästinensischen Gefangenen auseinandersetzen müssen. Derzeit befinden sich rund 11.000 Palästinenser in israelischen Gefängnissen. 110 von ihnen sind Frauen, 380 Kinder, es gibt ältere Menschen unter ihnen und einige leiden an chronischen Krankheiten.

Wir alle müssen uns für die Freiheit der palästinensischen politischen Gefangenen einsetzen. Sie sind Freiheitskämpfer.

Interview: Margarethe Berger

Zwischen Washington und Teheran

Der historische Konflikt lähmt den irakischen Widerstand

Seit mehreren Jahren richten sich nicht allein die Augen der Antiimperialisten auf den irakischen Widerstand. Das allgemeine Interesse gilt jener Kraft, der es tatsächlich gelang, das US-Design vom „Greater Middle East“ gehörig ins Schwanken zu versetzen. Gleichzeitig vertiefte sich jedoch der Riss durch das Land dermaßen, dass ein vereinigter Irak in weite Ferne gerückt ist. Hinter dem Bürgerkrieg, dessen konfessioneller Aspekt nur einen Teil der Wahrheit darstellt, steht die Auseinandersetzung über die Rolle der Regionalmacht Teheran.

Wir haben die Entwicklung des irakischen Widerstands in den diversen Ausgaben dieser Zeitschrift genau verfolgt. Wir wollen uns hier auf das schematisch reduzierte Wesentliche beschränken. Die unerwartete Anziehungskraft und Schlagkraft des Widerstands hängt ganz direkt mit der Radikalität des amerikanischen Programms zusammen. Washington setzte nicht nur die Spitzen des Staates ab, sondern zerschlug in beispiellose Weise den gesamten alten Machtapparat, um ihn durch einen neuen zu ersetzen. Symbol dessen war der – freilich kurzlebige – Versuch, dem Irak eine neue Flagge zu verordnen.

Erfolge und Grenzen des Widerstands

Der manische Fiebertraum, dass man auf den Panzern der Invasoren eine prowestlichen Elite importieren und auf Basis der Ölrente eine sie unterstützende liberale Mittelschicht aus dem Nichts erschaffen könne, zerstob schon bei den ersten Wahlen. Die einzige Alternative zum traditionellen sunnitischen Herrschaftsapparat mit ausreichenden Wurzeln in der Bevölkerung bildeten die diversen Tendenzen des schiitischen politischen Islam. So kam das neue Bagdader Regime in Windeseile unter den Einfluss proiranischer Kräfte. Diese waren gleichzeitig aber genauso proamerikanisch und repräsentierten die Interessen der schiitischen sozialen Eliten. Politisch stützten sie sich auf den quietistischen Ayatollah Sistani, der nicht als besonderer Anhänger des staatstragenden Klerus in Teheran und Qom gilt. Es handelte sich also nicht einfach um iranische Marionetten, sondern die persische Ein-

flussnahme vollzog sich auf Basis einer autochthonen politisch-sozialen Kraft im Irak selbst.

Doch schnell erstarkte auch die Bewegung der schiitischen Unterklassen um Muqtada as Sadr. Anfangs stand sie im scharfen Gegensatz zum neuen Regime, das von einer Koalition um die Klerus-Familie Hakim angeführt wurde. Muqtadas Miliz, die Madhi-Armee, probte in Nadjaf 2004 sogar den bewaffneten Aufstand gegen die USA. Das antiamerikanische Moment im politischen Islam der Schia schien mit jenem des Widerstands zusammenzufließen und zu einer gemeinsamen überkonfessionellen Front gegen die Besatzung zu führen.

Diese vielversprechende antiimperialistische Entwicklung wurde jedoch zunehmend konterkariert. Man zog Muqtada immer mehr in die Regierung hinein, zu deren Hauptstütze er schließlich wurde. Das spiegelt nicht allein den Drang zur Macht einer anderen Klerus-Familie, der Sadr, wider, sondern auch den Wunsch der

An diesem Punkt kam der Faktor des konfessionellen Konflikts ins Spiel, dessen point of no return der Anschlag auf die Goldene Moschee der Schiiten in Samarra 2006 darstellte. Bis dahin waren die Konflikte von der Menschenjagd der Badr-Milizen und verschiedenen regierungsnahen Kräften gegen die Baathisten geprägt. Mit dem Anspringen des Widerstands als Massenbewegung, die zunehmend islamische Charakterzüge annahm, musste der „Anti-Terror-Feldzug“ der Regierung und ihres Machtsblocks nicht mehr nur als antibaathistisch, sondern immer mehr als antisunnitisch wahrgenommen werden.

In der ersten Phase der Besatzung hatten die USA den sunnitisch-schiitischen Konflikt im Sinne des Teils-und-Herrsche kräftig geschürt. Bester Beweis dafür ist die oktroyierte Verfassung, die die Dreiteilung des Landes zwischen Sunniten, Schiiten und Kurden vorsieht. Die Vernichtungskampagne gegen die Baathisten stellt vielleicht den Zündfunken des Bürgerkriegs dar. Man zog berechtigterweise den Vergleich mit den Todeschwadronen im schmutzigen Krieg, wie ihn die USA in Lateinamerika in den Achtziger Jahren gegen die Guerrillabewegungen führten.

Hier setzte ihrerseits die Kampagne der Salafiten und Takfiristen ein, die bei uns unter al Qaida zusammengefasst werden. Sie legitimierten

Der manische Fiebertraum, dass man auf den Panzern der Invasoren eine prowestlichen Elite importieren und auf Basis der Ölrente eine sie unterstützende liberale Mittelschicht aus dem Nichts erschaffen könne, zerstob schon bei den ersten Wahlen.

schiitischen Unterprivilegierten nach Partizipation. Die Beteiligung von Muqtadas Bewegung am Staatsapparat schien das fürs erste zu bieten. Die fortgesetzte Rhetorik gegen die Besatzung kam immer mehr in Gegensatz zu den realen Handlungen - zumindest für den äußeren Beobachter. Für die Anhänger Muqtadas schrieb sich das eher in eine langsame Strategie der Ablösung von den USA und der Zuwendung zum Iran ein.

ihre Attacken als Kampf gegen die Kollaborateure der Besatzer und als Schutzmaßnahme für die Sunniten. Doch ihr Begriff von Kollaboration ist so weit gefasst, dass darunter praktisch alle Schiiten subsumiert werden können. Al Qaida hat damit die Spirale des konfessionellen Bürgerkriegs wesentlich mit angetrieben, wenn sie auch nicht die alleinige Verantwortung dafür trägt.

Die schiitische Seite, einschließ-

lich Muqtadas Milizen, reagierte mit ebenso gezielten Angriffen, die insbesondere in Bagdad zur großflächigen konfessionellen Vertreibungen führten, bei denen sich die Sunniten in der schlechteren Position befanden. Ergebnis ist, dass es heute kaum noch gemischte Viertel gibt.

auch der Positionswandel zum Widerstand. Dieser wird nun nicht mehr als ganzes als terroristisch bekämpft, sondern man versucht zwischen al Qaida auf der einen Seite und den anderen Gruppen auf der anderen Seite zu unterscheiden. Mit Hilfe der arabischen Verbündeten der USA, allen voran

stammten, nicht nur gewähren, sondern lieferten ihnen sogar Waffen und regelmäßiges Einkommen - sehr zum Missfallen der Regierung. Die Taktik, die ebenfalls unter dem Namen „Sahwa“ (Erwachen) läuft, hat für die USA erste Erfolge gezeitigt. Nicht nur isolierte sie al Qaida, sondern man konnte auch die Zahl der Attacken gegen die US-Streitkräfte reduzieren. Durch die vollzogene konfessionelle Trennung ging schließlich auch die allgemeine Gewalt zurück. Insofern den USA der Bürgerkrieg aus dem Ruder gelaufen war und er auch ihr internationales Ansehen weiter ramponierte, verbuchten sie die Stabilisierung als Erfolg.

Was die verschiedenen Gruppen und Tendenzen des irakischen Widerstands betrifft, so befinden sich diese nach wie vor im Fluss. Immer wieder hört man von Abspaltungen, Neuformierungen, Zusammenschlüssen. Zu der gemeinsamen politischen Front des Widerstands, der die wesentlichen Kräfte gegen die Besatzung zusammenfassen würde, ist es nicht gekommen. Die Momente, die auf das Magma des Widerstands wirken, überlagern sich unter der veränderten Polung auf neue Art und Weise. Der Konflikt vieler Gruppen mit al Qaida und den noch extremeren Takfiristen, die nicht nur Schiiten als Ungläubige ansehen, sondern in der Substanz all jene, die sich nicht ihrer Führung unterwerfen, mit Waffengewalt bekämpfen, dreht sich hin zu einer mehr oder weniger offenen Kooperation mit den Besatzern. Im Hintergrund steht natürlich die Idee letztendlich mit Hilfe der arabisch-sunnitischen Verbündeten der USA wieder näher an die Schalthebel der Macht zu kommen – eine Hypothese, die heute um vieles realistischer wirkt als noch vor zwei Jahren. So erscheint im Gegensatz dazu vielen al Qaida als der radikale, konsequente Pol des Widerstands, obwohl sie es ist, die die konfessionelle Spaltung des Landes mit zu verantworten hat und damit den Sieg des Widerstands strategisch verunmöglicht.

Perspektive jenseits von US-gestützter Regierung und al Qaida?

An dieser Stelle stellt sich die Frage, ob

An diesem Punkt kam der Faktor des konfessionellen Konflikts ins Spiel, dessen point of no return der Anschlag auf die Goldene Moschee der Schiiten in Samarra 2006 darstellte.

Damit war der Graben so vertieft, dass der Widerstand praktisch gänzlich sunnitischen Charakter annahm, während die Schiiten um den Regierungsblick gravitierten. Die Hoffnung auf die freiwillige, überkonfessionelle Einheit des Landes ist vorerst einmal dahin. Der Widerstand hat derzeit keine Chance (noch Weitblick, Fähigkeit und Willen), mit einem substantiellen Teil der schiitischen Unterklassen eine politische Einigung gegen die Besatzer zu schmieden.

Während Teile des irakischen Widerstands den konfessionellen Charakter der Auseinandersetzung weiterhin leugnen und äußere Feinde verantwortlich machen, reduzieren die westlichen Medien den Konflikt auf diesen Aspekt. Tatsächlich handelt es sich jedoch um einen Streit um politische Perspektiven, die sich konfessionell eingefärbt haben:

Großes Karussell der Strategien

Die seit 2006 geschaffene Situation musste alle Seiten zum Überdenken ihrer Strategien veranlassen, allen voran die Amerikaner. Mit der wachsenden antiiranischen Obsession Washingtons und der Tatsache, dass sie das von ihnen selbst erschaffene Regime weitgehend an Teheran verloren hatten, wirkte die antisunnitische Schlagseite als Schuss ins eigene Knie. Die sunnitischen Eliten sollten also wieder an der Macht beteiligt werden, zumindest als Gegengewicht gegen die proiranischen Kräfte. Das bedeutete die Verteufelung von Baath zurückzunehmen und das Milieu zu rehabilitieren – soweit das nach fünf Jahren überhaupt noch möglich oder wirksam ist. Auf dieser Linie liegt

Saudiarabien und Ägypten, wurde ein politischer Köder ausgelegt. Mit der Eindämmung Teherans könnten die alten sunnitischen Eliten wieder näher an das Zentrum der Macht in Bagdad heranrücken. Dieses Angebot gilt natürlich nicht unmittelbar, steht aber jetzt als Option im Raum und wird seine Wirkung entfalten. Alles hängt dabei von der weiteren Entwicklung des Kräftemessens zwischen den USA und dem Iran ab.

Diese Strategieänderung hat im sunnitischen Bereich einschließlich des Widerstands zu wesentlichen Veränderungen geführt. Zunächst ist die Allianz der Stammesverbände mit den USA in Form von „Anbar Awakening“ zu erwähnen. Sie entstand zuerst in der westlichen Provinz al Anbar, die mit Falluja und Ramadi als Hochburg des Widerstands galt, aber dehnte sich bald auch auf andere Regionen aus. Gegen al Qaida, die in zahlreiche Konflikte mit Stammesführern verwickelt ist, erhalten die Scheichs militärische und finanzielle Unterstützung, die einen Präzedenzfall für die Machtübertragung auf die sunnitischen Eliten, allerdings in völlig dezentraler Form, darstellt.

Während zuerst die ländlichen und damit traditionellen Regionen als Testlabor benutzt wurden, fand diese Politik zunehmend auch in den Städten ihre Anwendung. Im Zuge des konfessionellen Bürgerkriegs waren insbesondere die Sunniten in Bagdad von den Vertreibungen betroffen und ihre Viertel massiv unter Druck regierungsnaher schiitischer Milizen. Die Besatzer ließen die Selbstverteidigungsmilizen, die oft mit dem Widerstand direkt in Verbindung standen und dessen Kämpfer von diesem

Bild: Soldiers Mediacenter

der sich verschärfende Konflikt zwischen den USA und dem Iran nicht auch einen Ansatz für einen Neuausrichtung des Widerstandes ermöglicht – inklusive eines neuen Anlaufs zur nationalen Versöhnung. In der heutigen Konstellation der drohenden Aggression gegen den Iran eröffnet sich erstmals die Möglichkeit eines Bündnisses mit diesem, trotz der historischen Konkurrenz- und Konfliktsituation. Denn je mehr der Iran bedroht ist, desto mehr müsste er Interesse an einem gegen die Besatzer stabilisierten Irak haben. Wenn Teheran anfangs die Besetzung unterstützte, so führe das Regime heute viel günstiger, mit einem Teil des sunnitischen Widerstands ein Abkommen gegen die USA zu schließen und diesen dafür substantiell an der Macht zu beteiligen. Das tief verwurzelte anti-persische Ressentiment (das übrigens auf Gegenseitigkeit beruht) macht den Widerstand aber blind für diese Verschiebung, die auch den Weg zur nationalen Versöhnung freigeben könnte.

Die eigentliche Tragik des irakischen Widerstands ist es, dass fast alle Gruppen sehr stark antiiranisch geprägt sind, bis hin zum offenen Chauvinismus. Der Gegensatz der irakischen Sunniten zum Iran hat tiefe historische Wurzeln. Es bleibt ihnen daher verschlossen, dass sich eine dritte strategische Variante öffnet. Sie heben damit an unter für sie viel ungünstigeren Bedingungen das katastrophale Muster des ersten Golfkrieges zu reproduzieren. Iran und Irak schlachteten sich gegenseitig jeweils mit der Hilfe der USA ab, die damit beide Gegner sich selbst in Schach halten ließen. Hauptfeind war der Nachbar, lachender Dritter Amerika.

Für die meisten Widerstandsgruppen handelt es sich beim Bagdader Regime nach wie vor nicht nur um ein Produkt der amerikanischen Besatzung, sondern vor allem auch einer iranischen. Für viele ist der schiitische Iran sogar der Hauptfeind. Selbst wenn einige Gruppen nicht offen antischiitisch sind und im Gegenteil die nationale Einheit proklamieren, verstehen sie die schiitischen Parteien mitsamt ihrem Massenanhang allesamt als Kollaborateure der



doppelten amerikanisch-iranischen Okkupation. Damit verurteilen sie eben auch die Basis der schiitischen Parteien als Handlanger des Irans und der USA, die damit quasi zu Fremden, zu „Safawiden“, zu Parteigängern der persischen Großmachtbestrebungen erklärt werden. Da es sich um die große Mehrheit handelt, tendiert diese Position automatisch dazu antischiitisch zu werden, auch wenn sie sich formal davon distanziert. Die historischen Ursachen des schiitischen Verhaltens werden systematisch aus-

Ein Bild der Verwüstung: Verhaftungen, Misshandlungen und Folter durch die US-Army stehen

Es war nur eine Frage der Zeit bis sich die Enttäuschung der Hoffnungen artikulieren musste, sei es in der die Zunahme der anti-amerikanischen Reaktionen auch unter den Schiiten, sei es gegen ihre eigenen Parteien. Diese Entwicklungen zu vertiefen wäre die strategische Aufgabe des Widerstands gewesen. In der ursprünglichen Kons-

Wenn jemand Interesse an einer Einigung zwischen Sunniten und Schiiten im Irak auf anti-amerikanischer Basis haben muss, dann Damaskus. Natürlich, die syrische Baath-Partei fürchtet all zu starke Volksmobilisierungen, die ihre eigene Herrschaft in Frage stellen könnte.

geblendet. Denn die Schiiten wurden historisch tatsächlich von der Macht ausgeschlossen und befanden sich in einer eindeutig unterprivilegierten Rolle. Ihre anfängliche Unterstützung für das scheinbar schiitische Regime wird dadurch zumindest verständlicher. Sie akzeptierten die neue Macht, weil sie sich als beteiligt oder vertreten ansahen - also nicht weil die USA sie installiert hatte, sondern trotzdem.

tellation hätte sich diese Tendenz auch gegen den Iran richten müssen, der seine schützende Hand über das Bagdader Regime hielt. Mit der Akzentuierung des übergeordneten globalen Konflikts USA-Iran hat die schiitische Opposition gegen die Besatzung nun keinen Anlass antiiranischen Züge anzunehmen, wie man angesichts des anfänglichen stillen Bündnisses hätte annehmen können, sondern verbleibt



Die Kuppel der Moschee in Najaf. Sie ist eines der wichtigsten Heilig-

vermutlich im proiranischen Rahmen. Das ist dem sunnitischen Widerstand aber ein rotes Tuch, nicht so sehr aus religiösen, sondern aus nationalistischen Motiven.

Trotz der schier unüberwindlich scheinenden Gegensätze bietet sich doch ein Punkt der Konvergenz an: Syrien. Das mehrheitlich sunnitische Land ist der einzige staatliche Verbündete des Iran in der arabischen Welt und befindet sich unter starkem Druck der USA und Israel. Wenn jemand Interesse an einer Einigung zwischen Sunniten und Schiiten im Irak auf antiamerikanischer Basis haben muss, dann Damaskus. Natür-

lich, die syrische Baath-Partei fürchtet all zu starke Volksmobilisierungen, die ihre eigene Herrschaft in Frage stellen könnte. Sie will alles auf dem Reißbrett der Geheimdienste entwerfen und ihre Marionetten entsprechend fernsteuern. Diese Einschränkung ändert jedoch nichts daran, dass ihr weder die US-Besatzung, noch der konfessionelle Bürgerkrieg, noch ein Überhandnehmen des Salafismus recht sein können. Etwas Besseres als eine Achse Teheran-Bagdad-Damaskus könnte dem Regime nicht widerfahren.

Die internationalen Medien berichteten, dass im Sommer vergangenen Jahres in Damaskus eine Konferenz verschiedener Widerstandsgruppen unter Federführung einer prosyrischen Tendenz der traditionell an-

tisyrischen irakischen Baath-Partei hätte stattfinden sollen. Diese sei auf iranischen Druck abgesagt worden, der dem Widerstand keine Plattform geben wolle. Das scheint durchaus plausibel. Indes ist Syrien nicht der Hampelmann des Iran, auch wenn von diesem abhängig. Einerseits kann es auf eigene Faust versuchen Einfluss zu nehmen. Andererseits kann angenommen werden, dass unter gewissen Bedingungen ein Ausgleich mit einigen Widerstandsgruppen im Interesse Teherans wäre. Denn allein auf die schiitischen Parteien gestützt, lässt sich der Irak nicht stabilisieren.

Hier geht es nicht darum, Partei für die syrische Baath zu ergreifen, seine historisch unverzeihliche Rolle in der Schwächung der antiimperialistischen Volksbewegung schön zu reden, noch Illusionen zu streuen. Es geht einzig darum, dass der Kampf gegen die US-Besatzung im Irak nicht gleichzeitig ein Zweifrontenkrieg auch noch gegen den Iran sein kann, denn dieser ist nicht gewinnbar. In der Situation der amerikanisch-persischen Konfrontation muss der Widerstand sich auf die Seite des Irans stellen oder – in ihrer Diktion – ihn zumindest nur als sekundären Feind betrachten, mit dem man ein Stillhalteabkommen schließt. Andernfalls findet man sich schnell auf der Seite der USA wieder. Eine solche Wendung würde gleichzeitig auch die Brücke zu den antiamerikanischen schiitischen Unterklassen bilden, die so von den Kollaborateuren an ihrer Spitze getrennt werden könnten.

Ob Teile des irakischen Widerstands entgegen ihrer historischen Tradition diese Chance ergreifen, bleibt offen. Unseres Dafürhaltens ist es jedenfalls gegenwärtig die einzige Möglichkeit, den USA eine substanzielle Niederlage beizubringen. Andernfalls riskiert der Widerstand Anhängsel der proamerikanischen arabisch-sunnitischen Allianz zu werden.

Wilhelm Langthaler

Die Humanität der Intervention

Der Tschad im Gestrüpp der Großmachtinteressen

Mit der Beteiligung der österreichischen Soldaten am EUFOR-Einsatz rückte die politische Situation des Tschads auch in das Zentrum der Debatten in Österreich. In einigen Analysen wurde versucht, der komplexen Situation Herr zu werden. Immer wieder wurde dabei der Gegensatz zwischen den USA und Frankreich und das Argument des Erdöls bemüht. Diese Bemühungen führten jedoch in Sackgassen.

Als am 2. Februar dieses Jahres Rebellen in die Hauptstadt des Tschad einmarschierten, reagierten die europäischen Außenminister mit Nervosität. Der erst kurz zuvor fixierte Einsatz der EUFOR wurde sofort suspendiert. Ein Fiasko der europäischen Außenpolitik. Nachdem lange Zeit das Zustandekommen der Mission an vielen Detailfragen zu scheitern drohte, schien diese Entwicklung der endgültige Todesstoß zu sein.

Doch Frankreich reagierte prompt. Mit gebotener Zurückhaltung – da man den humanitären Charakter nicht zu sehr karikieren wollte – wurde das kränkelnde Regime Déby noch einmal am Leben erhalten. Damit wurde aber der gesamte EUFOR-Einsatz ad absurdum geführt: Um einen Einsatz zu ermöglichen, dem man jeglichen politischen Charakter abspricht, musste militärisch in die politischen Verhältnisse der Region eingegriffen werden.

Mit den jüngsten Ereignissen wurde die Debatte über die Entsendung österreichischer Soldaten im Rahmen der EUFOR weiter angeheizt. Dabei wurden Argumente eingebracht, die man von früheren Debatten kennt und die hellhörig machen sollten: Der militärische Einsatz sei notwendig, da eine humanitäre Katastrophe drohe.

Dieser Text soll auf einige Aspekte eingehen, die in Zusammenhang mit dem Tschad-Einsatz von Bedeutung sind. Zunächst wird die Situation des Tschad auf verschiedenen Ebenen behandelt. Ausgehend von der Situation im Land selbst, von den dort bestehenden Kräfteverhältnissen, wird auf die regionale und internationale Konstellation eingegangen. Insbesondere wird die Frage von Bedeutung sein, welche Position Frankreich in diesem Konflikt hat. Für die Beantwortung dieser Fragestellung ist

es notwendig, sich Gedanken über die allgemeine Struktur des internationalen Systems Gedanken zu machen. Damit kommt man zwangsläufig auf einen akuten Streitpunkt, nämlich wie die aktuelle Beschaffenheit der Konkurrenzverhältnisse in diesem internationalen System zu bewerten sei.

Kolonialismus und Neokolonialismus

Der Einfluss der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich im Tschad ist ungebrochen. Der Einsatz der EUFOR-Truppe steht in einer Kontinuität mit einer langanhaltenden Präsenz französischer Truppen in diesem Land. Seit 1976 gibt es ein Militärabkommen zwischen den beiden Staaten, das eine Stationierung französischer Soldaten beinhaltet. Frankreich betreibt daher im Tschad zwei eigene Militärstützpunkte und einen Flughafen in der Hauptstadt N'Djamena. (1)

Nach der Gründung der unabhängigen Republik 1960 dominierte lange

gierung Hissène Habré ein.

Auch in der jüngeren Geschichte intervenierte Frankreich wiederholt im Tschad. Im Frühjahr 2006 griff Frankreich zugunsten des Präsidenten ein. Damals marschierten Kämpfer der Front Uni pour le Changement (FUC) und des Rassemblement pour le Changement (RFC) in die Hauptstadt N'Djamena ein. In einer gemeinsamen Aktion schlugen die tschadische Armee und französische Luftstreitkräfte die Rebellen in die Flucht.

Die jüngsten Ereignisse im unmittelbaren Vorfeld des EUFOR-Einsatzes reihen sich nahtlos in dieses Muster ein. Eine Allianz aus der Union des forces pour la démocratie et le développement (UFDD), dem RFC und der Union des Forces pour la Démocratie et le Développement-Fondamentale (UFDD-F) stürmten am 2. Februar 2008 die Hauptstadt. Obwohl sich Frankreich angesichts des „humanitären Charakters“ seiner militärischen Präsenz Zurückhaltung auferlegte, intervenierte es abermals zugunsten des Regimes. Die Hauptstadt wurde überflogen und der Präsident in seinem Palast mit der Präsidentengarde unterstützt. Die französischen Eliteeinheiten COS, die sogenannten Spezialoperationskommandos, griffen direkt in die Kampfhandlungen ein. (2) Außerdem wollte Frankreich

Angesichts dieser neokolonialen Situation plötzlich von einer humanitären Mission der EUFOR zu sprechen, erscheint vollkommen abwegig.

Zeit ein wesentlicher Konflikt die innenpolitische Lage: François Tombalbaye, der erste Präsident, repräsentierte den animistisch-schwarzafrikanischen Süden. Der muslimisch-arabische Teil des Landes, fühlte sich dadurch nicht repräsentiert. Mitte der Sechziger Jahre formierte sich die Front national de libération du Tchad (FROLINAT). Frankreich intervenierte 1969 gegen die FROLINAT, um den Präsidenten an der Macht zu halten. Nachdem 1983 ein Teil des Tschad durch libysche Truppen besetzt wurde, griff Frankreich abermals auf der Seite der Re-

umgehend im Weltsicherheitsrat ein Mandat zur militärischen Intervention erwirken.

Die Geschichte der Unabhängigkeit des Tschad zeigt eine Transformation der kolonialen Besetzung in eine neokoloniale Dominanz. Es gibt eine lang anhaltende französische Intervention im Tschad, die deutlich politischen Charakter trägt. Angesichts dieser neokolonialen Situation plötzlich von einer humanitären Mission der EUFOR zu sprechen, erscheint vollkommen abwegig.

Das politische System im Tschad

Das politische System des Tschad funktioniert nach anderen Mechanismen, als jene des Modells westlicher, liberaler Demokratien. Eine wesentliche Differenz besteht darin, dass Gewalt als politisches Mittel durchaus üblich ist. Der Staatsapparat ist außerdem nicht im selben Maße gefestigt, wie man es beispielsweise bei westeuropäischen Staaten findet. Damit ist der machtpolitische Wechsel dynamischer und konfliktgeladener. Widersprüche zwischen den Parteien oder den politischen Bewegungen werden oftmals militärisch ausgefochten, ohne dass dies einen radikalen Wechsel der Allianzen beziehungsweise eine Beteiligung an der politischen Macht im Weg stehen würde. Die Existenz von Rebellengruppen gehört

Verteidigungsminister Darabos verabschiedet österreichische Soldaten vor ihrem Tschad-Einsatz.

somit zu einem wesentlichen Kennzeichen des politischen Systems.

Die zur Zeit wichtigste Rebellenorganisation ist die Union des forces pour la démocratie et le développement (UFDD). Sie wird geführt von General Mahamat Nouri. Er selbst war Verteidigungsminister der Regierung Déby von 2004 bis zum April 2006. Nouri gehört der Ethnie der Tubu an. Diese haben ihre zentrale Region im Tschad in den Tibesti-Bergen. Die Tubu leben als teilweise nomadisierende Viehzüchter im Norden des Landes. Ein manchmal vorgebrachtes Argument, warum Nouri ausgesichert sein könnte, ist, dass die Tubu vom Zugang zu den Ressourcen und zur Macht abgeschnitten wären. 2006 gründete er die UFDD, in der er jedoch auch Organisationen ethnischer Araber und der Zaghawas, einer der herrschenden Ethnien, integrierte. (3)

Die neben der UFDD zweitgrößte Rebellenorganisation FUC wird

geführt von Mahamat Nour Abdelkerim. Die FUC war führend beteiligt am Putsch gegen Déby im Frühjahr 2006. Im Dezember 2006 konnte ein Abkommen zwischen dem Präsidenten und der FUC erzielt werden. Nour wurde daraufhin als Verteidigungsminister in die Regierung integriert. Damit schien das Ende der FUC besiegelt. Als im Dezember 2007 die Kämpfer der FUC jedoch ihre Waffen abgeben sollten, kam es zu Schießereien mit den Regierungstruppen. Nour wurde sofort seines Amtes enthoben und er musste in die Botschaft Libyens fliehen. Seine Kämpfer wechselten zu anderen Organisationen. (4)

Auch das Rassemblement pour le Changement (RFC) entstand durch Abspaltung einer Fraktion der herrschenden Elite. 2003 setzte Déby Verfassungsänderungen durch, die ihm eine weitere Amtszeit als Präsident garantieren sollten. Dabei wurde jedoch das bisher in der Verfassung



verankerte System, die Macht unter den Zaghawas, der Ethnie des Präsidenten, nach Kollegialprinzip aufzuteilen, zerbrochen. Daraufhin desertierte seine Prätorianergarde, die ebenfalls von den Zaghawas dominiert ist, um Déby vom Sudan aus zu stürzen. Federführend dabei waren die Zwillingbrüder Timan und Tom Erdemi, die Neffen des Präsidenten sind. Beide galten bis dahin als graue Eminenzen des Regimes. Timan Erdemi war lange Zeit Leiter des Präsidialbüros und Tom Erdemi Ölminister, der lange Zeit in Texas lebte.

Dem Konflikt zwischen Déby und den Brüdern Erdemi liegt somit ein Konflikt innerhalb der Zaghawas zugrunde. Die RFC strebt keinen Ausgleich zwischen den ethnischen Gruppen in der Machtbalance an, sondern es geht ihm darum, die Machtbasis dieser Ethnie im politischen System zu erneuern. Somit ist das Argument ethnischer Konflikte nicht immer treffend. Zwar gibt es einen allgemeinen Nord-Süd-Gegensatz, der ethnischen Charakter hat, doch gerade das Beispiel der RFC zeigt, dass Rivalitäten innerhalb einer Ethnie, zwischen verschiedenen Stämmen viel entscheidender sein können. (5)

Die drei wichtigsten Rebellenorganisationen hatten sich im Dezember 2007, nachdem der von Gaddafi vermittelte Waffenstillstand von Oktober gescheitert war, auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt. Das gemeinsame Ziel war der Sturz des Präsidenten Idriss Déby. Es entstand ein Bündnis zwischen der UFDD, dem RFC und der UFDD-F. Die UFDD-F wird geführt von Abdelwahid Makaye, der auch ehemalige Kämpfer der FUC in seinen Reihen organisiert. (6) Diese Allianz aus UFDD, RFC und UFDD-F versuchte der EUFOR zuvor zu kommen und marschierte, ausgehend vom Sudan, am 2. Februar 2008 auf die Hauptstadt N'Djamena.

Die militärische Ebene bildet im Tschad also einen integralen Bestandteil des politischen Kampfes um die Macht. Zwar steht für die Opposition der Sturz Präsident Débys auf der Tagesordnung, doch zeigt sich immer wieder, wie schnell die Front in dieser Konstellation gewechselt werden

kann. Eine militärische Intervention, insbesondere im Kontext des französischen Neokolonialismus, kann nur schwer einen humanitären Charakter geltend machen. Die Mission der EUFOR stellt somit eine militärische Unterstützung des Regimes Déby dar und hat unmittelbar politischen Charakter.

Erdöl im Tschad

In den Analysen zum Tschad wird oftmals eingebracht, dass bei der Intervention Frankreichs das Erdöl der treibende Motor sei. So vertritt auch Gerald Oberansmayr die These: „Die EU-Militärmission soll die mittlerweile durch die USA und China herausgeforderte Position Frankreichs in ihren ehemaligen afrikanischen Kolonien absichern. Im Hintergrund stehen dabei triftige ökonomische Gründe. Seit 2003 wird im Süden des Tschad von ExxonMobil und mit Unterstützung der Weltbank Erdöl gefördert.“ (7)

Die Frage des Erdöls spielt für die

verfügt die Petronas über 35 Prozent der Eigentumsrechte. (9) Die französische Total Elf hat sich 1999 aus dem Gebiet zurückgezogen. Zwar hat sie nun wieder Interesse angemeldet, doch dies betrifft die nordöstliche Grenzregion zu Libyen. Es besteht also kein unmittelbares Konkurrenzverhältnis in Bezug auf die Erdölförderung im Süden des Tschad. Viel entscheidender ist hingegen, dass ein Konsortium aus der kanadischen Encana, der britischen Cliveden und der chinesischen National Petroleum Corporation die Genehmigung zur Erforschung, Exploration und Förderung von Erdölbeständen im Tschad erhalten hat. (10)

Die Erdölförderung findet im Tschad unter teilweise atemberaubenden Bedingungen statt, welche die nationale Souveränität des Landes deutlich einschränken. Abgesehen davon, dass der Tschad nicht souverän über seine eigenen Ressourcen verfügt, sondern diese von ausländischen Unternehmen ausgebeutet werden, erhält das Land Lizenzgebühren von ledig-

Eine militärische Intervention, insbesondere im Kontext des französischen Neokolonialismus, kann nur schwer einen humanitären Charakter geltend machen. Die Mission der EUFOR stellt somit eine militärische Unterstützung des Regimes Déby dar und hat unmittelbar politischen Charakter.

Intervention der EUFOR jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Viel wichtiger ist für Frankreich die geopolitische Bedeutung. So kommt auch Paul-Simon Handy vom Institute for Security Studies zu der Schlussfolgerung: „Im Gegensatz zu den französischen Interessen im übrigen Afrika, die wirtschaftlich motiviert sind, hat Frankreich im Tschad nur geopolitische Interessen. Schon zur Zeit der französischen Kolonisation war das Land Bindeglied zwischen Äquatorial- und Nordafrika, etwa bei den Straßenverbindungen.“ (8)

Die größten Investoren der Ölförderungsanlagen im Süden des Tschad und auch der Pipeline, die das Öl an den Golf von Guinea transportiert, sind ExxonMobile, ChevronTexaco und die malaiische Petronas. Während die US-Monopole insgesamt 65 Prozent der Anteile inne haben, so

lich 12,5 Prozent der Einnahmen. (11) Die Erträge aus dem Erdölgeschäft werden auf einem Treuhandkonto der Londoner Citibank verwaltet. Nur die indirekten Erträge aus dem Erdölgeschäft, wie etwa Steuern, werden direkt von diesem Treuhandkonto auf das Konto der tschadischen Nationalbank überwiesen. (12)

Eine Besonderheit stellt die Verteilung der Erdöleinnahmen für den Tschad dar. Über eine gesetzliche Grundlage, dem „Gesetz 001“, wurde versucht Kontrolle über die Verteilung der Gelder zu erwirken. Zehn Prozent sollten demnach an einen „Zukunftsfond“ für die Zeit nach dem Erdölboom gehen. 90 Prozent der Einnahmen sollten kontrolliert investiert werden. (13) Dieses Gesetz wurde jedoch nicht aus eigener Initiative beschlossen, sondern es war Teil der Vereinbarungen zwischen der

Weltbank und dem Tschad. Erst nach dem Beschluss dieses Gesetzes bewilligte die Weltbank ihre Kredite für das Erdölprojekt. Kontrolliert wird die Handhabung des Gesetzes über das Collège de Contrôle et de Surveillance des Ressources Pétrolières (CCSRP). Interessantes Detail: Déby hatte im Februar 2004 seinen Schwager Idriss Ahmed zum Präsidenten der Zentralbank und damit automatisch zum Vorsitzenden der CCSRP ernannt. (14)

Das „Gesetz 001“ ist grundsätzlich widersprüchlich zu bewerten. Einerseits erscheint eine Kontrolle der Erdöleinnahmen sinnvoll, da die Bevölkerung fast nicht vom Erdölboom profitieren würde. Andererseits ist es äußerst bedenklich, wenn die Weltbank durch ihre Kreditpolitik in die nationale Souveränität des Tschads eingreift.

2005 eskalierte der Konflikt um die Erdöleinnahmen kurzfristig. Die Nationalversammlung beschloss das „Gesetz 001“ abzuändern und einen Teil der Finanzmittel für die Bezahlung des Beamtenapparates aufzuwenden. Die Weltbank reagierte harsch: Die Auszahlung von Kredittranchen wur-

Regionale Konstellationen

In der Geschichte des unabhängigen Tschad hat nicht nur Frankreich immer wieder in die politische Situation eingegriffen, sondern auch die regionalen Mächte Libyen und Sudan. Immer wieder wurden – in wechselnden Allianzen – politische Kräfte innerhalb des Tschad unterstützt oder bekämpft. Umgekehrt unterstützt der Tschad bis heute bewaffnete Rebellenorganisationen im Sudan.

Präsident Déby errang die Macht im Tschad vor allem mit der Unterstützung des Sudan. Gerade dies zeigt, wie schnell die Konstellationen und Allianzen wechseln können. (15) Erst in Folge wandte er sich gegen seine ursprünglichen Gönner und verschärfte den Konflikt mit seinem Nachbarn. Am 23. Dezember 2005 stellt Déby aufgrund der bewaffneten Auseinandersetzungen in der Grenzregion zu Darfur einen „Zustand der Feindseligkeit“ fest. Déby warf dem Sudan vor, die Rebellen im Tschad militärisch zu unterstützen. Ein Vorwurf nicht ohne Ironie, da ja einst Déby selbst als Rebell mit der Unterstützung des Sudans an die Macht kam.

In der Frage des Erdöls ergibt sich somit kaum ein Konflikt zwischen den USA und Frankreich. Das entscheidende Problem ist vielmehr, wie sich der Tschad gegenüber den Erdölkonsortien und gegenüber der Weltbank behaupten kann.

de gestoppt und Präsident Déby hatte keinen Zugang mehr zu den Erdölgeldern, die in London am Treuhandkonto deponiert sind.

In der Frage des Erdöls ergibt sich somit kaum ein Konflikt zwischen den USA und Frankreich. Das entscheidende Problem ist vielmehr, wie sich der Tschad gegenüber den Erdölkonsortien und gegenüber der Weltbank behaupten kann. Die Konkurrenzsituation zwischen den USA und Frankreich hat in diesem Bereich nur untergeordnete Bedeutung. Für den Einsatz der EUFOR kann dieses Argument also nicht geltend gemacht werden. Vielmehr sind die politischen Konstellationen, insbesondere auf regionaler Ebene, entscheidend. Vor allem das Verhältnis zum Sudan nimmt eine entscheidende Stellung in der Analyse ein.

Der Gegensatz zwischen dem Tschad und dem Sudan bleibt nicht auf die regionale Ebene beschränkt. Gerade im Verhältnis zu Khartum ist die internationale Konstellation von entscheidender Bedeutung. Der Sudan wird von den USA als Schurkenstaat qualifiziert. Außerdem stellt er gewissermaßen das Einfallstor für den chinesischen Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent dar. Von den westlichen Staaten wird der Sudan isoliert. Damit rückt jene Macht als Bündnispartner ins Zentrum des Interesses, die als aufstrebende Semiperipherie auf der Suche nach ökonomischen und politischen Einflussphären ist, nämlich China. Dies wiederum ruft die westlichen Mächte auf den Plan. Das Regime in Khartum und der chinesische Einfluss auf dem Kontinent sollen zurück gedrängt werden.

Die wechselseitige Unterstützung der Rebellenorganisationen zwischen dem Sudan und dem Tschad hat unter anderem darin seine Ursache, dass die Grenze zwischen den Staaten erst mit der europäischen Kolonisation gezogen wurde. (16) Es gibt zwischen der Ostregion des Tschad und der Region Darfur enge ethnische, kulturelle aber auch ökonomische Bande.

Der EUFOR-Einsatz ist in dieser regionalen Konstellation zu verstehen. Das sudanesisches Regime soll damit unter Druck gesetzt und der chinesische Einfluss gedämpft werden. Damit fügt sich der europäische Einsatz unter französischer Federführung in eine amerikanische Globalstrategie am afrikanischen Kontinent ein. In dieser antisudanesischen Dimension verschwindet der oftmals angenommenen französisch-amerikanischen Gegensatz, der fälschlicherweise als treibende Kraft dahinter vermutet wird.

Es bleibt also festzuhalten, dass für die Entsendung der EUFOR weniger die Konkurrenz zwischen Frankreich und den USA, sondern viel eher in Zusammenhang mit der regionalen Machtposition des Sudans und dem damit verbundenen chinesischen Einfluss zu sehen ist. Damit rückt die Frage in den Mittelpunkt, wie man diese Verhältnisse auf internationaler Ebene zu analysieren hat.

Internationale Konstellationen

Von entscheidender Bedeutung für die Analyse der Situation im Tschad ist die Auseinandersetzung mit der Struktur des internationalen politischen Systems. Denn die internationalen Konflikte und Widersprüche beeinflussen die lokale Situation vor Ort. Doch gerade in der Analyse der internationalen Konstellation gibt es große Differenzen. Der Kernpunkt der Debatte ist das Problem des französisch-amerikanischen Konkurrenzverhältnisses.

Viele Autoren sind der Ansicht, dass der treibende Motor dieses Konfliktes der weltpolitische und ökonomische Widerspruch zwischen Frankreich und den USA wäre. So interpretieren auch Corinna Milborn und Nicole Stern die französische Militäraktion im Tschad als

Rückzugsgefecht gegen den Ausbau amerikanischer Positionen in Afrika. (17) Grundsätzlich rückt in allen Analysen – zurecht – die Dreiecksbeziehung zwischen den USA, Frankreich und China ins Zentrum der Betrachtungen. So vertritt etwa auch Gerald Oberansmayr die These: „Die EU-Militärmission soll die mittlerweile durch die USA und China herausgeforderte Position Frankreichs in ihren ehemaligen afrikanischen Kolonien absichern.“ (18)

Doch an diesem Punkt beginnt der richtige Ansatz in eine falsche These abzugleiten. Die Dreiecksbeziehung USA, Frankreich und China wird als eine mehr oder weniger äquidistante Machtkonstellation aufgefasst, vor unserem Auge würde daher ein klassischer Krieg der imperialistischen Großmächte um Kolonien entstehen. Dies ist jedoch eine vollkommen abwegige Annahme. Die Thesen von der Konkurrenzsituation mehr oder weniger gleichgestellter Mächte ignoriert die fundamentale Struktur des internationalen politischen Systems. Daher müssen wir genau differenzieren zwischen der Konkurrenzsituation zwischen den USA und China auf der einen Seite und den USA und Fran-

reich auf der anderen Seite. Diese Differenzierung vorzunehmen ist von entscheidender Bedeutung und hat enormen Einfluss auf die Analyse der

als unversöhnlicher Widersacher gegenüber. In gewisser Weise existiert eine Situation der gleichzeitigen Kooperation und Konkurrenz zwischen

Die Thesen von der Konkurrenzsituation mehr oder weniger gleichgestellter Mächte ignoriert die fundamentale Struktur des internationalen politischen Systems. Daher müssen wir genau differenzieren zwischen der Konkurrenzsituation zwischen den USA und China auf der einen Seite und den USA und Frankreich auf der anderen Seite.

konkreten Situation im Tschad.

In der Analyse der afrikanischen Situation nach dem Zerfall der Sowjetunion kommen Matthias Adolf und Jan Köstner zu folgender Schlussfolgerung: „So droht der Kontinent ein weiteres Mal zum Spielball neokolonialer Machtpolitik zu werden. Dabei entwickelt sich zunehmend ein Zweikampf zwischen USA und China, der auf sehr unterschiedlichen Strategien basiert.“ (19) Hier wird zurecht als treibender Motor der chinesisch-amerikanischen Widerspruch festgemacht.

Der französische Einfluss hat eine weitreichende Kontinuität, doch die aktuelle internationale Konstellation hat ihm als Element in diesem System eine neue Bedeutung verliehen. Frankreich steht den USA in Afrika nicht

den Mächten. Das Element der Kooperation überwiegt jedoch. Insbesondere darf das Abhängigkeitsverhältnis, das zwischen den europäischen Staaten und dem amerikanischen Zentrum existiert, nicht ignoriert werden.

Die sowjetische Geschichts- und Politikwissenschaft hat versucht die Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg durch eine Bearbeitung der klassischen Imperialismustheorie zu bewältigen. Dabei wurde versucht dem Element der Konkurrenz das Element der Kooperation hinzu zu fügen. Dies ist jedoch in vielerlei

Die eigentliche Aufgabe des Militäreinsatzes der EU im Tschad besteht



Bild: Bundesheer



Im Tschad ist eine verwirrende Anzahl von bewaffneten Organisationen aktiv. Die vier größten bilden eine Allianz zum Sturz des Präsidenten.

Hinsicht ungenügend. Die jüngere Debatte um die Imperialismustheorie hat immer wieder herausgearbeitet, dass die Struktur der aktuellen Konkurrenzsituation nicht übereinstimmt mit jener, die Lenin mit seiner Imperialismustheorie im Auge hatte. „Charakteristikum des «klassischen Imperialismus» war die ungleiche Entwicklung und die daraus abgeleitete zwischenimperialistische Konkurrenz, die gleichsam gesetzmäßig zum Weltkrieg führt. Der «neue Imperialismus» zeichnet sich durch die unumschränkte - ökonomische, politische und vor allem militärische - Suprematie der USA aus, die sich sowohl auf die Gestaltung der Weltordnung nach dem Ende des Kalten Krieges als auch auf die Beziehungen zu den subimperialistischen Staaten erstreckt.“ (20)

Der treibende Widerspruch am afrikanischen Kontinent ist der Widerspruch zwischen den USA und China. Dieser hat zur Zeit den Sudan als wesentlichen Schauplatz. Die Isolation von Khartoum ist sowohl Folge als auch Ursache für die Konkurrenz zu China. Man muss jedoch berücksichtigen, dass China zu jenen Ländern gehört, die von der Weltsystemtheorie als Semiperipherie bezeichnet wurden. Damit verlagert sich aber der entscheidende Konflikt auf Widersprüche zwischen dem dominanten Zentrum und Ländern der Semiperipherie und der Peripherie. Bezogen auf den Tschad bedeutet das nun, dass

selbst die USA ein Interesse am französischen Einsatz haben. Die EUFOR bildet kein Element, das den Gegensatz Frankreichs zu den USA repräsentiert, sondern vielmehr ein Element der gemeinsamen Globalstrategie. Innerhalb dieser gemeinsamen Globalstrategie kann es aber durchaus zu Machtverschiebungen kommen.

Sebastian Baryli

- (1) Henken, Lübr: *Sudan und Tschad im Visier der Großmächte*, in: *IMI-Studie*, 2008, Nr. 1, Teil 2, S. 1f.
- (2) *La Croix*, 08.02.2008.
- (3) Mühlbauer, Peter: *Umsturz im Tschad? In: Telepolis*, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/27/27203/1.html>.
- (4) Thomas Scheen: *Kämpfe an allen Fronten*, in *FAZ*, 06.12.2007.
- (5) Handy, Paul-Simon: *Chad: Wading through a domestic political crisis in a turbulent region*, in: *ISS Situation Report*, 5. Dezember 2007, S. 5.
- (6) Ling, Martin: *Feuerpause in N'Djamena*, in: *Neues Deutschland*, 06.02.2008.
- (7) Oberansmayr, Gerald: *Über den Tschad in den EU-Militärolymp? In: Guernica*, 2007, Nr. 5, S. 3.
- (8) *Interview mit Paul-Simon Handy*, in: *Der Standard*, 12.13.01.2008.
- (9) <http://go.worldbank.org/504AW22GX0>
- (10) Poirson, Anne-Claire: *Öl im Tschad. Ein fragwürdiger Segen*, in: *Le Monde diplomatique*, 2005, Nr. 7770 der Gesamtfolge, S. 19, Fn. 3.
- (11) Zint, Martin: *Konfliktstoff Öl. Teil 2: Das Tschad-Kamerun-Erdöl- und Pipeline-Projekt*, http://www.ewf-bonn.de/dokumentel/konfliktstoff_

[oel_1.pdf](#), S. 3.

- (12) Kuge, Mitthias: *Erdöl aus dem Tschad: Förderung unter internationaler Vormundschaft*, in: *Afrika-Bulletin*, 2004, Nr. 116 der Gesamtfolge, S.

<http://www.absa.ch/AK/Bulletin/116.htm>

- (13) <http://go.worldbank.org/O3O-ErV4IBo>

- (14) Kuge, Mitthias: *Erdöl aus dem Tschad: Förderung unter internationaler Vormundschaft*, in: *Afrika-Bulletin*, 2004, Nr. 116 der Gesamtfolge, S.

<http://www.absa.ch/AK/Bulletin/116.htm>

- (15) Handy, Paul-Simon: *Chad: Wading through a domestic political crisis in a turbulent region*, in: *ISS Situation Report*, 5. Dezember 2007, S. 7f.

- (16) Handy, Paul-Simon: *Chad: Wading through a domestic political crisis in a turbulent region*, in: *ISS Situation Report*, 5. Dezember 2007, S. 7f.

- (17) Milborn; Corinna; Stern, Nicole: *Im Schatten der Kolonialmacht*, in: *Format*, 2008, Nr. 7, S. 23.

- (18) Oberansmayr, Gerald: *Über den Tschad in den EU-Militärolymp? In: Guernica*, 2007, Nr. 5, S. 3.

- (19) Adolf, Matthias; Köstner, Jan: *China versus USA: Der neue Kampf um Afrika*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 2007, Nr. 4, 486.

- (20) Deppe, Frank; Heidbrink, Stephan; Salomon, David u.a.: *Der neue Imperialismus*, Heilbronn 2004. (= distel direkt), S. 128.

„Frankreich verhindert den Sieg des Widerstandes“

Interview mit Ley-Ngardigal von der tschadischen ACTUS

Dr. Djimadoum Ley-Ngardigal ist Generalsekretär von ACTUS, der Tschadischen Aktion für Nationale Einheit und Sozialismus, und lebt im französischen Exil. Im Interview schildert er die Situation des politischen Widerstandes im Tschad. Er spricht über den Kampf gegen das Regime Débys und über die Rolle Frankreichs in der Region.

Intifada: Hat Ihre Partei am Angriff der Rebellen auf N'Djamena teilgenommen?

Djimadoum Ley-Ngardigal: Wir stehen in gutem Kontakt mit den Oppositionskräften und haben die Offensive unterstützt. Wir bevorzugen allerdings statt des in den Medien verwendeten Ausdrucks Rebellen den Begriff nationaler Widerstand. Denn es handelt sich nicht um eine Militärrebellion, sondern um eine Volksbewegung gegen eine neokoloniale Diktatur.

Intifada: Warum konnte der Wider-

stand die Hauptstadt nicht einnehmen?

Ley-Ngardigal: Am 1. Februar war N'Djamena praktisch gefallen. Die Truppen des Einheitlichen Militärkomitees (CMU) standen vor dem Präsidentenpalast. Bei der Kontaktaufnahme mit den Franzosen wurde diesen zugesagt, dass sie nicht angegriffen würden. Die französischen Truppen erbaten Zeit für die Evakuierung ihrer Landsleute, die ihnen Mohammed Nouri, der Oberkommandierende und Chef der Union der Kräfte für Demokratie und Entwicklung (UFDD), gewährte. Das nutzten

die Regierungstruppen um sich mit Unterstützung der Franzosen zu reorganisieren. Das französische Kommando für Spezialkräfte (COS) griff mit Helikoptern und Nachtsichtgeräten sogar direkt in die Kämpfe auf Seiten der Regierungsarmee ein. Das ist der Hauptgrund des Scheiterns, während auch Divergenzen zwischen den Gruppen eine Rolle gespielt haben dürften.

Intifada: Der heutige Präsident Déby war selbst ein Rebell gegen die profranzösische Diktatur Habrés gewesen, wandelte sich dann schnell zum Gewalt herrscher von Frankreichs Gnaden. Wie kann diese Transformation im Falle eines Sieges verhindert werden?

Ley-Ngardigal: Die Tschader werden es einfach nicht akzeptieren. Heute besteht unsere Hauptaufgabe darin gemeinsam selbst mit den reaktionären Kräften den Tyrannen Déby zu stürzen. Aber die schwierigere Aufgabe wird sein, in der Folge den Kampf darum auszutragen, wer ihn ersetzen soll. Die Frage der Führung ist nicht gelöst. Aber ich bin optimistisch. Es

Linke Literatur im Netz: www.che-chandler.com



Das Baskenland – Wege zu einem gerechten Frieden. Ein Gespräch mit Arnaldo Otegi

Der Sprecher der seit 2003 verbotenen baskischen Partei Batasuna skizziert eine Bewegung, die trotz der repressiven Antworten des spanischen und des französischen Zentralstaates weiter den Willen nach demokratischer Lösung betont.

Pahl-Rugenstein, 249 S., brosch.
ISBN 978-89144-399-6 22,90 (D)



Savvas Xiros: Guantanamo auf griechisch. Zeitgenössische Folter im Rechtsstaat

Savvas Xiros, Mitglied der griechischen Stadtguerilla »17N«, schildert in diesen autobiographischen Aufzeichnungen sein Martyrium in einem Athener Krankenhaus, nachdem ihm eine Bombe in der Hand explodierte. Der Beginn eines Prozesses gegen den »17N«.

Pahl-Rugenstein, 129 S., brosch.
ISBN 978-3-89144-394-1 13,90 (D)



Brauns/Tsalos (Hg.): Naher und mittlerer Osten. Krieg, Besatzung, Widerstand

Zum ersten Mal schreiben deutschsprachige Journalisten und Analysten & Vertreter palästinensischer, libanesischer, irakischer und afghanischer Volksbewegungen in einem Buch über eine Region, die einer permanenten imperialistischen Aggression ausgesetzt ist.

Pahl-Rugenstein, 208 S., brosch.
ISBN 978-3-89144-385-9 16,90 (D)

BASKISCHE BIBLIOTHEK

Literatur aus einem Land, das es nicht gibt.

- Anjel Lertxundi – Domingos letzte Wette
Die dunkle Seite der Idylle. Ein baskischer Klassiker vom Lande.
- Aingeru Epaltza – Rock'n'Roll
Die chaotische Suche nach einer Leiche. Ein rasant-satirischer Krimi.

Bereits erschienen
Arantxa Urretabizkaia – Das rote Heft / Edorta Jimenez – Der Lärm der Grillen

www.zubiak.de



Der umfassendste Überblick über linke Literatur im deutschsprachigen Raum. Neue und antiquarische Titel.
Che & Chandler | Breite Str. 47 | D-53111 Bonn | Tel: 0228 / 63 23 66 | Fax: 0228 / 63 49 68 | info@che-chandler.com

gibt antiimperialistische und revolutionäre Kräfte und auch unsere Präsenz wird einen Beitrag leisten. Außerdem können wir uns auf eine neue Generation von Kämpfern stützen, die die Erfahrungen der Vergangenheit verarbeitet haben.

Intifada: *Sind die Oppositionellen Marionetten des Sudan, wie ihnen oft vorgeworfen wird?*

Ley-Ngardigal: Der Widerstand ge-

gen Déby hat wenige Monate nach seiner Machtübernahme begonnen und zwar ohne den Sudan, der zu diesem Zeitpunkt Déby sogar noch unterstützte. Der Widerstand ist nicht von außen geschaffen, er ist Ausdruck des Freiheitskampfes des tschadischen Volkes gegen ein blutrünstiges Regime. Frankreich will von dieser Tatsache ablenken und den Widerstand als von außen gesteuert darstellen. Dabei war es Déby, der als erster die sudanesischen Rebellen der MJE (Bewegung

für Gerechtigkeit und Gleichheit) von Khalil Ibrahim unterstützte. Déby und Ibrahim gehören der gleichen Ethnie, dem Stamm der Zaghawa, an. Die sudanesischen Unterstützung für den tschadischen Widerstand war eine Reaktion darauf. Aber auch De Gaulle hat die amerikanische Unterstützung gegen die Nazis angenommen. Ist er dadurch zur US-Marionette geworden?

Interview: Wilhelm Langthaler

Chaos unter dem Himmel

Destabilisierung des US-Verbündeten Pakistan

Das erfolgreiche Attentat auf Benazir Bhutto zeigt, dass den USA zunehmend Schwierigkeiten beim Ziehen der Fäden in der pakistanischen Politik begegnen. Die langen Gesichter in Washington und der Sturz der Börsenkurse nach ihrem Tod können dafür als Indikatoren herhalten. Ein langjähriger treuer Verbündeter droht unter dem Druck des globalen US-Krieges gegen den Islam in die Unregierbarkeit abzurutschen oder zumindest seiner Verlässlichkeit verlustig zu gehen. Bisweilen wird sogar von einer islamistischen Machtübernahme geredet. Dies ist aber eher Stimmungsmache für den Krieg als reale Möglichkeit.

Der Putschgeneral von Washingtons Gnaden sieht sich mit zwei sehr unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Gegnern konfrontiert. Auf der einen Seite der liberale Mittelstand, der über das Milieu der Volkspartei (PPP) Bhuttos über Wurzeln in den Massen verfügt. Auf der anderen Seite die radikale islamistische Bewegung, die sowohl Rückhalt in Teilen der Armee als auch unter den paschtunischen und belutschischen Stämmen genießt.

Unter dem Druck der USA, dem Militärregime einen demokratischen Anstrich zu geben, bemühte sich Musharraf seit Monaten seine Wahl zum zivilen Präsidenten vorzubereiten. Das Justizsystem unter Führung des obersten Richters Iftikhar Chaudhry legte sich jedoch quer. Daher setzte ihn Musharraf im Frühjahr 2007 kurzerhand ab. Doch das rief starke Proteste der liberalen Mittelschichten hervor, die sich bis tief in das System und insbesondere den Justizapparat hineinzogen. Schließlich sah sich der Militärmachthaber im Herbst gezwungen, Chaudhry wieder in Amt

und Würde zu setzen. Doch das war nicht sein letztes Wort.

Nachdem ihm durch die von den USA vermittelte Rückkehr Bhuttos und die in Aussicht gestellte Machtteilung der Rücken gestärkt war, fühlte er sich zu einem viel mächtigeren Schlag befähigt. Am 3. November 2007 suspendierte er die Verfassung und rief

Der Kuhhandel sah vor, dass der Block Musharraf-Bhutto erhalten bleiben sollte – im Grunde wurde er durch die Ausschaltung der Opposition der Richter erst möglich gemacht.

den Ausnahmezustand aus. Die rebellischen Richter sowie die Führer der Protestbewegung kamen allesamt hinter Gitter. Nachdem die notwendigen Eingriffe in das System durchgeführt und die oppositionellen Richter durch willfähige ersetzt waren, konnte der Ausnahmezustand aufgehoben werden. Der Weg für die orchestrierten Wahlen schien geebnet.

Möglich wurde dieses Manöver erst dank der Duldung Bhuttos. Sie war allem Anschein nach über den

Coup informiert gewesen und hatte sich vorsorglich nach Dubai abgesetzt. Der Kuhhandel sah vor, dass der Block Musharraf-Bhutto erhalten bleiben sollte – im Grunde wurde er durch die Ausschaltung der Opposition der Richter erst möglich gemacht.

Tariq Ali, der bekannteste englisch-pakistanische linke Autor, berichtet in einem Artikel vom 30. November mit dem Titel „Tochter des Westens“: „Ihre erste Reaktion [auf die Verhängung des Ausnahmezustands] war zu sagen, sie sei schockiert, was etwas unaufrichtig war. [...] An einem gewissen Punkt kritisierte sie den Höchstrichter sogar dafür, zu provokativ gewesen zu sein. Aufgeregte Anrufe aus Pakistan überzeugten sie, nach Karachi zurückzukehren. [...] Als sie schließlich die

VIP-Lounge erreicht hatte, sagten ihr ihre Kollegen von der PPP, dass es zu einer Spaltung der Partei kommen würde, verurteilte sie nicht den Ausnahmezustand.“ Ihr blieb also nichts anderes übrig als – widerwillig – auf die Bewegung aufzuspringen.

Auf der anderen Seite des Spektrums ist der radikale politische Islam, der zumindest seit der prowestlichen Militärdiktatur Zia ul Haq einen aus der pakistanischen Politik nicht mehr wegzudenkenden Faktor



Bild: Department of Defense

Präsident Musharraf und der damalige Verteidigungsminister der USA Rumsfeld. Nach 9/11 hat sich die Bedeutung Pakistans als US-Verbün-

darstellt. Hintergrund seines Aufstiegs war nicht nur der von den USA über Pakistan organisierte Krieg gegen die UdSSR in Afghanistan und gegen das mit Moskau verbündete Indien in Kaschmir. In Pakistan selbst ging es darum, die Linke zu schlagen und von der Macht zu verdrängen, die sich um die Galionsfigur Zulfikar Ali Bhutto und seine PPP gruppierte. Gegen sie wurde der sunnitische Fundamentalismus mit seinem anti-schiitischen Fanatismus in Stellung gebracht, insofern nicht nur Bhutto aus einer schiitischen Familie stammte, sondern die pakistanischen Schiiten, heute immerhin rund 30 Millionen, besonders treue Anhänger seiner Partei bildeten.

Einen besonderen Hebel dieser Transformation bildete die allmächtige Armee, die islamisiert wurde. Insbesondere der Geheimdienst ISI entwickelte sich zum Staat im Staat, der von den USA mit der Abwicklung des Krieges in Afghanistan beauftragt wurde. Als ideologischer Kitt der Kommandolinie vom langjährigen Chef des ISI, Hamid Gul, bis zu den diversen Kriegsherrn der Mud-

schaheddin diente der fundamentalistische sunnitische Islam. Wie vielfach beschrieben, fungierte der Krieg in Afghanistan als Wiege von al Qaida.

Trotz der starken Förderung durch die USA wäre es verfehlt, das Phänomen des politischen Islam einzig als fremdgesteuert zu begreifen. Als Tendenz gab es diesen schon das ganze vergangene Jahrhundert hindurch. Nach 1989/91 hatte der Mohr seine Dienste getan und hätte gehen sollen. Doch er setzte seinen Kampf fort. Nach 9/11 erklärte Bush der Bewegung nicht nur den offenen Krieg, sondern machte sie zum Hauptfeind der USA.

Das musste das Gebälk des auf den Fundamentalismus aufgebauten pakistanischen Staates langfristig zum

führung ist gleichzeitig bewusst, dass sie ohne amerikanische Unterstützung nicht überleben kann. Sie muss daher dämpfend auf die islamistische Bewegung wirken. Jener Teil der islamistischen Bewegung, die eng mit dem traditionellen sozialen Netz der autonomen Stammesgebiete FATA (1) verbunden sind, strebt nach dem Erhalt dieser Autonomie. Sie sucht nach einem Kompromiss, der die Armee vom direkten Eingreifen abhält. Die Armee hat ihrerseits alles Interesse daran, ein Vorgehen gegen die eigene Bevölkerung und die ihrer ehemaligen islamistischen Schützlinge zu vermeiden und die historische Verbindung zu erhalten.

Als zunehmender Störfaktor dabei erweist sich der unversöhnliche

Einen besonderen Hebel dieser Transformation bildete die allmächtige Armee, die islamisiert wurde. Insbesondere der Geheimdienst ISI entwickelte sich zum Staat im Staat, der von den USA mit der Abwicklung des Krieges in Afghanistan beauftragt wurde.

Krachen bringen. Die Verbindung zwischen Armee, ISI und Islamisten besteht weiter, insbesondere auch zu den Taliban, die eine grenzüberschreitende paschtunische Bewegung bilden. Beide Seiten bleiben in gewisser Weise auf einander angewiesen, auch wenn die Beziehungen immer schwieriger werden und ausfransen. Der Arme-

Flügel der Salafisten (2) und Takfiristen (3) einschließlich al Qaidas. Diese versuchen den historischen Kompromiss und das zugehörige Bündnis aufzubrechen und haben der Armee und Musharraf den Krieg erklärt. Immer wieder töten sie auch Stammesführer, die für diesen Ausgleich stehen. Ihre Bedingungen sind günstig, denn

die Situation in Afghanistan und der Erfolg der Taliban-Guerilla radikalisiert die Stimmung. Solange in Afghanistan die Paschtunen und ihr Netz von Stammesorganisationen von der Macht ausgeschlossen bleiben, beflügelt das die Bewegung auch in Pakistan. (Indes kann ein Strategiewechsel der USA hin zu einer Einbindung

Doch die Rechnung wurde ohne den Wirt gemacht.

Es war nicht nur al Qaida & Co, die Bhutto ablehnten, sondern auch Kreise aus der Umgebung des Präsidenten selbst hatten keinerlei Interesse Bhutto wieder zurück an die Macht zu lassen. Nicht nur der Konkurrenz um die Futtertröge wegen, sondern

Islamismus versus liberale Demokratie = Militärmacht

Von den westlichen Staatskanzleien und dem Medienapparat wird die islamistische Bewegung in Pakistan als Teufel an die Wand gemalt, der knapp davor stehe, die Macht zu übernehmen. Nicht auszudenken, wenn sich die Atomwaffen des Landes in der Hand dieser Bösewichte befänden. Es handelt sich dabei um eine beabsichtigte, monströse Übertreibung. Wahr und neu ist, dass ein wachsender Teil der Bewegung aus dem Bündnis mit dem Militär ausschert. Zentrum dieser Entwicklung ist die „North Western Frontier Province“ und insbesondere die „Federally Administered Tribal Areas“ (FATA), die autonomen Stammesgebiete. Wie bereits beschrieben wird die Radikalisierung vom Widerstand und Krieg in Afghanistan getrieben. Die paschtunische Volksgruppe siedelt zu beiden Seiten der Grenze. Deren Bündnis mit al Qaida bleibt aber zweckgebunden. Falls die Taliban in Afghanistan an der Macht beteiligt werden sollten – und eine andere Lösung des Konflikts zeichnet sich nicht ab – würden die militanten Salafiten wieder zurückgedrängt werden. Die durch den gegenwärtigen Krieg akkumulierten Kräfte, die über Jahre aufgebauten Beziehungen und Kontakte mögen ihnen das Überleben und die Bewegung in dem Gebiet weiterhin ermöglichen. Über einen geduldeten Rand dürften sie aber nicht mehr hinauskommen, schon gar nicht außerhalb der paschtunischen Stammeszonen und deren städtischer Einzugsgebiete. Strafaktionen gegen Stammesführer, wie sie heute von al Qaida durchgeführt werden und in ihrem Erfolg - die Stärkung ihres Einflusses - jetzt schon zweifelhaft sind, können sich als selbstisolierend erweisen, falls es zu einem Friedensabkommen unter Einbindung der Taliban kommen sollte.

Was die pakistanische Gesellschaft als ganze betrifft, so scheinen die Salafiten keinerlei Chance zu haben eine konsistente Mehrheit hinter sich zu vereinigen. Sie verhalten sich nicht nur kulturell und religiös zu sektiererisch und rigide, sondern historisch negieren sie die Interessen der

Was die pakistanische Gesellschaft als ganze betrifft, so scheinen die Salafiten keinerlei Chance zu haben eine konsistente Mehrheit hinter sich zu vereinigen. Sie verhalten sich nicht nur kulturell und religiös zu sektiererisch und rigide, sondern historisch negieren sie die Interessen der Volksmassen nach sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Partizipation und nationaler Selbstbestimmung.

der Taliban nicht ausgeschlossen werden. Berichte darüber gibt es immer wieder. Vollzogen ist die Wendung jedoch noch keineswegs.)

Die sich verschärfenden Spannungen kamen beispielsweise im Kampf um die Rote Moschee in Islamabad zum Ausdruck. Jahrelang wurde das Wirken der Taliban-nahen Prediger mitten im Zentrum des Staates toleriert. Doch irgendwann musste Musharraf dem Druck aus Washington nachgeben und einschreiten. Ähnliches gilt für den Konflikt im Swat-Tal, im Norden der Hauptstadt. Die Zeichen stehen also tendenziell auf Sturm.

Bhutto als Verschönerung der Armeeherrschaft

Den USA war einerseits klar, dass es ohne die Armee und Musharraf nicht ging. Auf der anderen Seite entwickelte sich Pakistan nicht nur zum Image-Problem, sondern das Regime selbst schien ins Strudeln zu kommen. Die in Washington geborene Idee sah nun vor, dass man mit Hilfe der Kooption Bhuttos die liberalen Mittelschichten ins Regime stärker einbinden, ihm so Stabilität verleihen und ein demokratisches Face-lifting verpassen könnte. Gleichzeitig würde damit auch ein Schild gegen die radikalen Islamisten errichtet.

Auf den ersten Blick erschien die Idee gut. Die so ermöglichten Wahlen würden Pakistan die demokratische Glaubwürdigkeit in der internationalen Öffentlichkeit zurückgeben.

weil dadurch das ganze komplizierte und bis zum Zerreißen gespannte Geflecht mit den Islamisten in die Luft fliegen könnte.

So geht der Mordanschlag wohl auf eine Kooperation zwischen radikalen Salafiten und ihren Seilschaften im Machtapparat zurück, die sie gewähren ließen. Cui bono? Die radikalen Islamisten können den Anschlag sicher als Erfolg verbuchen. Auf der einen Seite stellt er eine eindrucksvolle Machtdemonstration dar, auf der anderen Seite schwächt er das Regime. Einige Musharraf-Adepten mögen zufrieden sein und der Chef selbst bleibt vom Altraum der Kooperation mit dem Intimfeind verschont. Strukturell hätte Bhutto ihre Macht jedoch abgesichert.

Sie war der Garant dafür, dass Wahlen stattfinden würden, die für die Glaubwürdigkeit Musharrafs so wichtig sind. Zu keinem Zeitpunkt war sie bereit den Boykott der Wahlen zu erwägen, für den sich nicht nur die demokratische Opposition, sondern selbst Nawaz Sharif aussprach, der als Mann Saudi Arabiens gilt. Nach dem Tod Bhuttos war es dann Musharraf selbst, der die Wahlen verschob, weil er fürchtete die PPP könnte sie nun gewinnen. Aber Bhuttos Sohn und dynastischer Nachfolger beeilte sich, die Teilnahme der Partei an den Wahlen zuzusagen. Fest im Griff der Bhuttos kann die PPP keine oppositionelle Rolle spielen und fungiert als Steigbügelhalter Musharrafs, selbst wenn ihr im Gegenzug keine Spitzenposition in der Regierung verliehen wird.

Volksmassen nach sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Partizipation und nationaler Selbstbestimmung, vielleicht mit Ausnahme der paschtunischen Bewegung, der sie teilweise

nur im sunnitischen Bereich zu bleiben) verglichen werden, wo die islamischen und islamistischen Kräfte die Volksmassen in die Opposition zu den prowestlichen Eliten sowie den

Obwohl die islamische Mobilisierung Teil einer internationalen Bewegung ist, kann die Konstellation nicht mit Palästina, Afghanistan, der Türkei oder auch dem Irak verglichen werden, wo die islamischen und islamistischen Kräfte die Volksmassen in die Opposition zu den prowestlichen Eliten sowie den Imperialismus führen.

Ausdruck verleihen. Allerdings erheben sie ihre implizit nationalen Forderungen nicht gegenüber dem pakistanischen, sondern vor allem gegenüber dem afghanischen Staat. Zu sehr wurden sie von ihren Geburtshelfern, den kapitalistischen Eliten und den Militärs geprägt, um die Volksmassen erfassen zu können. Selbst jene Gruppen, die die Nabelschnur zerschnitten haben und nun den radikalen Flügel bilden, können sich von diesem Erbe nicht befreien. Zudem stößt ihr radikales Eiferertum große Teile des einfachen Volkes ab.

Obwohl die islamische Mobilisierung Teil einer internationalen Bewegung ist, kann die Konstellation nicht mit Palästina, Afghanistan, der Türkei oder auch dem Irak (um jetzt

Imperialismus führen. In der Türkei beispielsweise transportiert der politische Islam in der letzten Periode ein demokratisches Moment, weil er in einem Konflikt mit dem Laizismus der proimperialistischen Eliten steht. In Pakistan tendieren die Verhältnisse indes in die umgekehrte Richtung. Die Machteliten sind von einem sunnitischen Konservatismus durchdrungen, während der Säkularismus der Mittelschichten demokratisches Potential enthält und auch nach unten strahlt. Der Bruch des Fundamentalismus mit den Eliten nimmt die Form des militanten Salafismus an, der nicht nur kulturell unverdaulich ist, sondern in einem Land mit 20 Prozent Schiiten die Volksmassen konfessionell spaltet.

Was die Bewegung der Richter und Anwälte betrifft, so hat sie eine klare Stoßrichtung gegen die Eliten und die Diktatur der Armee. Sie entspringt einem Milieu, das sich in der Nähe der PPP befindet, das aber von dieser gelähmt wurde und nun über sie hinausgeht. Der Niedergang und Zerfall der Linken hat vor Pakistan nicht halt gemacht. Die Bewegung der Juristen drückt so einerseits die Fragmentierung des Protests aus. Andererseits zeugt es von Vitalität, das Gängelband der zu Helfern des Imperialismus mutierten Familiendynastie der Bhuttos abschütteln zu können. So viel Sympathie die Bewegung in Teilen des Volkes genießt, so wenig hat sie jedoch die Fähigkeit dieses zu mobilisieren. Um es aus dem Status des passiven Zuschauers herauszuholen und auch fest politisch zu organisieren, muss allerdings noch ein weiterer Weg zurückgelegt werden.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen neutralisieren sich die islamistische und die liberale Herausforderung. Ergebnis des Kräfteparallelogramms bleibt die Herrschaft

Lange Zeit war Musharraf nicht nur das Staatsoberhaupt sondern gleichzeitig Armeechef. Erst im November 2007 legte er die Armeeuniform ab.



Bild: Department of Defense

der Militärs. Solange die Massen im Wesentlichen untätig bleiben, gibt es zur Militärdiktatur in ihren verschiedenen Abstufungen keine Alternative, auch seitens des Imperialismus nicht.

An drei Aspekten kann der proimperialistische Militärstaat Pakistan potentiell zerbrechen: an der klassischen Frage der sozialen Gerechtigkeit und der politischen Partizipation; zweitens an der Mobilisierung der islamischen Identität in einem antiimperialistischen, aber gleichzeitig auch einschließenden und demokratischen Sinn und drittens am Selbstbestimmungsrecht für die vier großen und die zahlreichen kleinen Nationalitäten.

Pakistan im Strudel des globalen US-Krieges

Pakistan darf heute zu einem der Schwachpunkte des globalen Herrschaftssystems der USA gezählt werden. Es war auf einen militärischen, antikommunistischen Islam aufgebaut, mehr noch als Saudiarabien. Während letzteres als Geldgeber fungierte, gab Pakistan den realen Schauplatz des Kampfes ab. Die 180-Grad-Drehung der USA mit der Ausrufung des Kreuzzugs gegen den Islam konnte nicht anders als Pakistan ins Mark

zu treffen. Seine gesamte Legitimationsideologie verliert nun durch den Spagat zwischen den USA und der islamischen Rhetorik seine Glaubwürdigkeit.

Gleichzeitig zeigen sich in Pakistan aber auch die realen Schwächen der islamistischen Bewegung. Sie erweist sich trotz günstiger geopolitischer Rahmenbedingungen als unfähig ausreichenden Konsens zu finden, die Massen wirklich anzusprechen und in den Kampf gegen den Staat und seine Eliten zu führen. Letztlich bleibt sie einem Flügel des Staatsapparats verbunden. Noch weniger kann die demokratische Bewegung den Apparat erschüttern. Gemeinsam neutralisieren sich die beiden Oppositionen.

Dieses Faktum erlaubt dem Regime trotz aller Schwierigkeit am Ruder zu bleiben. Zudem könnten die Schwierigkeiten der USA in Folge ihres nicht gewonnenen Krieges und ihres überzogenen Herrschaftsanspruchs unter gewissen Umständen dazu führen, dass Pakistan auch in der Außenpolitik mehr Bewegungsspielraum gewinnt und aus den engen Vorgaben Washingtons aussichert, um so mehr als Indien immer mehr zum zentralen US-Partner in der Region wird. In Afghanistan unterstützte Pakistan von Anfang an die Taliban und

konterkariert so die US-Politik. Ebenso unterhält es traditionell gute Beziehungen zu China. Aber es ist nicht ausgeschlossen, dass es seine Nachbarschaft zum Iran für bessere Beziehungen zu nutzen beginnt.

Die Tendenz geht verworren und über Umwege jedenfalls in Richtung abnehmende Verlässlichkeit für die USA.

Wilhelm Langthaler

(1) *FATA – Federally Administered Tribal Areas*

(2) *Als Salafismus bezeichnet man jene Strömung im sunnitischen Islam, die die Zustände unter der Herrschaft des Propheten Mohamed zur Richtschnur für die heutige Gesellschaft machen will. Sie ist heute überwiegend politisch militant, aber es gibt auch durchaus staatstragende Strömungen, wie beispielsweise der saudische Wahhabismus.*

(3) *„Takfir“ bedeutet die Exkommunikation von Muslimen als Ungläubige (pl. Kuffar / sg. Kafir), die nicht die Interpretation der Salafisten teilen. Unter Takfirismus versteht man heute die extreme Zuspitzung dieses Prinzips, das selbst die Tötung von Aktivisten konkurrierender salafistischer Gruppen legitimiert.*

Zwei Wege zum selben Ziel

Der Iran fordert das amerikanische Reich heraus

Als im Herbst vergangenen Jahres der französische Außenminister Kouchner sich kriegslüstern auf die Seite Bushs gegen den Iran stellte, fühlte man sich intuitiv gezwungen, von einem baldigen militärischen Angriff der USA auszugehen. Doch dann folgte im Gegenzug der Geheimdienstbericht National Intelligence Estimate (NIE). Damit stellte sich heraus, dass der mediale Kriegsgrund, das angebliche militärische Nuklearprogramm Teherans, schlicht nicht vorhanden ist. Dies verdeutlichte klar, dass die Frage, wie mit dem Hauptschurken Iran umzugehen sei, umstritten ist. Aber bleibt den USA überhaupt eine andere Möglichkeit als der Krieg?

Die Neocons waren angetreten, die globale Herrschaft der USA mittels ihrer überlegenen militärischen Macht durchzusetzen, den Präventivkrieg als zentrales politisches Instrument, dessen Wucht alle politischen Probleme hinweg fegt, zu führen. Die Strategie schien in Afghanistan und anfangs auch im Irak aufzugehen.

Mit einer luftgestützten, hochtechnisierten, global operierenden Streitmacht wurden die Gegner innerhalb kürzester Frist vernichtend geschlagen, eigentlich ohne, dass es zu entscheidenden militärischen Auseinandersetzungen gekommen wäre.

Viel schneller als erwartet regte und organisierte sich jedoch der Wider-

stand, der zunehmend die Unterstützung von wichtigen Teilen der Bevölkerung genoss. Das lässt sich auch darauf zurückführen, dass Washington gewachsene Bündnis- und Herrschaftssysteme in der Hybris der Allmacht mit Füßen trat. Mit der Debaathizierung wurde die Herrschaft der sunnitischen Eliten, die schon die Engländer als einzig gangbare erkannt hatten und die auf eine Geschichte von 1500 Jahren verweisen kann, für beendet erklärt. Man ließ sich als Befreier der Schiiten feiern. Tatsächlich glaubte man die sunnitischen Eliten durch ein Regime aus der amerikanischen Retorte ersetzen zu können. Zumindest für den Irak wurde der „Demokratieexport“ ernsthaft erwogen. Als dann der direkte Schützling des CIA, Chalabi, bei den von ih-

nen selbst inszenierten Wahlen völlig durchfiel und auch ihre zweite Wahl, Allawi, nur eine untergeordnete Rolle zu spielen befähigt wurde, zog man in den Korridoren des Pentagon lange Gesichter. Die Neocons wurden Opfer ihrer eigenen Illusionen.

Irans Aufstieg zur Regionalmacht

Das entstandene Vakuum wurde schnell von den diversen schiitischen Parteien gefüllt, die in unterschiedlicher und oft nicht konfliktfreier Weise letztlich alle dennoch in einem Naheverhältnis zu Teheran stehen. Aus der Sicht der geopolitischen Interessen des Iran konnte die Beseitigung eines historischen Feindes, näm-

wie für die proiranischen Regierungsparteien, die gleichzeitig auch proamerikanisch sind. Was Muqtada as Sadr und sein Milieu betrifft, könnte es aber – wenn auch in viel geringerem Ausmaß als behauptet – zutreffen.

Die Geister, die man rief...

Während sich der irakische Widerstand im konfessionellen Bürgerkrieg verstrickte, der von den Besatzern zwar mit angestoßen worden war, aber der ihnen bis zur Unregierbarkeit des Landes völlig aus den Rudern lief, avancierte der Iran zum Hauptgegner der USA.

Im Irak gab man den antisunnitischen Kurs auf und versuchte de-

thizierung rückgängig macht, ist nur ein kleiner Mosaikstein dieser Strategie.

Doch man kann die Rechnung nicht ohne den Wirt machen. Die proiranischen schiitischen Kräfte werden die Macht nicht kampfflos wieder aufgeben. In der amerikanischen Logik drängt sich also ein militärisches Vorgehen gegen den Iran und seine lokalen Verbündeten auf.

Der Irak ist indes nicht der einzige Schauplatz, an dem der Iran seine Macht ausdehnen konnte. Da ist noch der Libanon zu nennen, wo die Hisbollah im Sommer 2006 Israel eine herbe Niederlage zufügen konnte. Mit aller Macht versucht die USA und der Westen nun die Bildung einer Regierung zu verhindern, die die Hisbollah mit einschließt, obwohl ihr Bündnis die Mehrheit der Bevölkerung weit über die schiitische Konfession hinaus hinter sich weiß. Auch im Zedernland erweist sich die Pattsituation als intern unauflösbar und die aufgebaute Spannung drängt in Form des globalen US-iranischen Kräfte messens zur Entladung. Die Darstellung, dass die Hisbollah der verlängerte Arm Teherans wäre, stimmt indes nicht. Die Hisbollah ist eine in der libanesischen Wirklichkeit fest verwurzelte Bewegung, die außergewöhnliche Stärke erreicht hat. Sie ist weit davon entfernt einfacher Handlanger des Iran zu sein. Mit diesem besteht viel mehr eine Interessenskoinzidenz zu gegenseitigem Vorteil.

Was Palästina betrifft, so ist der iranische Einfluss noch indirekter. Der Widerstand der Hamas gegen die zionistische Besatzungsmaschine ist ein-

Der Präventivkrieg als zentrales politisches Instrument, dessen Wucht alle politischen Probleme hinweg fegt.

lich des Baathismus, durch die USA nur willkommen geheißen werden, zumal dies mit einer historisch präzedenzlosen Machtausdehnung Teherans einherging.

Bald jedoch rückte auch für die irakischen Schiiten, zumindest für deren subalterne Klassen, die Ablehnung der US-Besatzung in den Vordergrund. In Form der Bewegung Muqtada as Sadr wurden sie zur dominanten Kraft im Zweistromland und übten auch über die Regierung entscheidenden Einfluss aus. Sie führt in den von ihr kontrollierten Gebieten immer wieder auch militärische Aktionen gegen die Besatzer durch. Washington konnte nicht anders als diese Entwicklung mit Besorgnis zu verfolgen. Als 2005 in Teheran mit Ahmadinejad ein erklärter Gegner der USA zum Präsidenten gewählt und der Versöhnungskurs von Rafsanjani und Khatami abgestraft wurde, läuteten jenseits des Atlantiks die Alarmglocken. Die jahrzehntelang gehegte Hoffnung, dass man einen Regimewechsel organisch aus dem bestehenden Regime heraus befördern könne, war zerstorben. In ihrer Propaganda lancierten die USA den Vorwurf, der Iran würde den Guerillakrieg gegen die Besatzer militärisch unterstützen. Das stimmt für den sunnitischen Widerstand sicher nicht, genauso wenig

ren zuvor kollektiv geschasste Eliten wieder zurück ins Boot zu holen. Das funktionierte anfangs nur sehr schleppend, denn man hatte gegen die fest eingesessene proiranische Regierung eigentlich keine Handhabe. Doch nach und nach gelang es, einen Teil des Widerstands zu gewinnen, in dem man ihn in ihrem Konflikt mit al Qaida und anderen, takfristischen Gruppen mit Waffen und Geld unterstützte und vor allem auch zur Bildung von Selbstverteidigungsmilizen im konfessionellen Bürgerkrieg aufforderte. Tatsächlich handelt es sich um ein gegenseitiges Entgegenkommen zwischen sunnitischen Stämmen und moderaten Teilen des Widerstands auf der einen Seite und den USA auf der an-

Die Logik des amerikanischen Reiches besteht in der Geltendmachung eines universellen Machtanspruchs, einer absoluten Vorherrschaft, in der Projektion des totalen Sieges. Der Feind muss restlos unterworfen werden, auch um damit potentielle andere Feinde gar nicht auf die Idee des Widerstands kommen zu lassen.

deren Seite. Im Hintergrund steht natürlich auch eine stärkere Beteiligung an der Macht unter Zurückdrängung der schiitischen und proiranischen Kräfte, vermittelt über die proamerikanischen arabischen Regime und allen voran Saudiarabien. Das zuletzt beschlossene Gesetz, das die Debaa-

zig auf den Selbstbehauptungswillen des palästinensischen Volkes gestützt. Doch in der totalen Isolation hilft die iranische Unterstützung politisch und auch finanziell.

Auch Afghanistan soll nicht unerwähnt bleiben, das so wie der Irak unmittelbarer Nachbar des Iran ist. Dort

ist es vor allem der Widerstand der streng sunnitischen Taliban, die den westlichen Besatzern und der Karzai-Regierung Probleme macht. In ihrer Kampagne gegen den Iran behaupteten die USA dennoch immer wieder, Teheran würde die Taliban militärisch unterstützen. Das kann man getrost dem Reich der Propagandalügen – Typ irakische Massenvernichtungswaffen – zurechnen. Vielmehr hat der Iran die US-Bemühungen, das Karzai-Regime zu stabilisieren, immer unterstützt. Seitdem Washington die Nordallianz an die Macht gebombt hatte, verfügte der Iran durch gute Beziehungen zu jener immer über einen Fuß in der Regierung. Zudem übt es einen starken Einfluss in den persischsprachigen Gebieten um die westliche Metropole Herat sowie über die schiitischen Hazara aus. Auch hier hat die Offensivstrategie der Neocons gegen die Taliban einem anderen Gegner in die Hände gespielt.

Als letzte Entwicklung sei noch erwähnt, dass die proamerikanischen arabischen Golfstaaten zunehmend weniger den aggressiven Kurs der USA gegen den Iran mittragen: Sie treten gegen die Isolierung Teherans ein und

**Das Weiße Haus in Washington:
Sitz des amerikanischen Präsidenten und Symbol der Macht.**

noch mehr lehnen sie einen Krieg ab. Das kann als Reflex auf die konsolidierte Macht des Iran gedeutet werden, mit der es vernünftiger scheint sich zu arrangieren als auf Konfrontation zu gehen.

Amerikanische Logik erfordert Krieg

Die Logik des amerikanischen Reiches besteht in der Geltendmachung eines universellen Machtanspruchs, einer absoluten Vorherrschaft, in der Projektion des totalen Sieges. Der Feind muss restlos unterworfen werden, auch um damit potentielle andere Feinde gar nicht auf die Idee des Widerstands kommen zu lassen. Wagt jemand auszuscheren, sich nicht zu unterwerfen oder auch nur neutral bleiben zu wollen, dann besteht Gefahr für das System. „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns“ – fasste Bush sein Credo einmal prägnant zusammen.

In diesem Kontext kann das Erstarken des Iran von den Neocons nur als existenzielle Bedrohung ihres Weltreichs wahrgenommen werden und dessen Niederwerfung als möglicher Schlussakt seiner Errichtung. Die bisherigen Schwierigkeiten, der wachsende Volkswiderstand vor

allem im Nahen Osten aber auch in Lateinamerika, die Selbstaffirmation von China und Russland, werden von den Defense Intellectuals als Folge von Amerikas Weichheit interpretiert. Die Strategie des Offensivkrieges sei nicht mit voller Konsequenz durchgeführt worden.

Der Iran steht nun als globales Symbol des Widerstands gegen das US-Imperium. Die islamische Revolution von 1979 war zwar keine soziale Revolution gegen den Kapitalismus, hat aber ein antiimperialistisches Regime an die Macht gebracht, das diesen Charakter bis heute beibehalten hat. Daher muss der Iran aus der Perspektive Amerikas, koste es was es wolle, erledigt werden. Regime Change ist unumgänglich. Gelingt dieser nicht, ist das American Empire Geschichte. Daher tun die Neocons und Bush alles in ihrer Macht stehende, um einen vernichtenden Militärschlag gegen das Mullah-Regime zu führen, der in seiner zerstörerischen Macht alles bisher Gesehene in den Schatten stellen muss. Nicht allein aus militärischen, sondern vor allem aus ideologischen Motiven empfiehlt sich ihnen der Einsatz von Nuklearwaffen – zur Demonstration ihrer Entschlossenheit und Potenz.



Haben US-Realisten eine Wahl?

Es ist offensichtlich, dass zentrale Sektoren des US-Regimes, einschließlich der Armee und der Geheimdienste, den Krieg vermeiden wollen. Sie glauben schlicht nicht an den einfachen Sieg. Zumindest erscheint ihnen der Sieg nicht gewiss, die Unwägbarkeiten zu groß. Wenn der Krieg im Irak schon nicht zu gewinnen ist und die globale US-Militärmaschine bis an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit belastet, wie kann eine derartige Operation gegen den Iran gelingen, der sich in jeder Hinsicht als ein weitaus stärkerer Gegner darstellt?

Der Einsatz von Bodentruppen ist zwar keineswegs ausgeschlossen, sondern im Gegenteil sicher notwendig. Aber eine fast flächendeckende Besatzung als Bedingung zur Bildung eines Marionettenregimes kann als unmöglich erachtet werden. Persien war im Gegensatz zum Irak formal nie kolonisiert und weist eine der längsten staatlichen Traditionen der Welt auf. Die Kombination aus persischem Nationalismus und Schiitismus darf in ihrer mobilisatorischen Kraft nicht unterschätzt werden. Selbst im Irak könnte der Schuss nach hinten losgehen. Treten die schiitischen Unterklassen in einen ernsthaften militärischen Widerstand gegen die US-Besatzer, dann vervielfachten sich deren Schwierigkeiten. Sie würden vermutlich dem von ihnen selbst geschaffenen Regime in Bagdad vollständig verlustig gehen. Dabei bleibt die Frage offen, wie sich in einem solchen Fall der sunnitische Widerstand verhalten würde.

Die Realisten sprechen sich indes nicht prinzipiell gegen den Krieg aus, sie wollen ihn nur wirklich als ultima ratio einsetzen und die Bedingungen schaffen, dass er erfolgreich geführt werden kann. Einerseits müssen alle Verbündete ins Boot gebracht sowie Russland und China möglichst neutralisiert werden. Andererseits soll der Druck auf Teheran erhöht werden, um das Regime doch noch unter die amerikanische Botmäßigkeit zu zwingen, und sei es nur, um die westlichen Verbündeten bei der Stange zu halten.

Dabei sieht sich die amerikanische Politik mit einem kaum zu lösenden

Problem konfrontiert. Zwar versucht die Teheraner Führung eine militärische Konfrontation abzuwenden, aber es gibt für sie keinen Grund sich nachgiebiger als früher zu zeigen. Denn Teheran ist politisch so stark wie noch nie. Und es ist Ergebnis einer wirklichen Volksrevolution, die ein prowestliches Regime hinwegfegte. Einzig mit diesem grundlegenden Charakteristikum erklärt sich die Tatsache, dass bisher alle Versuche des Regimewechsels von ihnen gescheitert sind. Mit dem wachsenden antiim-

sis der verschiedenen Fraktionen in der Bevölkerung bieten. Am amerikanischen Dilemma werden sie jedoch nichts ändern.

Der Einsatz des Streits ist das iranische Atomprogramm, das symbolisch für die iranischen Regionalmachtinteressen steht. Für dieses gibt es nicht nur unter den verschiedenen Fraktionen des Regimes, sondern auch in der Bevölkerung dem Augenschein nach einen überwältigenden Konsens. Aber nicht nur Bush und die Neocons können das niemals

Die Realisten sprechen sich indes nicht gegen die Peitsche aus, sie wollen sie nur mit dem Zuckerbrot verbinden. Mit Druck und entsprechenden Angeboten soll Teheran in die Botmäßigkeit gezwungen werden.

perialistischen Volkswiderstand in der Region müssen die amerikanischen Hoffnungen weiter schwinden.

Washington setzte auf jene Tendenzen in Teheran, die über das letzte Jahrzehnt ihre Kooperationsbereitschaft signalisierten. Dabei musste aber klar sein, dass keine Tendenz oder Fraktion des Regimes die iranischen Regionalmachtambitionen ernsthaft in Frage stellte. Das relativiert die Frage nach der Bedeutung und des spezifischen Gewichts des Gottseibeiuns der Amerikaner, Präsident Ahmadinejad. Einerseits kommt er nicht aus dem Herzen des politischen Apparats, dem Klerus, sondern von seinem radikalen, paramilitärischen Rand. Immer wieder zeigt sich, dass die religiöse Hierarchie ihn mit Misstrauen betrachtet. Er gewann die Wahlen 2005 souverän nicht nur mit antiamerikanischen, sondern vor allem auch mit sozialen Parolen, die sich indirekt auch gegen das Establishment richteten. Diese einzulösen erwies er sich als nicht in der Lage. Wie sehr er dadurch an Popularität eingebüsst hat, lässt sich freilich nicht so einfach erfassen. Auf der anderen Seite repräsentiert Ahmadinejad die Pasdaran, die zwar nicht formal, aber politisch-militärischen den harten Kern der iranischen Streitkräfte darstellen.

Die für den 14. März 2008 angesetzten Parlamentswahlen könnten Aufschluss über die Kräfteverhältnisse innerhalb des Regimes sowie der Ba-

akzeptieren, sondern auch die Realisten nicht. Die Implikationen für die amerikanische Vorherrschaft wären zu groß.

Die Grundlage einer möglichen Einigung liegt indes auf der Hand: nämlich dem Iran die ihm nach internationalem Recht zustehende, friedliche Nutzung der Kernenergie zuzugestehen. Der Iran, einschließlich des radikalen Flügels, hat ein scharfes Inspektionsregime durch die internationale Atomenergiebehörde immer akzeptiert. Eine Einigung auf rigide IAEO-Kontrollen, die der militärischen Nutzung einen Riegel vorschieben, wäre von iranischer Seite kein Problem.

American Empire reloaded

Egal ob die Neocons oder die Realisten in Washington an den Hebeln der Macht sitzen, die exklusive globale Vorherrschaft der USA steht nicht zur Disposition. Genauso wenig der modus operandi dieser Dominanz, nämlich die Fortsetzung des Präventivkrieges und überhaupt der konsequente Einsatz der überlegenen, globalen militärischen Macht der USA.

Ist damit der Unterschied zwischen den Neocons und den Realisten nur kosmetisch? Nein, keineswegs. Es geht um die massive Einbeziehung der europäischen Verbündeten, die sich als notwendig erwiesen hat. Dazu muss das radikale Design des Empires, wie es von den Neocons konzipiert



Bild: Department of Defense

George W. Bush geht nun seinem politischen Ende zu.

wurde, etwas abgeschliffen und der Spielraum für die Partner – nicht nur der europäischen – vergrößert werden. Das Amerikanische Reich nimmt eine andere Form an, aber seine Substanz bleibt die gleiche. Denn es war keine Halluzination der Neocons, sondern ist Ergebnis historischer Kämpfe. Es wird die Geschehnisse der Welt jedenfalls für die nächsten Jahrzehnte bestimmen.

Eine friedliche Einigung mit dem Iran scheint in diesem Szenario höchst unwahrscheinlich. Der von den USA zu zahlende Preis wäre zu hoch, wenn nicht die militärische Option vollzogen wird. Würde man den Iran gewähren lassen, so zöge das unvermeidlich eine massive Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse nach sich:

1. Der Iran als Regionalmacht wird zum unumstößlichen Faktor. Das bedeutet auch, dass ihm eine gewisse Einflussosphäre zugestanden werden muss.

2. In Bagdad stabilisiert sich ein dem Iran neutral bis freundlich gesinntes Regime. Für den Libanon muss die totale Ausgrenzung der His-

bollah beendet werden.

3. Was Palästina betrifft, so müssten die USA gegenüber der Hamas zumindest Gesprächsbereitschaft zeigen. Doch hier spielt der Faktor Israel direkt hinein, das eine gewisse Selbständigkeit zu Washington aufweist.

4. Russland und China bekommen etwas mehr Spielraum in der Außenpolitik.

Kein Reich gibt seine Macht, auch nicht schrittweise, in einer derartigen Weise kampfflos preis.

Offenes Spiel

Auf der anderen Seite ist klar, dass die Schwierigkeiten der USA für einen solchen Krieg enorm sind und der Widerstand gegen einen Angriff selbst im US-Establishment ein gewisses Gewicht hat. Hinzu kommt, dass die Zeit für den Iran spielt. Nicht wegen des Atomprogramms, sondern weil der Widerstand in der Region wächst und damit auch das Gewicht des Iran. Das Gesetz des Handelns liegt beim Stärkeren, bei den Herrschenden und wenn diese weder vorwärts noch rückwärts wissen, dann hilft das ihren Gegnern. Eine schlechende Tendenz hin zu einer mehr multipolaren Welt kann nicht abge-

stritten werden. Diese kann aber nicht bruchlos konzipiert werden.

Man darf sich über die Bedeutung der Stimmung in den USA und Europa indes keine Illusionen machen. Es braucht nur ein Zwischenfall inszeniert oder aufgebauscht zu werden. Man lässt den amerikanischen Patriotismus hoch kochen und garniert ihn mit einer Prise Antisemitismus-Vorwurf für den europäischen Geschmack. Schon kann der Krieg losgehen.

Hinzu kommt die außerordentliche Machtstellung des Präsidenten in den USA, der solche Entscheidungen letztlich allein fällen kann. Nicht zu vergessen ist dabei auch der transversale Einfluss Israels und der zionistischen Lobby. Dieser beschränkt sich keineswegs auf die Neocons oder Republikaner, sondern erstreckt sich genauso auf die Demokraten, die die besseren Aussichten haben, die nächsten Präsidentenwahlen zu gewinnen.

Vielleicht erweist sich eine demokratische Präsidentschaft sogar als jene, die die Einheit des US-Regimes für einen Krieg gegen den Iran leichter herzustellen in der Lage ist.

Wilhelm Langthaler

Hugo Chávez ruft zum Neustart

Das Referendum und seine politische Signalwirkung

Nach der Niederlage von Venezuelas linkem Präsident beim Referendum zur Verfassungsreform steht das Land vor einem kritischen Jahr für die Zukunft seiner „bolivarianischen Revolution“.

Nach einem überwältigenden Wahlsieg im Dezember 2006, der Hugo Chávez mit 62,8 % für weitere sechs Jahre im Amt bestätigte, sollte das „alte Venezuela“ nun endgültig durch eine sozialistische Umgestaltung überwunden werden. „Los 5 motores“ – die fünf Motoren der Veränderung, lautete das Programm des Präsidenten und seines Kabinetts. Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, eine Offensive in der territorialen Neuordnung sowie die Verankerung einer neuen, sozialistischen Ethik in der Politik und im Alltagsleben waren die Säulen dieser „Revolution in der Revolution“. Um den Schwung aus der enthusiastischen Wahlunterstützung durch die große Mehrheit der venezolanischen Unter- und Mittelschichten mitzunehmen, plante die im Januar 2007 neu angelobte Regierung mittels Reform der Verfassung, diese Neugestaltung des Landes möglichst rasch in Gang zu bringen. Parallel dazu stand ein zweites Großprojekt auf dem politischen Fahrplan für 2007. Die Zusammenführung aller pro-bolivarianischen Kräfte in einer „Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas“ (PSUV).

Vorerst ein Sieg der Enttäuschung

Die Indikatoren für einen Erfolg dieser Vertiefung der Revolution in Richtung Sozialismus standen gut. Nicht nur, dass Venezuela weiterhin aufgrund des hohen Weltmarktpreises für Rohöl auf ausreichend finanzielle Mittel zurückgreifen kann, um seine sozialen Reformprojekte und wirtschaftlichen Entwicklungspläne durchzuführen, sondern auch die Einschreibung von 5,3 Millionen Anwärtern für eine Mitgliedschaft in der neuen Partei PSUV schien das aktive Interesse des Volkes an dem neuen Kurs zu bestätigen. Umso größer war die Überraschung, als Hugo Chávez am 3. Dezember 2007, nachdem der

Nationale Wahlrat das offizielle Ergebnis des Referendums über die sozialistische Verfassungsreform verkündet hatte, eingestehen musste, dass „wir es vorerst einmal nicht geschafft haben“ (1). 50,7 % der Wähler sprachen sich gegen die vom Präsidenten vorgeschlagene Änderung von 33 Artikeln der Verfassung von 1999 aus, zu der noch weitere 36 Änderungsvorschläge der Nationalversammlung hinzugekommen waren. Das Ergebnis zeichnete sich weniger durch ein Anwachsen der Stimmen für die anti-chavistische Opposition aus, die – wie üblich sekundiert durch Unternehmerverband, Privatmedien und Kirchenhierarchie – eine rabiate Kampagne gegen den Reformvorschlag geführt hatte. Die Nein-Stimmen entsprachen mit 4,5 Millionen fast exakt den oppositionellen Wählern bei der Präsidentschaftswahl 2006 (4,3 Millionen). Dagegen verlor der bolivarianische Block im Vergleich zu seinem Vorjahreserfolg etwa drei Millionen Stimmen an die Nichtwähler. Carlos Lanz, Ex-Guerillero und prominenter Unterstützer der chavistischen Regie-

deutlich verbessert. Auch konnten die Studenten von Privatuniversitäten durch zahlreiche Straßenaktionen „in Verteidigung der Demokratie“ Teile der Mittelschichten gegen den Reformvorschlag aufbringen. Dennoch war die oft mehrheitliche Enthaltung selbst in chavistischen Hochburgen der Armenviertel von Caracas, eine Warnung an die Regierung, mehr denn ein Votum für die Rechtsopposition. Lanz sieht darin eine Folge des „Triunfalismo“ innerhalb des Regierungsblocks, der sich nach der Serie scheinbar unaufhaltsamer Wahlerfolge eingestellt hatte. Dadurch wurden nur unzureichende Anstrengungen unternommen, eine kollektive Diskussion und Kommunikation der vorgeschlagenen Reformen unter der Basis zu führen, aber auch einige brennende Widersprüche in der politischen und ökonomischen Situation übersehen (3).

Schwierige Institutionalisierung der Revolution

Der populäre bolivarianische Publizist und Universitätsprofessor Vladimir Acosta wies in einem Interview auf den Rückgang des Volksaktivismus hin und sprach von einer „Terresacareñización“ der Revolution, ei-

Tatsächlich hatte die permanente Präsenz des Volkes auf der Straße seit der Konsolidierung des Chavismus nach dem siegreichen Referendum im August 2004 abgenommen.

nung, brachte es in seiner Evaluierung dieser ersten Wahlniederlage des Bolivarianismus auf den Punkt: „Man muss vor allem die Beschränkungen und Fehler im revolutionären Block selbst analysieren“ (2). Zwar waren die Kräfteverhältnisse für die Opposition durch das Ausscheren des sozialdemokratischen Regierungspartners „Podemos“, der etwa 5 % der Stimmen für Chávez bei den Präsidentschaftswahlen 2006 mobilisiert hatte, sowie durch die Angriffe des im Juli 2007 zurückgetretenen Verteidigungsministers Baduel, der Chávez sogar einen „Verfassungsputsch“ vorwarf,

ner Beschränkung der aktiven Rolle des Volkes auf Großveranstaltungen im Theater Teresa Careño von Caracas bei öffentlichen Reden von Präsident Chávez (4). Tatsächlich hatte die permanente Präsenz des Volkes auf der Straße seit der Konsolidierung des Chavismus nach dem siegreichen Referendum im August 2004 abgenommen. Während davor durch die offene Konfrontation mit der Opposition (Putsch 2002, Erdölstreik 2002/03, Abwahlreferendum 2004) der Aktivismus des Volkes dominant war, gab es mit dem Eintreten in die Phase des „Aufbaus der Alternative“ ein Ab-

flauen der Mobilisierung. Dies ist sicher Ausdruck einer Institutionalisierung der Revolution, die einherging mit einer wachsenden Bürokratisierung der anfänglich von Eigeniniti-

April 2006 gesetzlich verankerte Bildung von Kommunalräten auf lokaler Ebene dokumentiert den Willen der bolivarianischen Führung, zunehmende Machtbefugnisse an die Basis

wirkt das kulturelle Erbe von Jahrzehnten des Klientelismus und der passiven Erwartung aller Problemlösungen von oben schwer. Ein Bewusstsein, das besonders in dem Erdöl-Land Venezuela stark ausgeprägt ist. Auch die venezolanische Linke kann nicht aus der Verantwortung genommen werden. Sie erscheint vielfach hinter den politischen Ereignissen nachzulaufen und eher als kritischer Kommentator denn vorausschauender Initiator von eigenständigen Initiativen. Dennoch bringt der politische Prozess immer wieder auch hoffungsvolle Gegenbeispiele des Volksaktivismus. Die Kommunalen Front Simon Bolívar (FNCSB) und die Bauernfront Ezequiel Zamora (FNCEZ), die mittlerweile in 21 der 22 Provinzen des Landes vertreten sind, etwa veranstalteten am 25. September 2007 ein nationales Treffen von über vierhundert Sprechern von Kommunalräten, um Vorschläge der Basis für die Verfassungsreform zu erarbeiten und die

Eine Überwindung der traditionellen Importabhängigkeit und der damit einhergehenden Zersetzung der Inlandsproduktion im landwirtschaftlichen und Konsumgüterbereich kann selbst durch höchste Anstrengungen der Regierung nicht kurzfristig erreicht werden.

ative getragenen Reformprogramme (Missionen).

Auch ist bis heute Präsident Chávez der eigentliche Impulsgeber für die politischen Entwicklungen im Land geblieben, wohingegen die Volksbewegung oft in einer eher abwartenden Rolle erscheint. Seine weit reichenden und an der Basis enthusiastisch aufgenommenen Vorschläge versiegen so häufig in den Mühlen einer ineffizienten, traditionellen Staatshierarchie. Diese Beobachtung sollte jedoch nicht einseitig interpretiert werden: der „Caudillo“ Chávez Bremse oder verhindere gar die eigenständige Volksinitiative. Die im

zu übertragen. Mit diesen Räten soll der bürokratischen Trägheit und Korruption des Beamtenapparats gesteuert werden, die die Umsetzung von Reformprogrammen, Landverteilung und Entwicklungsprojekten verschleppen. Der Aufbau der „Volksmacht von unten“ wurde durch den Impuls von oben zum Angelpunkt der Veränderung der traditionellen Strukturen des Landes. Doch diese neuen Institutionen mit Leben zu füllen, zu einer funktionierenden Machtalternative zu machen, können selbst die besten Vorsätze von Regierungsseite nicht gewährleisten.

In weiten Teilen der Bevölkerung

Hugo Chávez und der Vizepräsident Jorge Rodríguez mobilisieren für das ‚Ja‘ beim Referendum.



Bild: Ariel López



Koordination zwischen den lokalen Räten auf regionaler und nationaler Ebene zu stärken.

Neue Gefahren von Außen und Innen

Es steht außer Frage, dass, trotz des verlorenen Referendums, immer noch eine große Mehrheit der Venezolaner ihren Präsidenten unterstützt. Eine jüngste „Latinobarometer“-Umfrage bestätigte, dass Chávez weiterhin die Populäritätsliste unter den lateinamerikanischen Präsidenten anführt – gefolgt von seinem Hauptwidersacher Alvaro Uribe Velez, Kolumbiens US-hörigem Regierungschef (5). Doch das Ergebnis vom 2. Dezember 2007 zeigte das Dilemma, dass eine Revolution über Wahlen auch

unterminiert. Auch der Erdölreichtum des Landes ist gleichzeitig Segen und Fluch. Denn die Steigerung der Güterproduktion kann – trotz Wachstumsraten von 10,4 % im industriellen Sektor (6) – mit der Nachfrage nicht Schritt halten, die durch eine um 130 % gestiegene Kaufkraft der Massen überproportional angewachsen ist (7). Nicht nur die mangelnde Investitionsbereitschaft des Privatkapitals konterkariert die Befriedigung dieser Nachfrage. Eine Überwindung der traditionellen Importabhängigkeit und der damit einhergehenden Zersetzung der Inlandsproduktion im landwirtschaftlichen und Konsumgüterbereich kann selbst durch höchste Anstrengungen der Regierung nicht kurzfristig erreicht werden, trotz sichtbarer Erfolge aufgrund der

Auch Frauenorganisationen mobilisierten für die Zustimmung zur Verfassungsänderung.

die privaten Großproduzenten und -händler ihre gewohnten Profite realisieren können. Lebensmittelengpässe wurden vor dem Referendum auch gezielt verschärft und hatten zweifellos ihre Auswirkung auf das Wahlverhalten der weniger bewussten Schichten der bolivarianischen Wählerschaft.

Das Wahljahr 2008, in dem die Provinzgouverneure und Bürgermeister neu besetzt werden, ist vor diesem Hintergrund zweifellos ein kritischer Moment für den Fortgang der bolivarianischen Revolution. Gelingt es der Opposition durch die medial und ökonomisch Mächtigen im Land, diese Situation zu verschärfen und politisch zu kanalisieren oder kann die Regierung mit wirkungsvollen Maßnahmen gegensteuern? Die USA werden das ihre tun, um dem bolivarianischen Prozess den Weg möglichst steinig zu machen. Der aktuelle Konflikt mit dem Erdölriesen Exxon-Mobil (8) ist vor diesem Hintergrund zu lesen. Es geht dabei nicht nur um die Wut eines Großkonzerns, der gewohnt ist, dass Regierungen sich seinen Interessen unterordnen, sondern auch um ein Infragestellen der Investitionssicherheit für ausländisches Kapital in Venezuela, um das Land in die wirtschaftliche Isolation zu drängen.

„Die wirklich verfassungsgebende Kraft kommt von unten, von der umwälzenden Aktion des Volkes, um, mit oder ohne die Unterstützung des Staates und an der Seite von Kommandant Chávez, eine neue revolutionäre institutionelle Ordnung zu schaffen“, so die Schlussfolgerung der FNCSB und der FNCEZ aus der Wahlniederlage.

auf dem selben Weg wieder abgewählt werden kann, gelingt es ihr nicht, einen Konsens selbst unter großen Teilen der nicht-revolutionären Bevölkerungsschichten zu sichern.

Dieses Vertrauen wird nicht nur von Bürokratie, Korruption und schwer zu lösenden Alltagsproblemen, wie jenes der städtischen Sicherheit,

Diversifizierung der Außenhandelsbeziehungen und systematischem Know-How-Transfer im Rahmen der neuen Investitionsabkommen. Die sozialen Preiskontrollen in den Volksmärkten MERCAL führten in dieser Situation zu einem erstarkenden Schwarzmarkt und einem intensiven Lebensmittelschmuggel nach Kolumbien, wo

Das letzte Wort ist noch lange nicht gesprochen

Den politischen Widersprüchen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten stehen aber zweifellos viele Zeichen der Hoffnung gegenüber. Nicht nur konnte sich Chávez jüngst durch seine Vermittlungstätigkeit bei der Befreiung zweier von der FARC-Guerrilla in Kolumbien festgehaltener Politikerinnen internationale Anerkennung schaffen. Zum Missfallen der USA, da er prompt forderte, die FARC von der Liste terroristischer Organisationen zu streichen und als politischen Gesprächspartner für eine Friedenslösung anzuerkennen. Innenpolitisch hat die Wahlniederlage beim Referendum zu einem intensiven Diskussionsprozess innerhalb der bolivarianischen Bewegung geführt. Präsident Chávez verkündete die Notwendigkeit der „drei R“ – Revision, Berichtigung und Neuanfang (auf Spanisch *Revisión, Rectificación und Reimpulso*). Als erster Schritt wurde die Einheit der Regierungskoalition wieder zusammengeschweißt, die durch Differenzen über das Verfassungsreferendum, aber vor allem auch um das vorgeschlagene Aufgehen etablierter Parteien wie „Patria Para Todos“ (PPT) und der „Kommunistischen Partei Venezuelas“ (PCV) in der PSUV, angeschlagen war. Die wiederbelebte Parteienallianz des „Patriotischen Pols“ soll in neuem Konsens die bevorstehenden Wahlen meistern.

Wichtiger, vor allem im Hinblick auf die Vertiefung der Revolution, ist aber sicher die Stärkung der Volksmacht von unten. Selbst ein Sieg im Referendum hätte diese strategische Herausforderung nicht gelöst, trotz der vorgeschlagenen verfassungsmäßigen Institutionalisierung der Kom-

munalräte. „Die wirklich verfassungsgebende Kraft kommt von unten, von der umwälzenden Aktion des Volkes, um, mit oder ohne die Unterstützung des Staates und an der Seite von Kommandant Chávez, eine neue revolutionäre institutionelle Ordnung zu schaffen“, so die Schlussfolgerung der FNCSB und der FNCEZ aus der Wahlniederlage (9). Ob diese schwierige Doppelstrategie aus revolutionärer Volksmacht von unten und Stabilisierung von Regierung und Wählerbasis durch den Staat den momentanen Vormarsch der Opposition und die neuerlichen politisch-ökonomischen Destabilisierungsversuche aus den USA zu stoppen vermag, wird sich bei den Wahlen im Herbst 2008 zeigen. Damit ist auch die „internationale Front“ dieses Kampfes, die antiimperialistische Solidarität mit der Regierung Chávez und der revolutionären Bewegung Venezuelas, wichtiger denn je.

Gernot Bodner

- (1) Hugo Chávez: *Transkription der Rede vom 3. Dezember*. <http://www.congresobolivariano.org>
- (2) Carlos Lanz Rodríguez: *La teoría crítica y la evaluación del referéndum*. 18.12. 2007, www.aporrea.org
- (3) Carlos Lanz Rodríguez: *a.a.O.*
- (4) Vladimir Acosta: *A la derecha no se le puede dar tregua*. Interview mit *Aporrea*. 17.01. 2008, www.aporrea.org
- (5) siehe: <http://www.latinobarometro.org/>
- (6) Banco Central Venezuela: *Agregados macroeconomicos. PIB por actividad económica. Die durchschnittliche Wachstumsrate des BIP lag 2007 bei 8,8 %, jene in den industriellen Sektoren ohne Erdöl bei 10,4 % und jene*

im Erdölsektor bei 5,5 %. <http://www.bcv.org.ve/c2/indicadores.asp>

- (7) Federico Fuentes und Tamara Pearson: *Combatting Food Shortages in Venezuela*. *Green Left Weekly*, 3rd February 2008
- (8) *Venezuela sicherte sich durch ein Dekret vom 1. Mai 2007 zumindest 60 % der Anteile aller Joint Venture Unternehmen an der Nutzung der Erdölvorkommen im Orinoco-Delta. Vier der sechs dort aktiven ausländischen Konzerne einigten sich auf neue Rahmenverträge und Kompensationszahlungen, während Exxon vor Gericht zog. In England und Holland erwirkte der Konzern ein vorläufiges Einfrieren von 12 Mrd. Dollar an Vermögenswerten des staatlichen venezolanischen Erdölunternehmens PDVSA. siehe: Keine Erpressung Venezuelas durch den Öl-Multi Exxon*, <http://www.antiimperialista.org/>
- (9) *FNCSB und FNCEZ: Desatemos con frenesi el verdadero poder constituyente del pueblo*. <http://frentecomunalosimonbolivar.org.ve/>

Der Islam auf der Anklagebank

Aufklärung und Liberalismus führen die Anklage

Im März 2008 fand ein außergewöhnlicher Gerichtsprozess in Österreich statt. Mohamad Mahmoud und Mona Ahmed Salem wurden beschuldigt, Mitglieder einer terroristischen Vereinigung zu sein. In diesem Prozess standen jedoch nicht nur die Anklagepunkte der Staatsanwaltschaft zur Debatte. Vielmehr ging es dabei um die Legitimität politischer Äußerungen. Auf der Anklagebank saß nicht das Ehepaar Mahmoud, sondern der politische Islam. Das Plädoyer der Anklage führte nicht die Staatsanwaltschaft, sondern der westliche Liberalismus unter dem Banner der Aufklärung und des Fortschritts.

Die gesamtgesellschaftliche Situation hat sich, bezogen auf den Islam, grundlegend verschlechtert. Er wird heute sowohl als kulturelles aber auch als politisches Phänomen zunehmend mit rassistischen Ressentiments konfrontiert. Parallel dazu wird die Debatte um den Terrorismus in den westlichen Gesellschaften so erdrückend, dass eine Verurteilung der Angeklagten fast zwingend erschien. An Mahmoud und Salem sollte ein Exempel statuiert werden: Der Islam musste in die Privatsphäre zurückgedrängt werden – manche meinen auch hinter das Mittelmeer – und jede Form der weitergehenden Kritik sollte mundtot gemacht werden. Terroristische Vereinigung lautete das Zauberwort, mit dem dies bewerkstelligt wurde.

Terroristische Vereinigung

Einer der wesentlichen Anklagepunkte gegen Mahmoud und Salem lautete Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Nach §278b des StGB ist eine terroristische Vereinigung „...ein auf längere Zeit angelegter Zusammenschluss von mehr als zwei Personen, der darauf ausgerichtet ist, dass von einem oder mehreren Mitgliedern dieser Vereinigung eine oder mehrere terroristische Straftaten ausgeführt werden.“ Damit wird die Definition der terroristischen Vereinigung auf eine terroristische Straftat zurückgeführt. Doch welcher terroristischen Straftat haben sich Mahmoud und Salem schuldig gemacht? Sie haben Texte und Videos im Internet veröffentlicht. Dies als terroristische Straftat zu qualifizieren ist - gelinde gesagt - gewagt.

Da die Anklage in Bezug auf den Verweis auf terroristische Straftaten sehr schwach war, musste sie sich umso mehr auf die Verbreitung des sogenannten Drohvideos (1) stützen. Als eine terroristische Straftat wird nämlich unter anderem schwere Nötigung angeführt, welche die Staatsanwaltschaft durch dieses Video erfüllt sah. Mahmoud hatte dieses Video in einem Internetforum ins Netz geladen und somit veröffentlicht.

Die Verbreitung des Videos erfüllte jedoch mitnichten den Tatbestand einer schweren Nötigung. Zunächst ist dem Argument der Staatsanwaltschaft entgegen zu halten, dass die im Video gebrauchten Formulierungen viel zu abstrakt sind, als dass sie tatsächlich als Drohung aufgefasst werden könnten. Damit bleibt jedoch nur mehr die Forderung des Abzugs der Truppen aus Afghanistan. Eine legitime politische Forderung, die außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Gerichtsbarkeit fällt.

Ein zweiter Vorwurf der Anklage bestand darin, dass Mahmoud Anschläge auf die Fußballeuropameisterschaft 2008 geplant habe. Die dürfte

Grundlage dieses Vorwurfs ist ein Internetchat mit Personen, deren Identität nicht feststeht. Hier zeigt sich eine allgemeine Problematik der gesamten Anklage, da sich diese vor allem auf Daten der Internetkommunikation als Beweismittel stützt. Dabei besteht das Problem, dass weder schlüssig nachgewiesen werden konnte, von wem bestimmte Texte stammen, noch wer diese Texte empfangen hat. Konkrete Maßnahmen, die tatsächlich auf die Vorbereitung eines solchen Unternehmens hinweisen, konnten von den Ermittlungsbehörden nicht nachgewiesen werden.

Im Lichte dieser Beweislage transformierte sich die Konstruktion einer terroristischen Vereinigung zu einem Mittel der politischen Delegitimierung. Die politische Öffentlichkeitsarbeit, die Mohamad Mahmoud geleistet hat, sollte kriminalisiert werden. Dies zu problematisieren, bedeutet nicht, seine Ansichten zu teilen. Auch wenn man mit seinen politischen Forderungen nicht übereinstimmt, so kann man doch die unerhörte Vorgehensweise des Staates in diesem Bereich kritisieren. Mahmouds Eintreten für die Forderungen des salafitischen Islam – so sehr man sie ablehnen mag – werden von einer Meinungsäußerung in ein strafrechtliches Delikt verwandelt. Die Anklage richtete sich nicht gegen die Vorbereitung von Anschlägen.

Kant ist tot, die Aufklärung nicht. Die Zerstörung des religiösen Dogmatismus verkehrt sich heute in einen Dogmatismus des Säkularismus.



Bild: Elena Pleskevich

gen oder ähnlichem, sondern gegen Mahmouds Auftreten im Internet.

Beweismittel Internet

Fast alle Beweismittel, welche die Staatsanwaltschaft vorlegte, beruhen auf den Abhörmaßnahmen der Internetkommunikation. Dies stellte eine Besonderheit des Prozesses dar, da es somit nicht um Handlungen, die Anschläge oder ähnliches vorbereiten, ging, sondern ausschließlich um Kommunikation entweder zwischen Personen oder zwischen Mahmoud und einer bestimmten Öffentlichkeit. Die Übersetzung und Veröffentlichung von Texten, der politische Kommentar, all das wurde gemäß der Staatsanwaltschaft als terroristische Handlung gesehen.

Abgesehen davon wurde der Trojaner, der regelmäßig Screenshots des Monitors von Mahmoud an die Ermittlungsbehörden sandte, in einem rechtsfreien Raum installiert, als es noch keine gesetzliche Grundlage dafür gab. In Österreich hat das keinen zwingenden Einfluss auf die Beweiswürdigung vor Gericht. Doch die Methoden der Ermittlungsbehörden erscheinen damit in einem schiefen Licht.

Der Tatbestand, den Mahmoud erfüllte, ist die Veröffentlichung von Texten und von einem Video im Internet. Dabei stand eben nicht die konkrete Vorbereitung einer terroristischen Straftat – wie etwa Flug-

in der Anklageschrift erwähnten Mujahedin im Irak, ergeben sich vielfältige Fragestellungen. Denn zunächst einmal wäre nach der politischen und auch völkerrechtlichen Legitimität der Bewegungen und Organisationen zu fragen. Der Widerstand, auch der militärische, gegen eine fremde Besatzung ist nicht nur politisch legitim, sondern auch völkerrechtlich. Leider muss man eingestehen, dass die herrschenden Kräfte im internationalen System das Völkerrecht zu ihren Gunsten beeinflussen konnten, doch das Recht auf Selbstbestimmung ist weiterhin verankert.

Außerdem kann grundsätzlich eingewandt werden, dass Mahmoud das Feld der Meinungsäußerung nie verlassen hat. Auch wenn er verschiedenen Organisationen politische und ideologische Unterstützung angedeihen lassen hat, so hat er niemals konkrete Schritte auf finanzieller, logistischer oder gar militärischer Ebene unternommen, die ihm zur Last gelegt werden könnten. Sein einziges Verbrechen war, seine politische Überzeugung im Internet zu veröffentlichen.

Ein wichtiges Problem in der Auseinandersetzung mit den Beweismitteln besteht darin, dass nicht schlüssig nachgewiesen werden kann, von wem die Texte tatsächlich stammen. Hat Mahmoud Texte übersetzt und veröffentlicht? Hat er diese Texte selbst verfasst? Wer sind seine Partner in der Internetkommunikation? Diese Fragen bleiben unbeantwortet.

2008 belegen würde, vom US-amerikanischen Institut SITE stammte.

Die Zusammenarbeit der österreichischen Ermittlungsbehörden mit ausländischen Geheimdiensten und Institutionen zeigt deutlich die internationale Bedeutung, die man dem Fall Mahmoud beimessen muss. Die österreichische Regierung arbeitet an ihren maßgeschneiderten Waffen im Kampf gegen den Terrorismus, einem Kampf, der sich unbenommen in den von den USA geführten internationalen Kampf gegen den Terrorismus einfügen lässt.

Krieg gegen den Terrorismus

Nach dem 11. September rief die neokonservative Führung der USA den Krieg gegen den Terrorismus aus. Seither verschärfte sich der Sicherheits- und Terrorismusdiskurs zunehmend. Jeglicher Widerstand, jegliche Kritik, die an den USA formuliert werden, stempeln einen zum Terroristen. Guantanamo ist zum Symbol dieses Krieges geworden: ein rechtsfreier Raum, in dem die USA nach Belieben schalten und walten können. Ein mit Stacheldraht gesäumtes Gefängnis, in das sie jeden Weg sperren können, den sie der Opposition verdächtigen.

Die politische Überzeugung Mahmouds berührt eine alte Problemstellung, die jedoch mit den neuen Aggressionen der USA eine neue Brisanz erreicht hat: Wo verläuft die Grenze zwischen Befreiungskampf und Terrorismus? Diese Frage zu klären ist schwierig. Es gibt zwar ein völkerrechtlich verankertes Recht auf Selbstverteidigung und damit auf Verteidigung der nationalen Souveränität. Doch die neue machtpolitische Situation hat es mit sich gebracht, dass sich auch allmählich das Völkerrecht verändert. Gerade das Völkerrecht ist für machtpolitische Interessen sehr anfällig, da es keine übergeordnete Instanz gibt, die gemeinsames Recht sanktionieren könnte. Zurzeit versucht man die Trennlinie vor allem anhand der gesetzten Handlungen zu ziehen. Somit gibt es einen bisher unverbindlichen Katalog von Handlungen, die als terroristisch gelten. Der nationale Widerstand in Afgha-

Der Diskurs des Terrorismus ist so erdrückend, dass er alles darunter begräbt: Die Kritik an der amerikanischen Kriegspolitik und die Unterstützung des nationalen Widerstandes gegen Besatzungsmächte.

zeugentführung oder ähnliches – zur Debatte, sondern politische Äußerungen. Der Diskurs des Terrorismus ist so erdrückend, dass er alles darunter begräbt: die Kritik an der amerikanischen Kriegspolitik und die Unterstützung des nationalen Widerstandes gegen Besatzungsmächte.

Nun könnte eingewandt werden, dass mit dem Aufruf zur Unterstützung militärischer Operationen Terrorismus unterstützt werden würde. In Bezug auf die Taliban etwa, oder die

Interessanterweise wurde gerade in der Frage der Beweismittel sehr stark von ausländischer Seite interveniert. So berichtete das Magazin News, dass die österreichischen Behörden zunächst die recherchierte IP-Adresse nicht zuordnen konnten. Erst durch einen Hinweis eines „befreundeten“ Geheimdienstes konnte die IP-Adresse Mahmoud zugeordnet werden. Gleichzeitig berichtete die Zeitung Österreich, dass der einzige Hinweis, der eine Bedrohung der EURO

nistan und im Irak gegen die Besatzungsmächte ist nichts desto trotz auf juristischer Ebene gemäß dem Völkerrecht als legitimer Widerstand zu betrachten. Politisch ist es es allemal. Dennoch versuchen die USA diesen Widerstand als Terrorismus zu diffamieren.

Obwohl noch kein einheitlicher Terrorismusbegriff im Völkerrecht verankert wurde, so zeigt doch die Ge-

gazine mit großen Lettern titeln: „Islamistische Terrorgefahr“?

Die wachsende antiislamische Gesinnung scheint immer mehr zum Leim zu werden, der die westliche Gesellschaft zusammenhalten soll. Auch wenn das politische Projekt des westlichen Liberalismus die Massen nicht mehr in derselben Form erfassen kann wie früher, so basiert er dennoch auf einem spontanen, ideologischen Kon-

In der Verfechtung des Antirassismus verfängt der Liberalismus sich in einen kulturellen und ethnischen Neorassismus, der vor allem den Islam betrifft.

schichte dieser Auseinandersetzung deutlich eine Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse. Zur Zeit des Höhepunktes der kolonialen Befreiung konnten die Bewegungen der Dritten Welt das Recht auf Widerstand stärker im Völkerrecht verankern. Doch mit der weltpolitischen Lage wandelte sich auch das Völkerrecht. Die herrschenden Kräfte wollen sich nicht mehr an grundlegende Rechte, wie das Recht auf Selbstbestimmung, das Recht auf Selbstverteidigung oder gar das Gewaltverbot binden. Mit dem Krieg gegen den Terrorismus hat sich diese Situation noch weiter verschärft. Widerstand wird nun vollends als illegitim angesehen und als Terrorismus qualifiziert. Nationale Befreiungsbewegungen werden auf schwarzen Listen geführt, Mitglieder und Führer vor Gericht gestellt und deren Vermögen eingezogen.

Der in den USA ausgerufene Krieg gegen den Terrorismus hat auch Europa erreicht. Auf EU-Ebene wurde ebenfalls eine Liste terroristischer Organisationen präsentiert und in Österreich wurde im Strafgesetzbuch der Paragraf zur terroristischen Vereinigung eingefügt. Damit ist klar, wem die Stunde geschlagen hat: Einer antagonistische Opposition wird damit die Rute ins Fenster gestellt.

Antiislamische Hetze

Die politische Hetzkampagne gegen den Islam schuf den Boden für eine breite öffentliche Meinung, in deren Rahmen dieser Prozess stattfand. Wie hätte ein fairer Prozess gewährleistet werden können, wenn illustrierte Ma-

sens. Dieser Konsens ist zunehmend von einer aufgeheizten Stimmung gegen den Islam geprägt. Die Frage der Frauenemanzipation wurde dazu benutzt, um solche Ressentiments zu schüren. Das Modell der westlichen Demokratie wird als universales Vorbild verklärt, dessen Gegensatz zu den Barbaren für jeden historisch evident sein soll. Dass jedoch dieses Modell in seiner heutigen Funktionsweise vor allem auf dem politischen Desinteresse der Massen am politischen System funktioniert, zeigt den perfiden Zynismus der Argumentation. Dem Islam politische Rückständigkeit unterstellend wird das eigene politische System verklärt.

Der Rechtspopulismus hat diese Hetzkampagne am weitesten getrieben. Ungeachtet der guten Beziehungen des Landeshauptmannes Haider zur arabischen Welt, wollen sich die beiden Parteien FPÖ und BZÖ unter dem Banner des Antisemitismus wieder vereinen. Der Rechtspopulismus versucht damit die allgemeinen, rassistischen Ressentiments für sich zu kanalisieren.

Weitaus schlimmer ist der sich antirassistisch und antifaschistisch gebärdende Liberalismus. Er verachtet den Rechtspopulismus ob seiner niveaulosen Äußerungen und wirft ihm seinen Rassismus vor. Aus dieser antirassistischen Haltung heraus formuliert er verschiedene Vorwürfe, wie etwa die fehlende Aufklärung, den Irrationalismus – in Form des Fanatismus – und die Rückständigkeit. Diese Vorwürfe, von der Warte des aufgeklärten, rationalistischen und fortschrittlichen Liberalismus aus er-

Bild: zorro-art



Eine Allegorie der Justitia im Wiener

hoben, richten sich vor allem gegen den Islam. Damit verfängt sich der Liberalismus, gerade indem er sich als Verfechter eines westlichen Antirassismus wähnt, in einen kulturellen und ethnischen Neorassismus, der sich vor allem als Islamfeindlichkeit äußert. Der Rechtspopulismus repräsentiert in gewisser Weise ein Zwischenphänomen, einerseits noch geprägt von den alten Paradigmen des Rassismus, aber gleichzeitig schon beeinflusst von den neuen Formen des Neorassismus. Der liberale Mainstream hingegen ist schon viel weiter. Sein Rassismus funktioniert nach neuen Paradigmen und kann mit herkömmlichen Mitteln linker Politik nicht erfasst werden.

Als Mahmoud und Salem auf der Anklagebank saßen, wurden nicht sie angeklagt. Angeklagt wurde der Widerstand gegen die Besatzer in Afghanistan. Angeklagt wurde der Widerstand gegen die Fremdherrschaft im Irak. Angeklagt wurde der Islam als Kulturgemeinschaft.

Sebastian Baryli

Ein Kratzen an der Kruste

Eine Analyse der Linkspartei in Deutschland

Die Linkspartei in Deutschland hat die Parteienlandschaft durcheinander gewürfelt. Sie hat die Verhältnisse zwar nicht zum Tanzen gebracht, aber zumindest alte Verkrustungen etwas gelöst. Nachdem sie im Bundestag vertreten ist, hält sie nun auch Einzug in die Landesparlamente. Ein Land nach dem anderen muss sich mit der neuen Konstellation befassen. Die SPD unter ihrem Vorsitzenden Beck ist in Bedrängnis. Doch diese Bedrängnis spürt nicht nur die SPD, sondern auch große Teile der Linken. Wie auf diese Herausforderung reagieren?

Die Partei Die Linke ist nun auf all Ebenen gegründet, Kommunal- und Landesverbände sowie der Bundesverband sind konstituiert. Der Prozess hat bereits für einigen Gesprächsstoff gesorgt, die Austritte aus den übrigen Parteien häufen sich angesichts der anhaltenden sozialen Misere, weiterem Abbau demokratischer Rechte und dem nicht-erfolgten Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan sowie Beteiligung Deutschlands an weiteren Kriegseinsätzen. Zu messen ist Die Linke in Zukunft daran, was sie sagt und - vor allem - was sie konkret tut.

Ein vorläufiges Fazit

Ohne WASG und Lafontaine wäre der Erfolg der Linkspartei nicht möglich. Mit Erfolg ist zunächst gemeint:

- 1.) fast neun Prozent bei der Bundestagswahl 2005
- 2.) seit Monaten in bundesweiten Umfragen stabil bei 13 Prozent
- 3.) sowie im Mai 2007 der erstmalige Einzug in ein West-Parlament.

Dieser Erfolg hat mehrere Ursachen: Besonders hat die WASG erfolgreich Gewerkschafts-Aktivisten im Westen mobilisiert, ein Spektrum, über das die PDS niemals verfügte. Auch darf der Faktor Lafontaine nicht kleingeredet werden: Niemand kann bestreiten, dass er einen Reibungspunkt par excellence darstellt, der entweder massive Ablehnung oder volle Anerkennung auf sich zieht.

Ein weiterer Punkt, der in keinem Fall unterschätzt werden darf, ist, dass die WASG im Gegensatz zur PDS an keiner Landesregierung beteiligt ist. Man betrachte nur die beiden Fälle,

wobei die PDS an der Landesregierung beteiligt war oder ist, nämlich Berlin und Mecklenburg. Dort laufen ihr die Wähler in Scharen davon:

1.) In Mecklenburg erzielte die PDS 1998 satte 24 Prozent. Im selben Jahr trat sie in die Landesregierung ein. Das Resultat bei der letzten Landtagswahl 2006: Nur noch 17 Prozent. Zudem Rausschmiss aus der Landesregierung.

2.) In Berlin ist die PDS immer noch in der Landesregierung. Aber im Gegensatz zu den 23 Prozent, die sie 2001 noch vor ihrem Regierungseintritt holen konnte, hat sie bei der letzten Landtagswahl 2006 nur noch 13 Prozent erzielt, ein zweistelliger Verlust. Selbst, wenn man hierbei die Stimmen der Berliner WASG dazu zählt, die 2006 konkurrierend antrat, stellt dies eine gewaltige Erosion dar.

Ob Ost, ob West: Soziale Protestwähler schreien nicht nach Linkspartei-Regierungen, sondern drücken

Auch darf der Faktor Lafontaine nicht kleingeredet werden: Niemand kann bestreiten, dass er einen Reibungspunkt par excellence darstellt, der entweder massive Ablehnung oder volle Anerkennung auf sich zieht.

zuerst ihre Ablehnung des Neoliberalismus aus. Dies geschieht natürlich mit einem eher diffusen als antikapitalistischen Bewusstsein. Doch nach der globalen Wende von 89/91 lässt sich schwerlich höher ansetzen.

NPD

Eine besondere Erwähnung gebührt der Entwicklung der NPD: In ihrer Hochburg Sachsen fiel sie von ihrem

Erfolgsergebnis 9,2 Prozent bei der Landtagswahl 2004 auf 4,9 Prozent bei der Bundestagswahl 2005. Parteienforscher sprechen davon, dass die Stammwählerschaft der NPD in Sachsen eine eher ländliche ist und etwa 5 Prozent ausmacht, und dass die starken hinzugewonnenen im Jahr 2004 auf eher städtische Protestwähler zurückzuführen sind, welche die NPD nur ein Jahr später wieder verloren hat – zu einem Zeitpunkt also, als die Lafontaine-Wahlkampagne ihren Höhepunkt erreichte.

Dieses Potential an Wechselwählern kann nicht als chauvinistisch oder gar faschistisch definiert werden. Wir sprechen von einem Potential, das an erster Stelle sozialen Protest bzw. seine Angst vor sozialem Abstieg artikulieren will. Dieses Potential kann sich am rechten Rand verirren – aber aus diesem Rand kann es auch wieder herausgeholt werden. Besser, jemand wie Lafontaine tut das, bevor es gar niemand tut. An dieser Stelle soll nicht konstruiert werden, jeder Linkspartei-Wähler sei ein gestandener Antirassist. Doch dieses Problem hat die Linkspartei nicht für sich gepachtet.

Liberalistische Elemente

Müßig, über die bisherigen Schweinereien der PDS zu reden, deshalb in Kurzfassung: Mitverantwortung

für Abschiebungen in Berlin und vielen Ost-Kommunen, Zustimmung zur Teilprivatisierung der Rente im Bundesrat, Heuschrecken-Privatisierung von kommunalem Eigentum in Berlin, massive Sozialisierung unternehmerischer Schulden (Landowsky-Skandal), Ausstieg aus dem rheinischen Tarif im öffentlichen Sektor in Berlin, sowie die Aushöhlung des noch bestehenden antimilitaristischen Parteikonsens – letzteres ver-

sucht die Parteirechte seit vielen Jahren, und arbeitet sich dabei peu à peu erfolgreich vor.

Am Rande seien noch das anti-

ist kein Friede möglich. Die Mehrheit jener Parteigliederung ist längst zur Reaktion übergelaufen.

Etwaige Chancen mit der Linkspartei liegen logisch nicht in Ministerämtern, sondern konkret in der Abholung sozialen Protestes und in der Verstärkung anti-liberalistischer Propagandafelder.

demokratische Vorgehen gegen die konsequent anti-neoliberale Berliner WASG genannt, eine Anti-DDR-Geschichtsklitterung, die man nur als billigste Prostitution bezeichnen kann, sowie die Bundestagsabgeordnete Petra Pau, die auch schon mal gemeinsam mit Antideutschen marschiert.

Worst Case

Es herrscht ein innerlinkes Spannungsfeld vor, zwischen stark opportunistischen Kräften, die geschlossen in die Linkspartei eintreten, wie etwa der Linksruck in Deutschland, auf der einen Seite, und sektiererischen Orthodoxen auf der anderen Seite, für die Lafontaine kurzum „ein kapitalistisches Schwein“ ist. Neben der Bewerkstelligung einer klaren, politischen Eigenständigkeit innerhalb dieses Spannungsfeldes muss man sich gleichzeitig auch das Worst-Case-Szenario in Sachen Linkspartei vergegenwärtigen:

Im schlimmsten Fall haben wir schon 2009 eine Rot-Rot geführte Bundesregierung, etwa mit Wöwereit als Kanzler, der sich für diese Option schon länger anbietet, und Lafontaine als Vizekanzler. Dann war es das! Noch nicht mal einen Knall würde es geben.

Die meisten anderen Varianten des weiteren Weges der Linkspartei schauen aber noch einige Jahre Zeit frei. Zeit, in der man mit der Linkspartei kooperieren kann, ja muss. Diese, unseres Erachtens legitime und durchaus notwendige Kooperation können wir allerdings in einem Punkt in keiner Weise gutheißen oder unterstützen: Mit dem Landesverband Berlin

Oskar Lafontaine hat die Parteienlandschaft in Deutschland durcheinander gewirbelt. Ob er eine nachhaltige Alternative darstellt, bleibt abzuwarten.

Anti-neoliberale Grundzüge

Ein greifbarer anti-liberalistischer Erfolg der Linkspartei als Gesamterscheinung ist, dass bei der letzten Bundestagswahl Schwarz-Gelb verhindert wurde. Merkel-Westerwelle wären

ganz anders durchmarschiert als der ratlose Haufen der Großen Koalition, das ist gewiss. Nicht, dass die aktuelle Bundesregierung keine Schweinereien beschließt. Aber man erinnere sich noch an den Wahlkampf: Kirchhoff-Steuer und Gesundheits-Kopfpauschale, gesamtgesellschaftlich noch asozialere Vorhaben als Hartz IV, wurden von der CDU ganz konkret angestrebt, von den Amerikanern der FDP sowieso. Auf einmal alles komplett verschwunden!

Natürlich ist die Linkspartei alles andere als ein homogener Block, in ihr existieren konkurrierende Zentren. Festzuhalten ist, dass die Bundestags-



fraktion eher links vom Parteiapparat steht. So haben im vergangenen Jahr Kräfte, die im rechten Teil des Parteiapparates angesiedelt sind, der antikubanischen Resolution des EU-Parlaments ihren Segen gegeben, wie etwa André Brie und andere. Im August 2007 hat das Mitglied des Bundestages Lafontaine mit seiner Reise

Faktor Nordrhein-Westfalen

Sollte die Linkspartei Anfang 2010 in das NRW-Landesparlament einziehen (was wahrscheinlich ist), würde das zu einer bundesweit wirksamen Koordinatenverschiebung führen. Im Gegensatz zu Bremen ist Nordrhein-

grata erklärt. Er sei ein Demagoge und Wendehals, ein Egomane und unzuverlässiger Verführer. Es ist nicht die Aufgabe von Antikapitalisten, ins selbe Horn zu blasen und Mutmaßungen über die Motivation Lafontaines anzustellen. Dies kann Psychologen überlassen werden. Fest steht, dass sich die neoliberale Elite wie eine Hyäne auf ihn stürzt. Das gilt es, zu verstehen.

In dieser Konfrontation keine Farbe zu bekennen, sondern in linksdogmatischer Manier Augenklappen anzulegen, kann nur im Interesse der neoliberalen Oligarchie liegen. Lafontaine verteidigen heißt nicht, karitative Hilfe zu leisten. Lafontaine hat kaum Hilfe nötig. Lafontaine verteidigen, heißt, den eigenen anti-neoliberalen Kampf verteidigen.

Zuletzt zur größten Beschuldigung: Lafontaine sei ein Rechtspopulist. An dieser Stelle sei Werner Pirker zitiert: „Es ist die altbekannte Methode, wie man sie aus der Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus kennt. Soll heute ein Linker aus dem demokratischen Verkehr gezogen werden, ist er als verkappter Rechter bloßzustellen. Wer ein wirklicher Linker ist, bestimmt die liberale Meinungsvorherrschaft. Das entspricht im wesentlichen dem Selbstbildnis einer Linken, die längst nicht mehr als Kritikerin der liberalen Wertegemeinschaft auftritt, sondern als deren unruhiges Gewissen und die Ausschlußanträge gegen tatsächliche und vermeintliche Rechte längst vorformuliert hat.“

*Dimitri Tsalos
(Jänner 2008)*

Das neoliberale Allparteiensystem steht gewiss nicht vor dem Einsturz, ist aber anständig ins Wanken gekommen.

nach Kuba ein deutliches Signal dagegen gesetzt.

Gar nicht hoch genug kann bewertet werden, dass Teile der Bundestagsfraktion um den Völkerrechtler Norman Paech im vergangenen Jahr versucht haben, die Hamas nach Berlin zu holen – ein außerordentliches Unterfangen gegen die proamerikanische BRD-Oligarchie.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Trotz der Linkspartei wird nicht an Hartz IV gerüttelt werden und die BRD steht kurz davor, in Afghanistan ihr kleines Vietnam zu erleben, was vielleicht am besten wäre. Natürlich haben wir nichts anderes als eine neoliberale Kriegsregierung. Doch wer erwartet schon eine antiimperialistische BRD-Regierung? Antikapitalisten heute bewegen sich auf einem steinigem Weg hin zu einer möglichen Systemüberwindung, die schlussendlich nur in internationalen Kämpfen erfolgen kann. Etwaige Chancen mit der Linkspartei liegen logisch nicht in Ministerämtern, sondern konkret in der Abholung sozialen Protestes und in der Verstärkung anti-liberalistischer Propagandafelder: „Gegen die Amerikanisierung Deutschlands!“, „Raus aus Afghanistan!“ usw.

Westfalen ein Flächenland. Zwar hat die Linkspartei bereits bei den Landtagswahlen 2008 in Hessen und Niedersachsen Chancen auf Erfolg, aber Nordrhein-Westfalen ist das bevölkerungsreichste Land überhaupt, mit den meisten Großstädten Deutschlands. Auf das Saarland wird hier nicht näher eingegangen, da es sich um einen Sonderfall handelt. Spätestens nach einem Erfolg der Linkspartei in NRW muss die SPD ihren Totalboykott auf Bundesebene beenden, was aber auch der Anfang der endgültigen Integration der Linkspartei wäre.

Lafontaine verteidigen?

Zum Schluss: Das neoliberale Allparteiensystem steht gewiss nicht vor dem Einsturz, ist aber anständig ins Wanken gekommen. Die SPD: Zu keinem anderen Zeitpunkt ihres 140-jährigen Bestehens unpopulärer als heute. CDU: Hat ihren marktradikalen Flügel ausgeschaltet. Grüne: Verlieren stetig an Bedeutung. FDP: Derart ratlos, dass sie die schwachsinnige Parole „Freiheit statt Sozialismus“ ausgibt. Aber in einem Punkt sind sich alle Genannten einig:

Lafontaine wurde zur Persona non

Österreichisch-Arabisches Kulturzentrum (OKAZ)

Gußhausstraße 14/3

1040 Wien

Regelmäßig Veranstaltungen

Sprach-, Musik- und Tanzkurse

www.okaz.at





Bild: Sebastian Baryll

Feindbild Islam

Ursachen und Funktion der Islamophobie

Die Feindschaft gegenüber dem Islam sitzt heute extrem tief im Westen. In seinem „Kampf der Kulturen“ stellte Huntington bereits in den Neunziger Jahren besorgt fest, dass jedes zweite in Brüssel geborene Kind ein Moslem sei. Und an der Basis des amerikanischen Konservatismus ist es de facto allgemein bekannt, dass die Moslems sich anschicken Europa zu überrennen – nur wären die Europäer zu dekadent (oder zu schwul), um der Gefahr ernsthaft entgegenzutreten.

Es ist nicht notwendig sich in die geistigen Abgründe der amerikanischen Rechten vorzuwagen, um das Feindbild Islam zu finden: auch in Europa ist es überall präsent. Der Papst beruft sich gegen den Islam auf die Aufklärung. Deutschnationale wie die FPÖ haben „daham statt Islam“ und „freie Frauen statt Kopftuchzwang“ plakatiert. Alice Schwarzer warnt, neokonservative Ex-Linke schreiben vom Islamofaschismus. Vom rassistischen Rechtspopulismus, zu Teilen der Kirche, der alten Linken und dem liberal-konservativen Mainstream: man fühlt sich bedroht.

Huntington und der Papst

Das Oberhaupt der katholischen Kirche, Papst Ratzinger, hat in seiner „Regensburger Rede“ am 12. September 2006 den Islam massiv als nicht mit der Aufklärung in Einklang zu brin-

gen angegriffen, während das Christentum durch seine Formung durch die griechisch-hellenistische Philosophie in Einklang mit Vernunft und Moderne stehe. Das ganze eingeleitet von dem Zitat eines byzantinischen Kaiser „zeig mir doch, was Mohammed Neues gebracht hat und Du wirst nur Schlechtes und Inhumanes finden“: Zumindest atmosphärisch ein weiter Rückschritt vom zweiten Vatikanischen Konzil, das 1964 den Islam als einen möglichen Weg zum

Aufklärung und Mittelalter, Christentum und Vernunft: das sind die Linien an denen an einer antiislamischen Einheit gebastelt wird.

(Seelen)Heil bezeichnete und damit die Tür zum religiösen Dialog geöffnet hat. (Dialog ist nämlich schwierig, wenn man eigentlich der Überzeugung ist, dass die Gesprächspartner auf ewig der Hölle verfallen sind.)

Der Islam ist umstritten und umkämpft. In Europa wird die Islamophobie zur neuen Grundlage des ideologischen Konsens.

Regensburg ist interessant. Im Angriff gegen den Islam vereint Ratzinger zwei eigentlich völlig gegensätzliche Strömungen – und kann gerade deswegen zunächst in das Zentrum der Analyse gestellt werden: Die spezifische Verwendung der Vernunft im Rückgriff auf die griechische Philosophie ist tatsächlich ein Doppelspiel: einerseits schwingt der rationale Gottesbeweis mit, der dabei völlig in mittelalterlicher Tradition steht. Dieser ist philosophisch seit Kant in argen Schwierigkeiten und führt obendrein ein Rückzugsgefecht gegen die moderne Wissenschaft, das kaum zu gewinnen ist. Nichts desto weniger gibt es zahlreiche Strömungen der Kirche, die diesem immer noch anhängen – siehe etwa das Eingreifen des Wiener

Kardinals Schönborn in die amerikanische „Intelligent design“-Debatte, wo der schwierige Versuch unternommen wird, einen externen Schöpfer des Lebens (entweder Gott oder – wir sind in den USA – Außerirdische)

durch naturwissenschaftliche Argumente zu beweisen. Auf der anderen Seite positioniert der Papst das Christentum als Teil (oder sogar Zentrum und Ursprung) des „vernünftigen“ und „aufgeklärten“ Westen. Aufklärung und Mittelalter, Christentum und Vernunft: das sind die Linien an denen an einer antiislamischen Einheit gebastelt wird.

Die Feindschaft gegen den Islam wird dabei instrumentalisiert und verstärkt: von den USA und ihren Verbündeten im permanenten Krieg gegen den Terror. Huntington geht dabei so weit ganz offen zu behaupten, der Islam sei ein idealer Feind,

solche Instrumentalisierung ist nur möglich, wenn schon zuvor tiefe gesellschaftliche Strömungen vorhanden sind, die sich instrumentalisieren lassen.

Der Kreuzzug, die Einheit Europas, Islamophobie und Antisemitismus

Tatsächlich finden wir das Motiv der „Einheit Europas“ gegen den „islamischen Feind“ in der Geschichte immer wieder. So entsteht der Kreuzzugs-gedanke im ausgehenden 11. Jahrhundert gemeinsam mit der „Gottesfriedensbewegung“. Die bewaffnete Pilgerfahrt nach Spanien (gegen die

engen Verbund mit dem Christentum und funktioniert in Abgrenzung gegenüber den „Anderen“. Die Anderen: Seit dem Hochmittelalter ist das der Islam. (Erst seit dem Hochmittelalter, davor hat man keinen besonderen Unterschied zwischen verschiedenen unbequemen Nachbarn gemacht.) Konflikte werden dabei religiös-ideologisch aufgeladen. Das osmanische Reich ist keine Bedrohung wie andere auch, in Spätmittelalter und früher Neuzeit kündigt der „Türkensturm“ die nahe Apokalypse an. Und sollte man sich tatsächlich einmal gegen die Türken zusammenschließen, benötigte man dafür Namen wie „Heilige Allianz“ – das spanisch/venezianisch/päpstliche Bündnis, das die Flotte des Sultans bei Lepanto besiegte. Freilich: Gerade für die frühe Neuzeit muss man feststellen, dass die Kreuzzugsrhetorik von einer abweichenden Realpolitik begleitet war, die eher dem Prinzip eines Gleichgewichts der Mächte gefolgt ist: der französische König war gegen die Habs-

Der Punkt ist auch, dass das Feindbild Islam den Blick auf tatsächliche Kräfteverhältnisse verdeckt und Ursache-Wirkungs-Ketten verdreht: Tatsächlich sind Palästina, der Irak und Afghanistan besetzt, nicht Rom, Großbritannien oder Portugal.

gegen den Amerika zu sich selbst finden, die nationale Einheit herstellen und die Herausforderung der Einwanderung meistern könne. (siehe: „Who we are“. Im Wesentlichen anschaulicher, offener und brutaler noch, als der „Kampf der Kulturen“) Der Papst sucht nach einer neuen gesellschaftlichen Rolle für die Kirche. Aber

Mauren), oder in das heilige Land wird als Alternative zu den endlosen feudalen Fehden propagiert. Auch während des 100-jährigen Krieges zwischen Frankreich und England wird das Kreuzzugsmotiv als möglicher Friedensbringer bemüht (freilich wenig erfolgreich). Die ganze Idee von „Europa“ im Mittelalter steht im

Bei der Diskussion um den Islam steht immer wieder das Thema der Verschleierung im Mittelpunkt. Damit avancierte der Schleier zu einem politischen Symbol.



Bild: Hani Amir

burger immer wieder de facto mit dem Sultan verbündet, aber allzu offen wurde das nicht gesagt.

In der europäischen Geschichte gibt es also ein altes Motiv vom „Feind Islam“. Der Kampf gegen die Moslems erzeugt Europa als Einheit, die Muslime selbst sind dabei zu oft nicht nur „Feind“, sondern auch Gegenstand mittelalterlicher und frühneuzeitlicher Apokalyptik, einer Naherwartung des Endes der Welt. Erst die kolonialen Eroberungen des 19. Jahrhunderts schwächen diese Strömung ab.

Interessant ist, welche Strömungen hier zusammenfallen: Dominanz des Papstes, Einheit Europas, Kampf gegen den Islam, Judenverfolgung: das sind die Eckpunkte der Kreuzzugsbewegung. Der später so bezeichnete „Erste Kreuzzug“ sieht Massaker an Juden vor allem in Frankreich und dem Rheinischen Gebiet, den Abschluss der „Reconquista“ Spaniens bildet die weitgehende Vertreibung der Juden und Muslime, welche im osmanischen Reich Schutz suchen und bekommen. Am Ende der Reconquista finden wir möglicherweise auch den Anfangspunkt des modernen europäischen Rassismus. Die spanische Inquisition entsteht, um die Ränke eigentlich bereits getaufter Muslime und Juden aufzudecken (es gab viele, die dem Bekehrungsdruck nicht widerstanden), denen nicht getraut wurde. Dabei entwickelt sich das Konzept der „limpieza de sangre“, der Reinheit des Blutes: Christlich-europäisch war man fortan nicht mehr nur durch die Taufe, sondern auch durch die Abstammung, durch das „Blut“.

Islamophobie und Antisemitismus weisen dabei zahlreiche strukturelle Ähnlichkeiten auf, gerade in der heutigen Islamophobie findet sich so manches, das den europäischen Antisemitismus des 20. Jahrhunderts ausmacht: die grundlegende Andersartigkeit der Auszugenden. Deren große Macht und die diffuse Bedrohung, die von ihnen ausgeht. Das Motiv der Verschwörung: Wie früher die Juden sind heute die Moslems untereinander verschworen, durch enge Bande zusammengehalten, Bande die angeblich viel enger sind, als die des „zerstrittenen“ Westens. Und die Mus-

lime würden einen Plan der Welt Herrschaft verfolgen. Freilich nicht alle von ihnen, aber doch einige und der Rest gibt diesen Deckung. Das ist nicht ganz so absurd wie die jüdische Weltverschwörung, denn es gibt tatsächlich Gruppen, die ein weltweites Kalifat wollen. Der Punkt ist allerdings, dass die Muslime grundsätzlich als Kollektiv betrachtet werden, in dem der terroristische „Schläfer“ eben einen Teil darstellt. Der Punkt ist auch, dass das Feindbild Islam den Blick auf tatsächliche Kräfteverhältnisse verdeckt und Ursache-Wirkungs-Ketten verdreht: Tatsächlich sind Palästina, der Irak und Afghanistan besetzt (nicht Rom, Großbritannien und Portugal), tatsächlich wird der Iran massiv bedroht, tatsächlich ist der politische Islam wohl eher eine Reaktion auf imperiale Großmachtspolitik und hat in der Regel mehr defensiven Charakter.

Islamophobie als Legitimationsideologie

Die Islamophobie ermöglicht es heute wieder – wie schon zur Zeit der Kreuzzüge – ein westliches Kollektiv zu schaffen. In Abgrenzung von den Anderen findet der Westen zu sich selbst und legt die Selbstzweifel ab, die ihn im 20. Jahrhundert befallen haben: angesichts der Irrationali-

bestehende Probleme möchte man keine Verantwortung übernehmen. In der Entwicklungsdebatte dominieren heute wieder Modelle, die der Ausbeutung durch die Industriestaaten und einer ungerechten internationalen Arbeitsteilung keine Verantwortung für das Elend der 3. Welt geben. Die Verantwortung für das Morden am Balkan bekommt eine allgemein mangelnde Zivilisiertheit und einzelne „unbelehrbare Nationalisten“. Wo der Westen so gar nicht friedensliebend auftritt, etwa im Irak, da geht es den Apologeten dieser Politik um die Verbreitung „allgemeiner Werte“, von „Menschenrechten“ und „Demokratie“ (das ist freilich nichts Neues: das faschistische Italien hat Abessinien überfallen, um dort die Sklaverei zu beenden). Aber auch die Gegner des Irakkrieges werden in der Regel nicht von tieferen Zweifeln befallen: Der Westen bleibt gut, aufgeklärt und demokratisch – nur George Bush ist unzurechnungsfähig.

Interessant: Eines der schlimmsten imperialistischen Verbrechen, der Völkermord an den Juden während des 2. Weltkriegs, wird heute zum Kronzeugen eigener Überlegenheit umgedeutet. In einer doppelten Operation: Schritt eins: erst wird Auschwitz aus der Geschichte herausgetrennt: Der Antisemitismus hat nichts mehr zu tun mit den Mythen europäischer

Man könnte es zum Beispiel einfach, ungerecht' finden, dass Kinder in Gaza unter israelischer Blockade verhungern, während ein paar Kilometer weiter in Israel ein westeuropäischer Lebensstandard herrscht. Statt dessen: Mythen eigener Überlegenheit, ein Zynismus, dass die Unterdrückten letztlich selbst schuld sind.

tät und Gewaltbereitschaft, die vom Islam ausgeht, wird der Westen zum Hort des Friedens und der Aufklärung: die Freiheit des Individuums, die Demokratie, die Emanzipation der Frau, wirtschaftlicher Wohlstand, Frieden zwischen den Nationen. Ein solches Selbstbild ist in den heutigen westlichen Gesellschaften zum Allgemeingut geworden. Eine extrem einseitige Wahrnehmung der westlichen Zivilisation: Jahrhunderte religiöser Intoleranz, zwei Weltkriege, Jahrhunderte von Kolonialismus und Sklaverei – das wird weggewischt. Für

Überlegenheit, die den Kolonialismus gerechtfertigt haben, hat nichts mehr zu tun mit der „zivilisatorischen Mission der Weißen Rasse“, ob derer man alle anderen unterwerfen darf. Und der Faschismus, der die Konzentrationslager betrieben hat, hat nichts mehr zu tun mit dem europäischen und deutschen Bürgertum, das nach Möglichkeiten gesucht hat, die Arbeiterbewegung auszuschalten. Faschismus und Antisemitismus sind heute aus einem Anfall kollektiven Wahns entstanden, „singulär“ also nicht vergleichbar und nicht einzuordnen.

Schritt eins ist wichtig, sonst könnte man auf die Idee kommen Parallelen zu ziehen, zwischen den alten und den neuen Überlegenheitsmythen. Schritt zwei: Eine aufgeblasene Gedenkkultur. Wir erinnern uns ununterbrochen des Holocaust (nachdem wir bis in die 80er Jahre versucht haben ihn zu vergessen), dadurch sind wir vor Wiederholung gefeit. Mehr noch: das Holocaustgedenken offenbart ja unsere Läuterung. Jetzt kann der Hinweis auf Auschwitz verwendet werden um Serbien zu bombardieren, den Irak mit Munition aus Uran zu verseuchen und die „besondere Verantwortung“ gegenüber Israel lässt jedes Verbrechen der israelischen Politik als unter besonderen Umständen begangen erscheinen. Die Feinde des Westens haben in der Darstellung der Medien die Tendenz mit dem Nationalsozialismus zu verschmelzen: Islamofaschismus. In einer solchen Stimmung fallen die Bomben relativ rasch.

Hier scheint der Kern der Islamophobie zu liegen: Ein neuer Mythos westlicher Einheit und Überlegenheit.

Angesichts eigener Überlegenheit wird der Feind zum irrationalen Unmenschen. Es darf nicht gefragt werden, ob islamistische Bomben in Lon-

don oder Madrid möglicherweise aus der Logik eines globalen Krieges kommen. Der innere Antrieb des muslimischen Widerstandes ist einfach „der Islam“. Der Blick auf ganz elementare Überlegungen von Kräfteverhältnissen, Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit wird blockiert. Man könnte es zum Beispiel einfach „ungerecht“ finden, dass Kinder in Gaza unter israelischer Blockade verhungern, während ein paar Kilometer weiter in Israel ein westeuropäischer Lebensstandard herrscht. Statt dessen: Mythen eigener Überlegenheit, Zynismus, die Unterdrückten, die letztlich selbst schuld sind an ihrer Situation und aus ihrem Elend erst entkommen können, wenn sie die Überlegenheit der westlichen Zivilisation anerkennen. (Im konkreten Fall: Leute wählen, die dem US-Präsidenten genehm sind und sich vor der israelischen Besatzungsmacht in den Staub werfen. Vielleicht lässt dann Nike dort Schuhe zusammenschneiden.)

Wir schließen hier. Die Islamophobie hat lange Wurzeln – bis weit ins Mittelalter. Sie war bereits damals Teil westlicher Identität, und wird es heute wieder (im 19. Jahrhundert war sie hinter einen allgemeineren Rassismus zurückgetreten). Sie ist dabei ein

Aspekt einer westlichen Kolonialideologie: Ein Überlegenheitsmythos. Gefährlich im Hier und Jetzt, als Rechtfertigung für Kriege und rassistische Ausgrenzung. Gefährlich auch für die Zukunft. Solche Ideologien können sich radikalisieren, mit schrecklichen Konsequenzen. Das hat die Geschichte mehr als einmal erlebt. Falls das „Wehret den Anfängen“ irgend einen konkreten Sinn haben soll, dann wäre es jetzt angebracht.

Stefan Hirsch

Haftstrafen ohne Schuldbeweis

Österreichs Kurs im Kampf gegen den Terror

Mit einem Schuldspruch für beide Angeklagten in allen Anklagepunkten und 4 Jahren Haft für Mohamed Mahmoud bzw. 22 Monaten Haft für Mona Salem Ahmed ging am 12. März 2008 in Wien der erste Prozess in Österreich gegen den „islamischen Terrorismus“ zu Ende – ein Prozess, auf den die Bezeichnung „skandalös“ in mehrfacher Hinsicht zutrifft.

Bereits die Ermittlungsmethoden vor der Verhaftung der beiden Angeklagten waren höchst umstritten – zu Recht, wie sich dann beim Prozess zeigte. Es gab zwar einen richterlichen Beschluss für eine Audio- und Videoüberwachung von Mohamed Mahmouds Zimmer, eine Genehmigung für die Installation von Überwachungssoftware zum Zweck der Erfassung sämtlicher Tastaturanschläge am Computer war aber nie erteilt worden – für ein Eindringen in die Wohnung zu diesem Zweck hätte es auch gar keine gesetzliche Grundlage gegeben. Somit wären nach momentaner Gesetzeslage die Ergebnisse der Computer-Überwachung nicht als „Beweise“ zulässig gewesen. Den Rechtsschutzbeauftragten des Justiz-

ministeriums, Dr. Strasser, störte das nicht. Er vertrat als Zeuge vor Gericht die Auffassung, die Maßnahmen wären aus mehreren Gründen unbedenklich gewesen. Zum ersten bedeutete ja ein Lausch- und Spähangriff (also die Audio- und Videoüberwachung des Zimmers) sowieso einen viel tieferen Eingriff in die Privatsphäre und setze eine weitaus schärfere Verdachtslage voraus als die Überwachung des Computers. Darüber hinaus müsse vermieden werden, dass bei der Telekommunikation die Technik dem Gesetz davonlaufe. Strasser wörtlich: „Ich habe den Standpunkt vertreten, dass die Rücksichtnahme auf Zielsetzungen einer in naher Zukunft in Kraft tretenden Rechtsform bewährte Rechtsanwendung ist.“ Strasser be-

rief sich also nicht auf bestehendes Recht, sondern auf Mutmaßungen über eine mögliche künftige Rechtslage und rechtfertigte damit de facto die Tatsache, dass man beim Einbruch in die Wohnung der Familie Mahmoud auch gleich Maßnahmen gesetzt hatte, die keine gesetzliche Grundlage hatten. Strasser räumt immerhin ein, dass am Computer zumindest Dinge, die nicht in den Bereich der Telekommunikation fallen, auch nicht überwacht werden dürften. Bei einer Überwachung aller Tastaturanschläge lasse es sich, so Strasser, aber natürlich nicht vermeiden, dass auch solche Dinge überwacht werden – ein entscheidender Punkt in Zusammenhang mit einem wesentlichen Teil der Anklage. Der Antrag des Verteidigers beider Angeklagter, Dr. Lennart Binder, die Ergebnisse der Tastaturü-

Das Landesgericht für Strafsachen in Wien. Hier fand der Prozess gegen Mohamed Mahmoud und Mona Ahmed Salem statt. Ein Prozess, der die Rechtsstaatlichkeit herausforderte.



Bild: Sebastian Baryli

berwachung nicht als Beweise zuzulassen, da sie ungesetzlich zustande gekommen seien, wurde vom Gericht mit der gleichen Selbstverständlichkeit zurückgewiesen, mit der man die merkwürdigen Rechtfertigungen des Rechtsschutzbeauftragten akzeptierte. Macht diese Vorgangsweise Schule, ist es um den Rechtsstaat Österreich bald endgültig geschehen.

Schlag gegen Verteidigung

Gleich zu Prozessbeginn folgte der nächste Willkürakt: Richter Dr. Norbert Gerstberger interpretierte die Bestimmungen der Strafprozessordnung in einer Weise, die es ihm ermöglichte, Mona Salem Ahmed ihrer elementarsten Verteidigungsrechte zu berauben und sie wegen „unziemenden Verhaltens“ aus der Verhandlung auszuschließen, da sie sich weigerte, ihren Gesichtsschleier abzulegen. Die Tatsache, dass die Identität der Zweitangeklagten davor bereits einwandfrei festgestellt worden war und dass Salem Ahmeds Ausschluss sogar von Experten im Justizministerium als ungerechtfertigt gesehen wird, zeigen deutlich, dass auch hier wieder die politischen Interessen höher standen als der Rechtsstaat. Am letzten Pro-

in einer schriftlichen Stellungnahme nochmals darauf hin, dass sie dabei sogar ihr Kind verloren hat), wurden vom Gericht für gegenstandslos erachtet. Darüber, in welchem Geist gegen die Angeklagten vorgegangen wurde und auf welche Art die Anklage zustande gekommen war, durften sich die Geschworenen also kein vollständiges Bild machen.

Politischer Prozess

Die Behauptung von Staatsanwalt Dr. Michael Klackl, es handle sich keineswegs um einen politischen Prozess, wurde vom Gericht während der Verhandlung mehrfach eindrucksvoll widerlegt. Vorsitzender Gerstberger ließ keine Gelegenheit aus, um politische Diskussionen zu führen – nicht nur mit dem Hauptangeklagten, sondern auch mit mehreren Zeugen, die ebenfalls – wie auch die Angeklagten – der Meinung waren, der Kampf gegen illegale Besetzung sei legitim, auch wenn Terror gegen Zivilpersonen davon ausgeschlossen sei – übrigens eine Auffassung, die mit dem Völkerrecht übereinstimmt. Dabei ließ Gerstberger keinen Zweifel an seiner Überzeugung, der Irakkrieg habe zu Freiheit und Demokratie geführt – eine

die Anklage, die unter anderem auch auf „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ lautete. Nach Auffassung von Staatsanwalt Klackl ist dazu nicht mehr die Planung und/oder Ausführung terroristischer Aktionen nötig, sondern es genügt dabei bereits die „propagandistische Aufbereitung des Nährbodens“. Diese Ansicht stimmt eindeutig nicht mit der Definition im Strafgesetzbuch überein, und sie lässt darüber hinaus auch genügend Spielraum dafür, dass politische Solidarität mit dem völkerrechtlich legitimen Widerstand gegen Besetzung künftig leichter kriminalisiert werden kann als bisher.

Keine Schuldbeweise

Doch auch in den anderen Anklagepunkten (Nötigung und versuchte Nötigung der Republik Österreich, Beteiligung an den Verbrechen einer kriminellen Organisation, Aufforderung zur Begehung von Straftaten, Auswahl von Zielen für Terroranschläge) konnten keinerlei Schuldbeweise vorgelegt werden. Die Anklage konzentrierte sich im Wesentlichen auf das berühmte Drohvideo, in dem Österreich zum Abzug seiner Soldaten aus Afghanistan aufgefordert wird und an dessen Produktion Mohamed Mahmoud angeblich mitgewirkt hat, sowie auf einen Text mit Überlegungen über mögliche Anschlagziele, den Mahmoud an seinem Computer geschrieben haben soll. Eine Beteiligung am Drohvideo konnte in keiner Weise nachgewiesen werden. Die Aussage Mahmouds, man habe ihm den Text des Videos zugeschickt, er habe sich aber gegen eine Veröffentlichung ausgesprochen und außerdem gar nicht gewusst, dass der Text in einem Video verwendet werden sollte, konnte durch nichts widerlegt werden. Im Fall der Anschlagpläne hatte man mit der Überwachung der Tastaturanschläge festgestellt, dass ein Text mit entsprechenden Überlegungen in Mahmouds Computer eingetippt worden war. Darauf, dass er an andere Personen abgeschickt oder sonst irgendwie weitergegeben worden wäre, deutet aber absolut nichts hin. Darüber hinaus fällt ein Text, der nie abgeschickt wurde, wohl auch nicht in

Die Tatsachen, dass die Identität der Zweitangeklagten einwandfrei festgestellt war und dass Salem Ahmeds Ausschluss sogar von Experten im Justizministerium als ungerechtfertigt gesehen wird, zeigen deutlich, dass auch hier wieder die politischen Interessen höher standen als der Rechtsstaat.

zesstag goss Gerstberger dann noch mehr Wasser auf die Mühlen des primitivsten antiislamischen Chauvinismus, indem er den Gesichtsschleier als „Fetzen“ bezeichnete.

Die Aussagen der beiden Hauptangeklagten und mehrerer Zeugen, die Behörden hätten die Aussagen, die sie bei ihren Vernehmungen gemacht hatten, verdreht, wurden vom Vorsitzenden mit der Bemerkung gewegwischt, das sei nicht relevant für das Verfahren, außerdem möge man aufpassen, wen man mit solchen Behauptungen belaste. Auch Einwände, bei den Verhaftungen und in der Haft seien die Angeklagten misshandelt worden (Mona Salem Ahmed wies

Überzeugung, mit der er zwar nicht nur in Österreich wenig Zustimmung finden wird, die ihn aber zum geeigneten Vorsitzenden eines durch und durch politischen Prozesses machte, in dem die politischen Ansichten der beiden Angeklagten zur Untermauerung der Anklage dienten. Gerstbergers Ausspruch: „Die Gesinnung ist natürlich Prozessgegenstand“ spricht Bände. Wenn die politische Meinung eines Menschen ein Indiz dafür sein soll, ob dieser eine Straftat begangen hat oder nicht, ist es nur noch ein kleiner Schritt dahin, dass die Meinung selbst unter Strafe gestellt wird.

Dazu passt auch eine weitere willkürliche Biegung der Gesetze durch

den Bereich der Telekommunikation, womit die behördliche Verwertung des Textes ohnehin schon ungesetzlich gewesen sein dürfte

Bei Mona Salem Ahmed gründete sich die Anklage überhaupt nur darauf, dass sie Texte von Widerstandsgruppen übersetzt und ins Internet gestellt hat. Kein einziger dieser Texte war aber überhaupt nur in der Anklageschrift erwähnt worden. Der Anklage genügte offenbar die Tatsache, dass die Texte zum Teil auf der Internetseite der Globalen Islamischen Me-

unter anderem auch darin, dass die Aussage eines Sachverständigen des deutschen Bundeskriminalamts, die Stimme des Sprechers im Drohvideo sei niemandem zuordenbar, den Richter nicht etwa zur Schlussfolgerung veranlasste, es deute also nichts daraufhin, dass Mohamed Mahmoud der Sprecher sei. Gerstberger meinte vielmehr, wenn die Stimme nicht identifizierbar sei, könnte es ja auch die des Angeklagten sein. Dem Einwand Mahmouds, der Akzent des Sprechers deute auf eine marokkanische Her-

in Palästina und in Afghanistan stehen. Darüber hinaus wurde viel über Vorgänge in Internetforen gesprochen – Dinge, die für Menschen, die keine Experten für Internetforen sind, eher verwirrend als aufklärend sein dürften. Dabei zeigte sich, dass Mohamed Mahmoud eine Fülle von Kontakten geknüpft und gute Kenntnisse über viele Gruppen und Personen hatte – für eine Straftat gab es hingegen null Beweise. Dennoch geriet der Prozess zu einer klassischen Umkehr der Beweislast, da die Verteidigung permanent – und leider erfolglos – darauf hinweisen musste, dass die Fülle an Informationen offenbar über eine bewerkenswerte Leere an Beweisen hinwegtäuschen sollte.

Alles andere als eine Verurteilung der beiden Angeklagten wäre für Politik und Behörden zweifellos eine Katastrophe gewesen. Schließlich ging es bei diesem Prozess darum, die Erweiterung der polizeilichen Bespitzlungsbefugnisse zu rechtfertigen, indem man einen „großen Erfolg gegen den Terrorismus“ präsentierte.

Dr. Zegers Einschätzung bestätigte sich auf eindrucksvolle Weise und führte schließlich zu einem Urteil, das im Fall von Mona Salem Ahmed sogar dem Staatsanwalt zu hoch war und das auf Rechtsstaat und Meinungsfreiheit unabsehbare Auswirkungen haben kann.

Die Urteile waren bei Redaktionsschluss noch nicht rechtskräftig.

Gunnar Bernhard

Dennoch geriet der Prozess zu einer klassischen Umkehr der Beweislast, da die Verteidigung permanent – und leider erfolglos – darauf hinweisen musste, dass die Fülle an Informationen offenbar über eine bewerkenswerte Leere an Beweisen hinwegtäuschen sollte.

dienfront (GIMF) veröffentlicht wurden, die seitens der Anklage schnell einmal als „Terrororganisation“ definiert wurde, obwohl sie nicht einmal auf der „Terrorliste“ der EU, die in dieser Hinsicht normalerweise äußerst zügig agiert, zu finden ist. Ein (bei der Verhandlung ebenfalls vorgeführtes) Fernsehinterview, in dem sich Mahmoud verumumt als Sprecher der GIMF ausgegeben und die GIMF als medialen Arm des Widerstandes bezeichnet hatte, wurde von der Anklage groß zum „Beweis“ aufgeblasen, beweist in Wirklichkeit aber keinerlei Schuld in irgendeinem Anklagepunkt und auch sonst keine Straftat. Auch die vom Richter permanent wiederholte Vorhaltung, auf den Computern der beiden Angeklagten habe man Videos von Geiselhinrichtungen durch Mujaheddin-Gruppen gefunden, sind kein Beweis für die Begehung von ungesetzlichen Handlungen durch die Angeklagten selbst. Mahmouds Hinweis, auf seinem Computer seien ebenso Videos von Folterungen und anderen Verbrechen durch die US-Armee zu sehen, wurde vom Richter selbstverständlich als irrelevant abgetan.

Die gerichtliche Willkür zeigte sich

kunft hin, während seine Familie aus Ägypten stamme, schien man weniger Bedeutung beizumessen.

Durch Quantität Fakten schaffen

Mohamed Mahmoud wurde bei der Verhandlung insgesamt 3 mal laut – in 2 Fällen, weil er die „Beweisführung“ (im Punkt der Anschlagpläne und bei der für die Schuldfrage völlig irrelevanten Vorführung der erwähnten Geiselvideos) als unfair empfand und einmal, weil ihm von der Justizwache mit unnötiger Brutalität die Handschellen an seiner verletzten Hand angelegt wurden. In allen 3 Fällen lenkt der mediale Wirbel um Mahmouds Wutausbrüche davon ab, dass er, wie bereits dargelegt, in der Sache im Recht war.

Dr. Hans Zeger, Obmann der ARGE Daten, hatte bereits vor dem Prozess die Einschätzung geäußert, man versuche hier, durch Quantität Fakten zu schaffen, während die tatsächlichen Hinweise auf Straftaten äußerst dünn gesät seien. Den Geschworenen wurde 4 Prozesstage lang vor Augen geführt, dass die Angeklagten politisch auf der Seite des Widerstandes gegen die Besatzung im Irak,

„Drop The Bombs‘ statt ‚Stop The Bombs‘

Der perfide Zynismus einer Kampagne

Unter dem Titel „STOP THE BOMB – Bündnis gegen das iranische Vernichtungsprogramm“ versucht eine in Österreich ins Leben gerufene und in zionistischen und pro-imperialistischen Kreisen weltweit beworbene Unterschriften-Initiative, wirtschaftliche und politische Sanktionen Österreichs und Europas gegen den Iran zu erwirken.

Als besonderer Aufhänger dient dabei eine geplante Investition der OMV im iranischen Erdgassektor. Gefordert wird die Einstellung jeglicher Verhandlungen über das Geschäft, die Einstellung der Kreditunterstützung für den Iran durch die österreichische Kontrollbank sowie „wirksame und umfassende“ Sanktionen der UNO und der EU. Die Initiative wird damit begründet, dass der Iran eine nukleare Bedrohung für Europa darstelle, außerdem wird auf die Menschenrechtssituation im Iran hingewiesen, die Verfolgung religiöser Minderheiten und homosexueller Menschen, die

Argument der Menschenrechtssituation im Iran stellt also nichts als pure Heuchelei dar.

Was die angebliche nukleare Bedrohung betrifft, so wähnt sich STOP THE BOMB offenbar besser informiert als sämtliche US-Geheimdienste, laut deren im Herbst 2007 erschienenem gemeinsamen Bericht der Iran sein angebliches Atomwaffenprogramm bereits 2003 eingestellt hat. Dass CIA und andere Dienste zugunsten des Iran lügen, ist mehr als unwahrscheinlich. STOP THE BOMB scheint das weniger zu stören als die Tatsache, dass die Wahrheit

Sieht man sich die Liste der Unterzeichner genauer an, wird auch schnell klar, dass es hier tatsächlich einzig und allein um die Sicherheitsinteressen des zionistischen Apartheidstaates gehen kann. Im oberen Bereich wurden zwar ein paar prominente Namen aus Kunst und Kultur wie Alfred Dorfer, Arik Brauer oder Gerhard Haderer platziert, dazwischen steht aber auch bereits am ersten Tag der Unterschriftenkampagne die Unterschrift des ehemaligen wissenschaftlichen Leiters des DÖW, Dr. Wolfgang Neugebauer, der seit langem für seine prozionistische Haltung bekannt ist und im Herbst 2007 in einem Artikel im Standard keinen Hehl daraus machte, dass er auch militärischen Schlägen gegen den Iran nicht ablehnend gegenübersteht. Nur knapp danach finden sich dann aber auch schon die Namen, die zu erwarten waren und bei denen man sich wohl kaum der Verschwörungstheorie schuldig macht, wenn man hier die Urheber der Initiative ausmacht (auch wenn man auf der STOP THE BOMB – Internetseite vergeblich nach einem Impressum sucht). Radikale Zionisten wie sämtliche Mitglieder des „Café Critique“ (das ja auch Veranstaltungen unter dem Titel STOP THE BOMB abhält) und andere Größen aus dem antideutschen Lager fehlen ebenso wenig wie die für ihre Hetze gegen Israel-kritische Stimmen bekannten Journalisten Karl Pfeifer und Samuel Laster.

Etwas später entdeckt man unter anderem auch die Unterschrift des in den letzten Jahren endgültig zum Neokonservativen gewandelten ehemaligen KPÖ-Chefs Walter Baier, der kein Problem damit hat, gemeinsame Sache mit denen zu machen, die die Kriege in Afghanistan, im Irak und im Libanon jubelt haben.

Ablenkungsmanöver

Bei den Aussagen über den Holocaust und Israel handelt es sich in Wirklichkeit hauptsächlich um Ablenkungsmanöver des iranischen Präsidenten

Dass CIA und andere Dienste zugunsten des Iran lügen, ist mehr als unwahrscheinlich. STOP THE BOMB scheint das weniger zu stören als die Tatsache, dass die Wahrheit über die angeblichen Massenvernichtungswaffen diesmal – anders als beim Irakkrieg - vor einem eventuellen Angriff der USA und ihrer Verbündeten ans Licht gekommen ist.

Unterdrückung der Frauen im islamischen Rechtssystem sowie die Vernichtungsdrohungen gegenüber Israel und die Leugnung des Holocaust durch das iranische Regime.

Scheinheiligkeit

Die Scheinheiligkeit in der Argumentation der Initiatoren ist dabei ebenso leicht zu durchschauen wie deren wahre Beweggründe und Ziele.

Als Top-Handelspartner Österreichs im arabischen Raum gelten seit längerem Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate – Staaten also, in denen es um die Menschenrechte in all den erwähnten Punkten nicht einen Funken besser steht als im Iran und die sich nicht einmal den Anschein einer Demokratie verpassen. Österreichs hervorragende Wirtschaftsbeziehungen zu diesen Ländern – beides treue Verbündete des Westens – scheint die „Bombenstopper“ nicht weiter zu irritieren. Das

über die angeblichen Massenvernichtungswaffen diesmal – anders als beim Irakkrieg - vor einem eventuellen Angriff der USA und ihrer Verbündeten ans Licht gekommen ist. Daher versucht man auf der eigenen Internetseite auch etwas unbeholfen, die Zuverlässigkeit des Berichts in Zweifel zu ziehen.

Selbst wenn der Iran ein Atomwaffenprogramm betreiben würde, hätte er dazu nicht weniger Recht als jeder andere Staat – noch dazu, wo sich immer deutlicher zeigt, dass der Imperialismus nur dort vor militärischer Gewalt zurückschreckt, wo man sich die Finger gewaltig verbrennen könnte – und welches Land ist den ständigen Drohgebärden der USA stärker ausgesetzt als der Iran?

Von all den vorgeschobenen Gründen, mit denen die Sanktionen gegen den Iran gefordert werden, bleiben jedenfalls als glaubhafte Motive einzig die antiisraelischen Aussagen des Präsidenten Ahmadinejad übrig.

von seinem innenpolitischen Versagen – von den groß angekündigten Maßnahmen gegen die Armut ist nichts zu sehen. Darüber hinaus sind diese Aussagen nicht nur historisch falsch, sondern auch politisch schädlich. Nach dem Motto „wenn Israel seine Verbrechen mit dem Holocaust rechtfertigt, dann hat es eben keinen Holocaust gegeben“, versucht Ahmadinejad auf primitive Art, der zionistischen Propaganda den Boden zu entziehen, liefert ihr aber tatsächlich nur neue Munition und schadet dem palästinensischen Befreiungskampf. Wesentlich fataler noch war das Verhalten des Iran im umkämpften Irak, wo man lange Zeit auf Seiten der Besatzer gegen den irakischen Widerstand agierte und wo Ahmadinejad neuerdings sogar ganz offiziell dem irakischen Präsidenten von Amerikas Gnaden, Jalal Talabani, seine Unterstützung versichert – Tatsachen, die sein zeitweises antiimperialistisches Gerede Lügen strafen..

Widerlegte Behauptungen

Tatsache bleibt aber auch, dass der Iran noch nie einen Krieg begonnen hat. Ahmadinejad hat auch nicht die Vertreibung oder Vernichtung der jüdischen Bevölkerung im arabischen Raum gefordert oder gar damit ge-

droht, sondern lediglich den Staat Israel, der auf Vertreibung und Völkermord gegründet worden ist und bis heute auf Basis dieser Verbrechen existiert und agiert angegriffen und dem palästinensischen Volk seine Solidarität ausgedrückt.

Die Politik der Einmischung des Westens in innerpalästinensische Angelegenheiten hat den Bürgerkrieg gefördert und damit die nationale Einheit der palästinensischen Bewegung endgültig zerstört.

Dafür sollen er und das ganze Land jetzt nach Ansicht der Antideutschen und anderer Radikalzionisten abgestraft werden. Offenbar reichen nach Auffassung von Café Critique und Konsorten bereits verbale Attacken gegen den Zionismus aus, um sich strafbar zu machen.

Und auch wenn die Initiatoren von STOP THE BOMB aus taktischen Gründen davon abgesehen haben, von UNO und EU offen militärische Maßnahmen gegen den Iran zu fordern, entsprechen ihre – sogar von US-Geheimdiensten widerlegten – Behauptungen („nukleare Bedrohung“) und die völlig selektive Wahrnehmung in Menschenrechtsfragen doch genau dem Propagandaschema, das die USA und ihre Verbündeten zur Rechtfertigung von Krieg und Besatzung in Afghanistan und im Irak

angewendet haben.

Selbst wenn es derzeit nicht nach einem allzu baldigen US-Angriff gegen den Iran aussieht, kann man mit Sicherheit davon ausgehen, dass der nächste Bomben- und Raketenhagel im Nahen Osten wieder von den USA

oder Israel ausgehen wird. Spätestens dann wird sich ein weiteres Mal in aller Deutlichkeit zeigen, welches gespannte Verhältnis die STOP THE BOMB – Initiatoren in Wirklichkeit zu Bomben und radioaktiver Munition haben.

Gunnar Bernhard



Israelische Kinder beschriften Raketen, die auf palästinensische Gebiete abgefeuert werden sollen. Die Aggression gegen die arabische Bevölkerung ist tief in der israelischen Gesellschaft verwurzelt.

Gaza muss leben!

Appell für das Ende eines mörderischen Embargos

Im Gazastreifen leben eineinhalb Millionen Menschen praktisch in einem Belagerungszustand, hinter Stacheldraht und ohne Möglichkeit dieses Gefangenenerlager zu verlassen. Die Lebensbedingungen sind miserabel, es fehlt an Nahrungsmitteln, Medikamenten und sauberem Wasser, die Stromversorgung ist stark eingeschränkt und die hygienischen Bedingungen verschlechtern sich zusehends. Trotzdem setzt die israelische Armee die Absperrung des Gazastreifens fort. Fast täglich führt sie zudem Bombardements und andere militärische Aktionen durch. Opfer ist vor allem die Zivilbevölkerung.

Diese Politik kommt einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleich.

Die Tragödie begann mit dem Wahlsieg der Hamas im Januar 2006, in Folge dessen Israel, die EU und die USA die zeitweiligen Absperrungen des Gazastreifens in ein ständiges Embargo verwandelten. Israel beschlagnahmte die den palästinensischen Behörden zustehenden Zolleinnahmen. Die EU und die USA froren die Hilfszahlungen an die palästinensische Regierung ein und verursachten damit eine humanitäre Katastrophe.

Der Parteinahme der internationalen Gemeinschaft in der innerpalästinensischen politischen Auseinandersetzung zwischen den beiden wichtigsten Fraktionen, der Hamas und der Fatah, hat zudem dazu beigetragen, einen innerpalästinensischen Bürgerkrieg hervorzurufen. Nach den blutigen Konflikten im Juni 2007 unterstützten die USA und die EU die Ausrufung einer neuen Regierung gegen die aus den regulären Wahlen im Januar 2006 hervorgegangene. Sie hoben die Sanktionen gegen die von der neuen Regierung kontrollierten Zonen auf, hielten jene gegen Gaza jedoch aufrecht. Im Dezember 2007 verpflichtete sich die internationale

Gemeinschaft zu massiven Hilfszahlungen an die neue Regierung. Obwohl formal in das Hilfspaket inkludiert, wird davon ausgegangen, dass Hilfslieferungen in den Gazastreifen weiterhin aus politischen Gründen blockiert werden. Der Gazastreifen steht heute am Rande des Kollapses. Opfer ist erneut die Zivilbevölkerung.

Die Tragödie der Bevölkerung von Gaza muss ein Ende haben!

Wir fordern die österreichische Bundesregierung und die Europäische Union auf:

1) ihre Embargomaßnahmen gegen Gaza einzustellen sowie ihre Politik mit zweierlei Maß zu beenden, die dazu führt, dass Menschen im Westjordanland in den Genuss lebensnotwendiger Güter und Dienstleistungen kommen, diese Menschen im Gazastreifen jedoch vorenthalten werden.

2) sich dafür einzusetzen, dass die Bevölkerung des Gazastreifens mit allem Lebensnotwendigen versorgt und die militärische Belagerung des Gazastreifens beendet wird.

3) den Dialog mit der aus den Wahlen im Jänner 2006 hervorgegangenen palästinensischen Regierung aufzunehmen.

Erstunterzeichner

Kurt Palm, Regisseur und Autor / **Nina Hagen**, Künstlerin / **Otto Tausig**, Schauspieler / **El Awadalla**, Autorin / **Gerhard Ruiss**, Geschäftsführer der IG Autoren / **Prof. Anthony Löwstedt**, Professor in Media Communication an der Webster University, Wien / **Dr. Leo Gabriel**, Institut für interkulturelle Forschung und Zusammenarbeit / **Prof. Ernst Schwarcz**, Ehrenvorsitzender des Internationalen Versöhnungsbundes / **Dr. Sepp Brugger**, Landtagsabgeordneter der Grünen / **Franz Sieder**, Priester / **Univ. Prof. i. R. Dr. Gerhard Oberkofler**, Historiker / **Univ. Doz. Albert F. Reiterer**, Politikwissenschaftler / **Prof. Janko Messner**, slowenischer Schriftsteller in Kärnten / **Dr. Hannes Hofbauer**, Verleger / **Hermann Dworzak**, Aktivist des Sozialforums / **Peter Melvyn**, Soziologe / **Wilfried Bader**, Mitglied des Gemeindevorstands von Angerberg, Tirol / **Prim. Dr. Dusan Schlapper**, Landeskrankenhaus Wolfsberg / **Milan Obid**, Vorsitzender des Klubs der slowenischen StudentInnen in Wien KSSŠD / **Helga Pankratz**, Autorin / **Oliver Jonischkeit**, ÖGB-Sekretär / **Fritz Edlinger**, Generalsekretär der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen / **Werner Pirker**, Journalist / **Alois Reisenbichler**, Friedensaktivist / **Aleksander Studen-Kirchner**, Präsident der Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV)

**Online unterschreiben:
www.gazamussleben.at**



Recht behalten heißt nicht zu siegen

Eine kritische Bilanz der antiimperialistischen Bewegung

Die antiimperialistische Bewegung hat ihre Finger in die klaffende Wunde dieser Welt gelegt. Der Konflikt zwischen der imperialistischen Oligarchie und den subalternen Klassen der Peripherie ist heute der Motor der Geschichte. Zeit dafür Bilanz zu ziehen und die Perspektiven der Bewegung im Westen auszuloten.

Mitte der Neunziger Jahre, als die Welt noch unter dem frischen Eindruck des Zusammenbruchs des Kommunismus stand, meldeten sich plötzlich Widerstandsbewegungen gegen die liberalistischen Angriffe an der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems zu Wort. Es war klar, dass es sich nicht um Ausläufer von etwas Altem, sondern um Vorboten von etwas Neuem handelte. Das meist beachtete Ereignis dabei war der zapatistische Aufstand 1994 in Mexiko. Er setzte der damals kursierenden These vom Ende der Geschichte selbst ein Ende. Die Idee, nach dem offensichtlichen Ende der Arbeiterbewegung den Antiimperialismus ins Zentrum zu rücken, war damals schon herangereift: Nur von den antiimperialistischen Widerstandsbewegungen konnte ein starker Antagonismus ausgehen, der kräftig genug ist, das imperialistisch-kapitalistische System, das gerade einen seiner größten Siege in der Geschichte errungen hatte, zu erschüttern.

In diesem Kontext machte die Antiglobalisierungsbewegung ihre ersten Schritte. Ihre Haltung war aber von Anfang an zwiespältig. Auf der einen Seite repräsentierte sie im Westen selbst den ersten ernsthaften Protest gegen die seit 1989/91 allmächtige liberalistische Oligarchie. Sie richtete sich gegen die extremsten Auswüchse des ungefesselten Liberalismus, die ihr durch die Revolte der unterdrückten Völker vor Augen geführt wurden. Auf der anderen Seite wollte und konnte sie mit den Prämissen des Liberalismus nicht brechen. Obwohl vom Widerstand der „Verdammten dieser Erde“ inspiriert, lehnte sie diesen als den Post-1989/91-Werten nicht entsprechend ab. Die linksliberale westliche Mittelklasse beanspruchte die Führungsrolle für sich selbst.

Das erste Schlachtfeld für den neuen Antiimperialismus war der Nato-

Krieg gegen Jugoslawien, der 1999 kulminierte. Für Serbien Seite bezogen zu haben, bedeutete die Exkommunikation aus der Antiglobalisierungsbewegung. Für diese stellte sich die westliche Aggression als Polizeiaktion im Rahmen der Clinton-schen Neuen Weltordnung dar, um verbliebene böse Geister aus der Vergangenheit auszutreiben. Nationaler Widerstand gegen das kapitalistische Empire durfte nicht existieren, geschweige denn bewaffneter. Dem liberalistischen global village wurde die Globalisierung von unten entgegengestellt. Beiden ist gemein, dass sie das Recht von peripheren, subalternen Nationen auf Widerstand gegen das imperialistische Zentrum als Na-

Es entsprach der inneren Logik der Antiglobalisierungsbewegung, eine äquidistante Position zu beziehen, die sich in dem Slogan „Weder Krieg, noch Terror“ ausdrückte. Nachdem sie zur Kenntnis nehmen musste, dass sie entgegen ihrer Hoffungen den Irak-Krieg nicht hat aufhalten können, löste sie sich in wenigen Jahren in Luft auf.

tionalismus ablehnen. Der Zusammenbruch der Illusion von der Globalisierung mit menschlichem Antlitz sollte jedoch nicht lange auf sich warten lassen.

9/11 ist das Symbol für das Ende der harmonischen liberalistischen Globalisierung, wie sie sowohl Clinton als auch Negri in ihrer jeweils spezifischen Form vertraten. Die Ausrufung des permanenten Präventivkrieges der USA gegen die Widerstandsbewegungen machte den universalistischen Liberalismus obsolet, eben auch in seiner linken Variante. Indem er den „Terrorismus“ angriff, erkannte Bush indirekt die Widerstandsbewegungen, insbesondere die islamischen, als Hauptfeind ihres globalen Herrschaftssystems an.

Es entsprach der inneren Logik der Antiglobalisierungsbewegung, eine

äquidistante Position zu beziehen, die sich in dem Slogan „Weder Krieg, noch Terror“ ausdrückte. Damit befand sie sich zwischen den Fronten. Nachdem sie zur Kenntnis nehmen musste, dass sie entgegen ihrer Hoffungen den Irak-Krieg nicht hat aufhalten können, löste sie sich in wenigen Jahren gemeinsam mit ihrem Anspruch auf die Führungsrolle in Luft auf.

Auf der Seite des irakischen Widerstands

Die antiimperialistische Bewegung bezog von Anfang an mit den Widerstandsbewegungen, den islamischen mit eingeschlossen. Das begann mit der wiederbelebten palästinensischen Intifada, setzte sich mit dem afghanischen Widerstand, der von den Taliban geführt wird, fort und fand seinen Höhepunkt mit dem sich entfaltenden irakischen Widerstand nach der US-Invasion 2003.

Dessen Intensivierung forderte die imperialen amerikanischen Pläne, wie sie unter den Auspizien der Neokonservativen entworfen worden waren, heraus. Schließlich falsifizierte er sogar deren ultramilitaristische Prämissen, die jedes politische Hindernis mit der exzessiven Anwendung ihrer überlegenen Militärmacht hinwegfegen wollen.

Die antiimperialistische Bewegung wurde zum Wortführer der Unterstützung des irakischen Widerstands. Mit bescheidenen Mitteln konnte ein großes Echo hervorgerufen werden, insofern man die Finger in eine offene Wunde legte. Die Bedeutung der Kampagne lässt sich an den Gegenreaktionen ermesen. In einer massiven medialen Kampagne von ganz rechts bis ganz links sollte beispielsweise das „Antiimperialistische Lager“ als terro-



Die Antiglobalisierungsbewegung scheiterte an dem Problem der Haltung zum Widerstand. Der Irak-Krieg und die Situation im Gaza-Streifen setzten dieses auf die Tagesordnung.

ristisch kriminalisiert werden, was in den Verhaftungen einiger italienischer Mitglieder im Jahr 2004 kulminierte. Die Initiative von 44 US-Kongressabgeordneten, die das Verbot der Organisation forderten, zeigt, dass selbst die Spitzen des Empires die Bewegung als politisch gefährlich einstufen.

Hatte die antiimperialistische Bewegung im Kampf um Jugoslawien lediglich eine Zeugenrolle gespielt, insofern sie das Vorhandensein von einigen Aufrechten bezeugte, so wurde sie in der Irak-Frage zu einem wirklichen politischen Player, der auch Erfolge zu verzeichnen hatte. So konnte zumindest die Legitimität des Widerstands als Ausdruck des Willens zur Selbstbestimmung eines überwältigenden Teils des irakischen Volkes in einem beträchtlichen Sektor der öffentlichen Meinung etabliert werden. Die tiefe Kluft zwischen dem westlichen Anspruch, der Herold der Demokratie zu sein, und dem offensichtlichen Neokolonialismus im Irak war einfach zu groß. Natürlich war das nur auf der Basis des unversöhnlichen Widerstands des irakischen Volkes

möglich. Doch die antiimperialistische Bewegung in Europa leistete einen wichtigen Beitrag dazu, dass die Gleichung Widerstand = Terrorismus und die damit einhergehende Kriminalisierung nicht ohne Weiteres Fuß fassen konnte, wie dies in den USA geschah.

Von einem politischen Standpunkt aus gesehen (nicht von einem rein militärischen) erreichte der irakische Widerstand 2004 seinen höchsten Punkt, als sich nämlich eine Allianz zwischen den Verteidigern Fallujas und den Volksmilizen, die andere sunnitische Städte kontrollierten, auf der einen Seite, und dem von Muqtada as Sadr geführten schiitischen Aufstand in Najaf auf der anderen Seite abzeich-

zurückverfolgbar sind, konnte ein Keil in die irakisch-arabische Nation getrieben werden. Den Rahmen dafür gab der amerikanische Versuch der Dreiteilung in Schiiten, Sunniten und Kurden ab, während die salafistischen (1) und takfiristischen (2) Komponenten des Widerstands die Spirale der sektiererischen Konflikte antrieben. Diese waren ihrerseits durch die gewalttätige „Debaathisierung“ provoziert worden, die als antisunnitischen aufgefasst worden war. Die Reaktion der schiitischen konfessionalistischen Kräfte, die mit der von den USA installierten Regierung in Verbindung standen, ließ nicht lange auf sich warten. Mit diesem sich entwickelnden konfessionellen Bürgerkrieg verband sich die Frage der geostrategischen Rolle des Iran – gegen Teheran oder unter seinem Schutz? Die Antwort darauf, die auch eine tiefe historische Dimension hat, spaltet das irakische Volk zutiefst.

Die Sackgasse, in der sich gegenwärtig der irakische Widerstand befindet, bedeutet aber nicht automatisch einen Erfolg für die USA. Vielmehr handelt es sich um ein strategisches Patt, das nur durch das Ringen zwischen Washington und Teheran entschieden werden wird. Jedenfalls hat mit der fatalen Spaltung des Widerstands dessen globale Anziehungskraft stark gelitten.

Der Zusammenstoß zwischen den USA und dem Iran ist heute die dominante Frage und der entscheidender Test für das „Amerikanische Reich“. Dessen Autoren, die Neokonservativen, haben den Höhepunkt ihrer Macht sicherlich überschritten. Ihre

Die antiimperialistische Bewegung bezog von Anfang an die Seite mit den Widerstandsbewegungen, den islamischen mit eingeschlossen.

nete. Das beflügelte die Hoffnungen auf eine umfassende politische Front des Widerstands, die konfessionelle Grenzen überschreiten würde.

Aber die Dinge entwickelten sich anders. Entlang des historischen Bruchs zwischen den Konfessionen, der nicht nur bis auf Saddam zurückgeht, sondern dessen Wurzeln über die britische und osmanische Herrschaft bis auf das Abbasiden-Kalifat

extreme Offensive hat dank des wachsenden Widerstands, allen voran des irakischen, an Antrieb eingebüßt. Damit ist aber das strategische Projekt der globalen amerikanischen Vorherrschaft nicht gebrochen. Ein massiver Militärschlag mit dem Ziel des „regime change“ im Iran ist durchaus möglich, sei es als Vorwärtsverteidigung der Neocons oder abgesichert durch das traditionelle Establishment

des US-Regimes. Dieses scheint mit der zu Ende gehenden Präsidentschaft Bushs zunehmend an Einfluss zu gewinnen. Es hat zur Lösung des antagonistischen Widerspruchs mit dem Iran aber ebenso wenig ein Zauberinstrument zur Verfügung. Zwar wird es viel aktiver versuchen, einen Konsens unter den imperialistischen Mächten über das Vorgehen gegen den Iran zu erzielen, aber auch für diese so genannten Realisten bleibt der Krieg die ultima ratio zur Beseitigung eines unliebsamen Regimes. Die festere Basis der Realisten nach innen wie nach außen macht sie zur Kriegsführung gegen den Iran vielleicht sogar geeigneter als Bush und seine Neokonservativen.

Ohne einen Regimewechsel in Teheran, der allem Anschein nach nur militärisch erzielt werden kann, ist eine Verschiebung hin zu einer stärker multipolar ausgerichteten Welt unvermeidlich. Aber selbst das bedeutet nicht, dass die USA ihre Führungsrolle verlieren würden. Würde sich Washington auf einen Kompromiss mit Teheran einlassen, hätte dies enorme Konsequenzen für die Kräfteverhältnisse in der Region und der Welt. Es würde unvermeidlich zu einer gewissen Anerkennung der Widerstandsbewegungen in Palästina und dem Libanon sowie der Duldung eines bestimmenden Einflusses Teherans in Bagdad führen.

Recht behalten und dennoch verlieren

Die Analyse des antiimperialistischen Widerstands als einzige antagonistische Kraft gegen das kapitalistisch-imperialistische Zentrum hat sich als richtig herausgestellt. Die antiimperialistische Bewegung konnte einige Schlachten erfolgreich schlagen, aber sie gehen daraus dennoch geschwächt hervor.

Wesentlicher Grund dafür ist, dass Rückzug und Niedergang der westlichen Linken noch immer andauert. Die Antiglobalisierungsbewegung war in dieser Hinsicht keine Trendumkehr, sondern ein weiterer Schritt in einem Prozess, der zur Auslöschung eines antagonistischen politischen Subjekts im Westen geführt hat. Während die

Antiglobalisierungsbewegung sich in Nichts aufgelöst hat, akzentuiert sich die Transformation der historischen Linken in einen Sozialliberalismus, der sich, verkleidet unter Menschenrechten und Humanität, als Vorreiter des Imperialismus betätigt.

Der letzte Ausdruck dieses Phänomens ist das beständige Wachstum der Islamophobie in allen sozialen Schichten und über alle politischen

Demarkationen hinweg. Unter dem Vorwand der Verteidigung der Werte der Aufklärung reiht sich auch die Linke in den Kreuzzug gegen den Islam ein. Wir stehen vor der Wiederbelebung der „mission civilatrice“ des Imperialismus, mit der Islamophobie als ihrer transversalen vereinigenden Ideologie.

Auf der Ebene der Verteidigung des irakischen Widerstands konnte ein Teilerfolg errungen werden, insofern als die Position, darin den Wunsch nach Realisierung der Selbstbestimmung zu sehen, gesellschaftlich ein gewisses Gewicht erlangte. Doch die Eliten wechselten einfach das Schlachtfeld. Indem sie die Karte der Islamophobie spielen, sichern sie sich die Unterstützung der breiten Masse der Bevölkerung für den Präventivkrieg, wo mit Hilfe der Sicherheitshysterie en passant auch die innere Opposition angegriffen werden kann (siehe Guantanamo und den Patriot Act).

All das muss im Kontext des kapitalistischen Booms der letzten fünf Jahre gesehen werden, der die durch die liberalistischen Attacken hervorgerufenen Effekte zwar kaum dämpfte, aber einem politisch-kulturell dominanten Mittelstand den Wohlstand sicherte, zumindest in den zentralen imperialistischen Mächten. Oppositionstendenzen, einschließlich des rechten Sozialpopulismus, wie sie in der zweiten Hälfte der Neunziger Jahre in ganz Europa entstanden, wur-

den teilweise reabsorbiert und geschwächt.

Unter diesen Bedingungen wird eine sich abzeichnende zyklische Krise nicht automatisch eine antagonistische Antwort hervorbringen. Mehr als früher tendiert sozialer Unmut dazu sich in chauvinistischen, antiislamischen Formen auszudrücken. Sich verschärfende soziale und politische Konflikte bieten dennoch ant-

Von einem politischen Standpunkt aus gesehen erreichte der irakische Widerstand 2004 seinen höchsten Punkt. Das beflügelte die Hoffnungen auf eine umfassende politische Front des Widerstands, die konfessionelle Grenzen überschreiten würde. Aber die Dinge entwickelten sich anders. Entlang des historischen Bruchs zwischen den Konfessionen, konnte ein Keil in die irakisch-arabische Nation getrieben werden.

agonistischen antiimperialistischen Kräften gewisse Ansatzpunkte, wenn auch durchaus begrenzte.

In diesem Zusammenhang ist es nicht verwunderlich, wenn das antiimperialistische Projekt, trotz seiner Stichhaltigkeit, nicht die gleiche Anziehungskraft, wie sie zum Beispiel der Kommunismus früher hatte, entwickelt hat. Während Letztere den unvermeidlichen Sieg versprach, zeichnet der Antiimperialismus vorerst Szenarien von Widerstandskämpfen, deren Ausgang obendrein noch ungewiss ist. Zudem ist klar, dass der antiimperialistische politische Islam keine Plattform bietet, die im Westen in antagonistischen Milieus angenommen werden könnte.

Neuer Universalismus der Befreiung

Die islamisch geprägten Widerstandsbewegungen zählen heute zu den wichtigsten Herausforderern der imperialistischen Hegemonie. Die entscheidende Frage ist, wie eine Verbindung zwischen ihnen und anderen antiimperialistischen und antagonistischen Bewegungen hergestellt werden kann. Zweifellos muss ihnen eine politische Plattform vorgeschlagen werden, die sich an alle Unterdrückten richtet, unabhängig von deren kulturellen und religiösen Hintergrund. Auf der anderen Seite kann eine solche Plattform diese Zugehörigkeiten nicht ignorieren, sondern muss sie

tolerieren und akzeptieren. Die zahlreichen Widersprüche, die aus dieser Problemlage resultieren, können nicht durch einen Rückgriff auf den Sozialismus oder Kommunismus gelöst werden. Eine globale Allianz der Kräfte des Widerstands muss in der Lage sein, die unterschiedlichsten antiimperialistischen Kämpfe auf der Basis eines universellen Programms als kleinster gemeinsamer Nenner zu vereinigen, dessen zentrale Bestandteile neben dem Antiimperialismus, die nationale Selbstbestimmung, die Volksmacht sowie die soziale Gleichheit sind.

Antiimperialistische Front

Für diesen strategischen Vorschlag einer antiimperialistischen Front wurden bereits zahlreiche Vorstöße gemacht. Da waren die jährlichen antiimperialistischen Sommerlager in Assisi, Italien, die zur Darstellung und zum Austausch dienten. Da gab es den Versuch eine antiimperialistische Alternative zum Weltsozialforum

und nimmt noch nicht umfassenden Charakter an. Als der irakische Widerstand besondere Zugkraft entwickelte, gewann die Unterstützerkoalition an Profil. Sobald im Irak tiefgreifende Probleme sichtbar wurden, zerfiel sie wieder. Diese Unreife spiegelt sich sowohl in organisatorischer als auch materieller Hinsicht wider. Wahrscheinlich bleibt es einem historischen Sieg im antiimperialistischen Kampf vorbehalten, die Vorbedingungen für eine wirklich operative internationale antiimperialistische Front zu schaffen.

Neue Formen für Europa

Was Europa betrifft, so muss man sich auf eine schwierige Periode einstellen, die vom weiteren Niedergang der antagonistischen Kräfte gekennzeichnet sein wird. Erwartet werden können Proteste jener sozialen Schichten, die von der liberalistischen Dampfwalze marginalisiert werden oder zumindest ihren bisherigen Status verlieren. Die wiederholten Revolten in

darf nicht pragmatisch erfolgen, sondern muss innerhalb eines wohldefinierten theoretischen Rahmens stattfinden, der das politische Ziel, die konkret aufbrechenden Konflikte in bewusster Weise gegen die kapitalistisch-imperialistische Oligarchie zu orientieren, nicht aus den Augen verlieren soll. Gegen die Amerikanisierung unserer Gesellschaft muss ein neues Projekt der Kollektivität und menschlichen Solidarität gesetzt werden. Deren *conditio sine qua non* ist die Verbindung mit und Unterstützung für die antiimperialistischen Widerstandsbewegungen in der Peripherie.

Aber es bleibt ein ungelöster strategischer Widerspruch. Um all diese Ideen zu verwirklichen, diese Projekte voranzutreiben, bedarf es disziplinierter und kultivierter Aktivist/innen, die nur schwer aus den Milieus der oben beschriebenen neuen Oppositionen herauswachsen können. Der Abstand zwischen einer äußerst dünnen politischen Elite und den unzufriedenen Massen ist dazu verdammt weiter zu wachsen – eben nicht nur in Bezug auf die herrschenden Eliten, sondern auch was die antiimperialistische Bewegung betrifft.

Wilhelm Langthaler

Eine globale Allianz der Kräfte des Widerstands muss in der Lage sein, die unterschiedlichsten antiimperialistischen Kämpfe auf der Basis eines universellen Programms zu vereinigen, dessen zentrale Bestandteile die nationale Selbstbestimmung, die Volksmacht sowie die soziale Gleichheit sind.

(WSF) zu bilden, ohne den Dialog mit dessen radikalem Flügel zu vergessen. Das wichtigste Ereignis dieser Art war Mumbai Resistance 2004, die antiimperialistische Konferenz, die parallel zum Weltsozialforum 2004 stattfand. Auf dem Weltsozialforum 2006 bestätigte der venezolanische Präsident Chávez diese Linie, in dem er selbst zur Bildung einer antiimperialistischen Front aufrief. Dann sind da noch die Versuche zum Aufbau einer Allianz in Unterstützung des irakischen Widerstands zu nennen.

So wichtig all diese Initiativen waren und zur Bildung eines antiimperialistischen Netzwerks dienten, können sie nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine antiimperialistische Front im vollen Sinne noch in weiter Ferne liegt. Die politische Grundlage der jeweiligen Kooperation bleibt vorerst auf konkrete Ereignisse beschränkt

den französischen Vorstädten sind ein anschauliches Beispiel für diese Tendenz. Aber auch etwas besser gestellte Gruppen werden ihre sozialen Forderungen präsentieren, wenn auch in einer weniger radikalen Weise. Die deutsche Linkspartei kann dazu als Beleg dienen, auch wenn deren Reintegration ins System bereits vorgezeichnet ist. Vielleicht wird es in Teilen der gebildeten Mittelklassen auch Opposition gegen den Kampf der Kulturen geben.

Um auf diese fragmentierten und sektoralen Proteste Einfluss nehmen zu können, muss die antiimperialistische Bewegung nach neuen Formen, nach einer neuen Sprache und Kultur suchen. Dazu gibt es allerdings keine fertigen Rezepte und es bedarf eines experimentellen Herangehens – das jedoch nicht in die empiristische Falle tappen darf. Das Experimentieren

(1) *Als Salafismus bezeichnet man jene Strömung im sunnitischen Islam, die die Zustände unter der Herrschaft des Propheten Mohamed zur Richtschnur für die heutige Gesellschaft machen will. Sie ist heute überwiegend politisch militant, aber es gibt auch durchaus staatstragende Strömungen wie beispielsweise der saudische Wahhabismus.*

(2) *„Takfir“ bedeutet die Exkommunikation von Muslimen als Ungläubige (pl. Kuffar / sg. Kafir), die nicht die Interpretation der Salafisten teilen. Unter Takfirismus versteht man heute die extreme Zuspitzung dieses Prinzips, das selbst die Tötung von Aktivisten konkurrierender salafistischer Gruppen legitimiert.*

Monika Brückl (7.3.1977 – 5.9.2007)

Ein Nachruf

Wie trauern um eine Genossin. Unsere langjährige Mitstreiterin Monika ist auf tragische Weise ums Leben gekommen. Dieses Unglück hat eine große Lücke in unseren Reihen hinterlassen. In Trauer gedenken wir ihrer, ihres Aktivismus und ihrer entschlossenen Ernsthaftigkeit. Der Verlust schmerzt, doch ihre Verbundenheit mit den antiimperialistischen Kämpfen weltweit lässt ihr Andenken weiter leben.

Monika stieß zu uns anlässlich der Bewegung gegen die schwarzblaue Regierungsbildung Anfang 2000. Da sie ebenso das selbstgerechte Gehabe von Rot-Grün und die Pro-EU-Haltung der sogenannten Zivilgesellschaft ablehnte, fand sie zur revolutionären Opposition.

Dieser Treffpunkt war kein zufälliger, sondern tief in ihrer Persönlichkeit verwurzelt. Sie lehnte das kapitalistische System nicht nur intellektuell, sondern auch von ganzem Herzen ab.

So war sie von Kopf bis Fuß Antiimperialistin und unterstützte alle Bewegungen der Verdammten der Erde gegen den Imperialismus, nicht nur in einem streng politisch-ökonomischen Sinn, sondern auch gegen seine Konsum- Kultur.

Da aber eine Alternative zu weit weg und wenig greifbar ist – die antiimperialistischen Bewegungen sind kulturell wenig kompatibel und der Sozialismus erscheint als in weiter Ferne –, richtete sich ihre ganze Hoffnung, ihr Interesse auf die wilde, von menschlicher Destruktion unberührt scheinende Natur des Nordens – um so mehr, als es in Skandinavien eine kräftige und beständige Mehrheit gegen die EU gibt und in diesem Teil Europas die Unterwerfung unter das politische und kulturelle Diktat der USA auch noch nicht ganz so weit fortgeschritten ist wie z.B. in Mitteleuropa. Die nordeuropäischen Kontakte des antiimperialistischen Lagers liefen zu einem wesentlichen Teil über Monika. Ihre freie Zeit verbrachte sie mit Reisen in die skandinavischen Länder, deren Sprachen sie sich mit dem Ziel aneignete, dorthin zu emigrieren.

Die Ablehnung unserer Gesellschaft und die in vielen Bereichen fehlenden menschlichen Perspektiven

brachen sich Bahn in der Verehrung für die skandinavische Wildnis, die ihr zum Ort von Freiheit, Harmonie und Geborgenheit in einer sonst größtenteils als seelenlos und menschlich kalt wahrgenommenen Zeit wurde.

Das andere Leben in der rauen Schönheit der Natur suchend, fand sie dort den – viel zu frühen – Tod. In seiner ganzen Tragik mag es zum Trost

reichen, dass sie an einem geliebten Ort ihre letzte Ruhe gefunden hat.

In der Trauer vereint, werden wir Monika in der Mitte unserer revolutionären Gemeinschaft behalten, in der ihr Beitrag weiterlebt.

AIK





PROBEABO

- Ja, ich will die Tageszeitung *junge Welt* drei Wochen testen. Das Testabo endet automatisch.

Name/Vorname anschläge

Telefon E-Mail

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Coupon einsenden an Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6,
10119 Berlin oder faxen an die
0 30/53 63 55-44

die linke
auf den punkt
gebracht.

Die Tageszeitung

junge Welt

Block G
Ab 10 Uhr Bloc
trum in Heilig
Alternativpfe
Grönemeyer, B
„Stimme gegen

Gegründet 1947 · Donnerstag, 7. Juni 2007 · Nr. 130 · 1,10 Euro · PVSt A11002 · Entgelt bezahlt

Widerspruch

Weltbank, WTO und IMF müssen
weg: Regge Beteiligung beim
Alternativpfe in Rostock

5

Farbenrevolution

Orange in Caracas: Studentenproteste
in Venezuela werden von ausländi-
schen Gruppen beeinflusst

7

Gegenentwurf

Wider die leeren Versprechungen
G8: Alternativen in Latein-
amerika. Von Sahra Wagen

10

Durchbruch zum Zaun

10 000 Demonstranten dringen in Sicherheitszone um Heiligens-
Stunden nicht auf dem Land

im abo. im internet.
am kiosk.